

E i n l a d u n g

von

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

zur

außerordentlichen

S i t z u n g d e s G e m e i n d e r a t e s

am 2. November 2009 um 8.00 Uhr

im Gemeinderatssitzungssaal, Rathaus, II. Stock

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h

1. MD-23025/2009-11 Zwischenbericht über den Stand der Vorbereitung für das Projekt „Haus Graz“ und über die geplante weitere Vorgangsweise

Graz, 2. November 2009

Für den Bürgermeister:
Dr. Zwanzger eh.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, eröffnet um 8.10 Uhr die außerordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz. Er stellt fest, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: Liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, hoher Gemeinderat, meine geschätzten Damen und Herren der Verwaltung, lieber Vertreter und Vertreterinnen der Medien, meine sehr verehrten Damen und Herren als Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie. Ich möchte Sie alle ganz, ganz herzlich willkommen heißen bei unserer Gemeinderatssitzung und Ihnen einen schönen guten Morgen wünschen. Die heutige Gemeinderatssitzung ist ordnungsgemäß einberufen worden, es gab den Wunsch der Gemeinderatsmitglieder von SPÖ, FPÖ, KPÖ und BZÖ auf diese Sondergemeinderatssitzung; innerhalb einer Woche habe ich als Bürgermeister einen Termin zu finden, den wir gefunden haben und ich darf den Inhalt oder den Wunsch der Gemeinderatsmitglieder, der an mich herangetragen wurde, jetzt einmal kundtun. Die Gemeinderatsmitglieder, die unterfertigt haben, haben sich gewünscht, dass wir über den derzeitigen Stand der Arbeitsgruppen, der sechs Arbeitsgruppen aus dem Reformprozess „Haus Graz neu ordnen“ heute hier berichten und eine Zwischeninformation abgeben, was wir auch gerne tun. Ich darf die Gemeinderatssitzung offiziell eröffnen, feststellen, dass wir beschlussfähig sind und die Entschuldigungen verlesen. Heute ist dienstlich verhindert Herr Gemeinderat Mag. Korschelt, auf Urlaub ist Frau Gemeinderätin Richter-Kanik, Herr Gemeinderat Martiner ist erkrankt, Frau Gemeinderätin Binder ist krankheitshalber entschuldigt und Herr Gemeinderat Dr. Hoffmann-Wellenhof befindet sich dienstlich im Ausland und kann heute auch nicht bei uns sein. Wir werden heute, ich möchte darauf aufmerksam machen, dass es heute die doppelte Redezeit für alle gibt, die normalerweise in einer normalen Gemeinderatssitzung zur Verfügung steht, das haben wir ja neu geregelt, das heißt alle Ihre Wortmeldungen dürfen zehn Minuten betragen, der Berichterstatter hat mehr Zeit dazu. Wer wird heute diesen Informationsbericht legen? Der Herr Stadtrat Univ.-Doz. Dr. Rüscher wird heute einen Statusbericht über das Haus Graz abliefern. Im Anschluss daran werden der Herr Dr. Kamper, der Herr Zinkanell, Herr Mag. Haidvogel, der Herr Fürntratt, der Herr Kurrent

und der Herr Stangl, jetzt habe ich die Titel dann weggelassen, einen Bericht aus den jeweiligen Arbeitsgruppen geben, dass Sie über den Letztstand dann auch informiert sind. In diesem Sinne darf ich jetzt gleich den Herrn Stadtrat Dr. Rüschi bitten, den Statusbericht abzugeben.

Berichtersteller: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi

1) MD-23025/2009-11

Zwischenbericht über den Stand der
Vorbereitung für das Projekt „Haus Graz“
und über die geplante weitere
Vorgangsweise

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat. Am 28.10.2009 wurde von 22 Mitgliedern des Gemeinderates der Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Gemeinderatssitzung mit dem Gegenstand Zwischenbericht über den Stand der Vorbereitung für das Projekt Haus Graz in den sechs Projektgruppen und über die geplante weitere Vorgangsweise eingebracht. Dass dieser Gemeinderat, diese Sondersitzung des Gemeinderates heute am 2. November stattfindet, hat noch die Besonderheit, nachdem der Gemeinderat auf Initiative der KPÖ stattfindet und heute die Vorsitzende der KPÖ Graz, die Kollegin Elke Kahr, Geburtstag feiert. Alles Gute zum Geburtstag (*allgemeiner Applaus*). Ich möchte Ihnen gerne in meinem Bericht, der Bürgermeister hat es angekündigt, insgesamt fünf Fragen beantworten. Die erste Frage, weshalb überhaupt diese Reform, zweite Frage, die Prinzipien dieser Reform, dritte Frage, wie läuft dieses Reformprojekt ab, die vierte Frage, die bisherigen Ergebnisse und die fünfte Frage, wie soll es weitergehen? Im Anschluss daran werden die sechs Projektleiter ebenfalls, wie schon angekündigt, den aktuellen Stand in den einzelnen Projektgruppen berichten. Weshalb das Reformprojekt „Graz neu ordnen“? Die Stadt muss insgesamt 60 Millionen Euro nachhaltig, das heißt, Perspektive zwischen 2012 und 2015, auf Basis von 2009 pro Jahr Ergebnisverbesserung in der laufenden Gebarung erzielen. Also es geht nicht um Einmaleffekte, sondern es geht um eine laufende Ergebnisverbesserung. Diese 60 Millionen sollen wie folgt aufgeteilt werden: 30 Millionen Euro Mehreinnahmen im Wesentlichen durch den Finanzausgleich, nicht durch neue Steuern, 15 Millionen durch

Ergebnisverbesserungen in den Beteiligungen und 15 Millionen Euro durch Strukturverbesserungen im Magistrat. Die Strategie dafür ist die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Leistungserstellung und ich sagte bereits eine Erhöhung der Einnahmen. Dazu werden nicht hoheitliche Dienstleistungen in Organisationen der Stadt übertragen: in GesmbH, AG, Eigenbetriebe, das, was zur Verfügung steht. Wenn dadurch, und das ist sehr wichtig, eine wirtschaftliche Verbesserung erreichbar ist und für diese Übertragung gelten die folgenden Prinzipien, die vom Kernteam, ich komme dann noch darauf zu, vereinbart wurden: Der wichtigste Kernpunkt der Reform, wir wollen nicht, wie andere Städte und Gemeinden, den Weg der Privatisierung gehen, den Weg Betriebe und Aufgabenbereiche der Daseinsvorsorge an Dritte zu verkaufen. Um das sicherzustellen wollen wir eine Privatisierung praktisch ausschließen, indem in Hinkunft eine Zweidrittelmehrheit dafür im Gemeinderat erforderlich wäre. Das ist der Wunsch beider Koalitionsparteien, ich möchte das ausdrücklich nennen und der Bürgermeister selbst hat mehrfach auf die Bedeutung dieses Wunsches hingewiesen. Was wollen wir? Wir wollen aber durch möglichst gute Organisation der Aufgaben innerhalb des Rathauses und in den Beteiligungen die Wirtschaftlichkeit der Leistungserfüllung verbessern. Insbesondere durch Ausnutzung von gegebenen Synergiepotentialen, das ist einer der wichtigsten Kernpunkte der Reform (*Applaus ÖVP und Grüne*). Ich darf Ihnen zwei Beispiele für die Bedeutung dieser Reform nennen. Wir haben inzwischen insgesamt vier Verwaltungs- und Betriebseinheiten, die sich mit Immobilien beschäftigen, die Immobilien verwalten und Immobilien verwerten, das sind zwei Abteilungen im Magistrat, es ist die GBG und es ist ein großer Immobilienbereich in der Graz AG. Wir haben weiters seit der Gründung der Wirtschaftsbetriebe und der AEVG zwei Verwaltungs- und Betriebseinheiten, die im Abfallbereich tätig sind, das bedeutet zwei Führungsebenen, zwei MitarbeiterInnenstäbe, zwei Fuhrparks usw. Diese beiden Beispiele können fortgesetzt werden und sie zeigen, dass dieser Reformbedarf eigentlich von niemandem ernsthaft in Frage gestellt werden kann. Ich möchte weiters dazusagen, dass es große Anstrengungen schon in der letzten Gemeinderatsperiode gegeben hat, diesen Reformstau aufzulösen, vor allem auch die Graz AG betreffend. Wir hatten in der letzten Gemeinderatsperiode ein Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP und zu diesem Thema sehr, sehr viele Sitzungen abgehalten. So viel an einem kritischen Rückblick in die letzte Gemeinderatsperiode sei erlaubt. Mit dem damaligen Vorsitzenden der Grazer SPÖ

Walter Ferk wären diese Reformen einfach nicht zu machen gewesen. Wer die Bediensteten unseres größten und wichtigsten kommunalen Unternehmens gleichsam als seine politische Hausmacht begreift, bei dem ist bezüglich einer Innovation eine schlechte Voraussetzung gegeben, im Gegenteil, die Gefahr der Verkrustung von Strukturen ist sehr, sehr groß. Die Koalitionsgespräche, nach dem für die Grünen unter Lisa Rücker und für die ÖVP unter Siegfried Nagl sehr erfolgreichen Jahr im Jänner 2008, diese Koalitionsgespräche haben gezeigt, dass beide Parteien diese Reformen nicht nur für notwendig halten, sondern dass sie sie gemeinsam auch angehen wollen und zwar um einerseits Kosten zu sparen und das Budget zu konsolidieren und zweitens, um den notwendigen finanziellen Spielraum zu bekommen, um die Aufgabenschwerpunkte im Sozial-, im Jugend-, im Bildungsbereich, in der Mobilitätspolitik und auch im Bereich der Integrationspolitik zu gewinnen. Ich komme damit zu den Prinzipien der Reform. Die vereinbarten Prinzipien und angestrebten Organisationen der Leistungserfüllung in der Daseinsvorsorge unter dem Titel „Graz neu ordnen“ wurden am 10. März einer breiten Öffentlichkeit, selbstverständlich der Stadtregierung, der Personalvertretung, allen Abteilungsleiterinnen und -leitern und allen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern sowie den Vorständen der städtischen Betriebe vorgestellt. Sie sind auch im Detail in dem Stück zur heutigen Tagesordnung detailliert genannt. Ich möchte mich gerne auf einige wesentliche Prinzipien in diesem Zusammenhang beschränken. Zunächst einmal ist vereinbart, dass sich der Magistrat in Hinkunft ganz besonders auf die hoheitlichen Aufgaben konzentrieren soll. Die Dienstleistungen der Tagesvorsorge sollen in stadt eigenen Betrieben zusammengefasst werden. Sie bleiben jedoch immer im Eigentum der Stadt, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Kommunale Dienstleistungen sind jene, bei denen es ein politisches Steuerungsinteresse gibt und die der Grundversorgung der Bevölkerung mit möglichst hoher Qualität dienen, das ist eine Kurzbezeichnung, wenn Sie so wollen, der Daseinsvorsorge. Die kommunalpolitische Steuerung der Gesellschaften soll erhöht werden, indem der Gemeinderat mehr Kompetenzen als bisher für diese Steuerung bekommt. Wir wollen auch alle Beteiligungen stärker als bisher in die erforderliche Budgetkonsolidierung einbinden und sie genauso wie die Magistratsabteilungen nach dem Prinzip der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Nachhaltigkeit steuern. Die Unternehmensstrategien der Beteiligungen sind an der Energieeffizienz, am ökologischen Handeln und am BürgerInnenservice mehr als

bisher zu messen. Stärkere kommunalpolitische Steuerung heißt, sich auf die grundsätzlichen Entwicklungen und auf strategiepolitische Fragen zu konzentrieren und gleichzeitig das operative Geschäft den Führungskräften in der Verwaltung und in den Betrieben zu überlassen, indem sich auch der Gemeinderat mehr auf das Controlling konzentriert. Für alle Organisationseinheiten der Stadt, inklusive alle Beteiligungen, werden schlanke Führungsstrukturen angestrebt. Wir wollen bei der Veränderung nicht bei der untersten MitarbeiterInnenebene beginnen, sondern bei der Führungsebene. Wir wollen diese Führungsebene stärker als bisher in die Verantwortung für das Haus Graz insgesamt einbinden. Ich denke, dass die Umorganisation in der Messe ein Beispiel dafür ist (*Applaus ÖVP*). Der Zugang zu kommunalen Dienstleistungen soll unter anderem aus sozialen Gründen allen BürgerInnen zugänglich bleiben. Für die Aufnahme neuer MitarbeiterInnen und für die Leitungsfunktionen gilt, dass die besten Köpfe in einem nachweislich transparenten und objektiven Verfahren ausgewählt werden. Das bedeutet konkret, dass die Führungsebene eins und dort, wo vom Aufsichtsrat so definiert, auch die Ebene 2 einer Teilorganisation der Stadt, egal ob Magistrat, ob Eigenbetriebe, ob Töchter oder Mehrheitsbeteiligungen von einer objektiven Jury ausgewählt wird. Zusätzlich sollen die Regierungsparteien der Stadt zum Hearing einen Vertreter als Beobachter entsenden können. MitarbeiterInnen bieten wir motivierende Rahmenbedingungen und sichere Arbeitsplätze. Wir erwarten von unseren MitarbeiterInnen aber die Bereitschaft zu Veränderungen und einen engagierten Einsatz im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Wir wollen auch keine strukturellen Maßnahmen treffen, welche die Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen verstärken oder verfestigen (*Applaus ÖVP und Grüne*). Ziel ist es, dass die Maßnahmen dazu führen, einen tendenziellen Ausgleich zu schaffen. Bei der Übertragung von Leistungen des Magistrates an andere Organisationen des Hauses Graz werden alle MitarbeiterInnen in diese Organisationseinheiten mitübertragen. Bei der Übertragung selbst wird es jedoch zu keiner Schlechterstellung der MitarbeiterInnen kommen. Alle Organisationen des Hauses Graz können nicht benötigte personelle Ressourcen in den internen Arbeitsmarkt entsenden, dieser interne Arbeitsmarkt wird neu geschaffen und muss Neuaufnahmen von dort abrufen. Externe Aufnahmen werden, ausgenommen Kinderbetreuungsbereich und im sozialen Betreuungsbereich, erst möglich, wenn der interne Arbeitsmarkt erschöpft ist. Die Kosten des internen Arbeitsmarktes tragen die entsendenden Organisationen

des Hauses Graz. Soviele zu den Prinzipien, auch das Ablaufmodell ist in der Unterlage zum heutigen Tagesordnungspunkt detailliert dargestellt, sowohl die gewählte Vorgangsweise als auch die Projektstrukturen. Ich möchte gerne, weil es mir wichtig erscheint, auf zwei besondere Merkmale dieses Ablaufmodells hinweisen. Zunächst, die politische Verantwortung für alle Inhalte und Projektaufträge ist partnerschaftlich zwischen den beiden Koalitionsparteien Schwarz und Grün geteilt. Geleitet wird das Projekt „Graz neu ordnen“ vom politischen Kernteam in einer Vierer-Personengruppe. Sie setzt sich zusammen aus dem Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, Gerhard Wohlfahrt, Wirtschafts- und Finanzsprecher der Grünen, und meiner Person. Alle Entscheidungen und Projektaufträge, die genannten Prinzipien und alle Ziele der Reform, soweit sie bisher bearbeitet wurden, werden in diesem Vierer-Gremium einstimmig getroffen. Dieses Vierer-Team wird von insgesamt zwei externen Mitarbeitern der Firma Trigon und Infora begleitet. Das Bindeglied zwischen dem Vierer-Team und den einzelnen Projektteams ist die sogenannte Steuerungsgruppe. Sie setzt sich zusammen aus den Projektleitern und zwei Vertretern des politischen Kernteams, in diesem Falle aus Gerhard Wohlfahrt und meiner Person. Sie sehen damit, dass es für uns wichtig war, die politischen Ziele und politischen Entscheidungen gemeinsam und partnerschaftlich bis auf die Projektteams durchzutragen (*Applaus ÖVP und Grüne*). Dass dabei nicht immer einheitliche Meinungen vorhanden sind, ist selbstverständlich, was aber auch selbstverständlich für das Klima und für die Diskussionsform war, dass diese Meinungsunterschiede nicht nach außen getragen wurden, sondern dass sie intern bereinigt wurden, bis eine tragfähige kompromissfähige Lösung entstanden ist. Das zweite wichtige Merkmal des Ablaufes ist, dass die Erarbeitung der Ergebnisse zunächst einmal am 4. April 2009 beauftragt wurde, und zwar erfolgte die Beauftragung an magistratsinterne Arbeitsgruppen, insgesamt waren es sechs, zu folgenden Themen: Zunächst einmal zum Einnahmenbereich, Leitung dieser Gruppe der Herr Finanzdirektor, die Arbeiten sind im Gange. Zweite Gruppe war die Neuordnung der IT, der Informationstechnologie für das gesamte Haus Graz, Leiter dieser Gruppe ist der Herr Magistratsdirektor, die vorläufigen Ergebnisse liegen vor. Dritte Gruppe zum Immobilienmanagement, Leiter der Herr Dipl.-Ing. Fürntratt, vorläufige Ergebnisse liegen ebenfalls vor. Zum Bereich Kanal, Projektleiter Dr. Stangl, mit vorliegenden vorläufigen Ergebnissen und im vierten Bereich, Wirtschaftsbetriebe, Bereich Abfall, Leiter dieser Gruppe ist der Mag. Kurrent,

ebenfalls mit vorliegenden vorläufigen Ergebnissen. Dazu gab es zwei weitere Arbeitsgruppen, die sich mit Querschnittsmaterien befassen, einmal die Arbeitsgruppe Rechts- und Organisationsfragen sowie die sechste Gruppe dann, Personalfragen im Haus Graz, dazu gibt es auch einen Leistungsauftrag an Herrn Dr. Zinkanell. In den Projektteams selbst waren vertreten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den betroffenen Magistratsabteilungen sowie der jeweils betroffenen Betriebe und Beteiligungen inklusive deren Personalvertretungen. Das neu zu ordnende Haus Graz ist damit in diesen Projektgruppen vorweggenommen worden, das starke Zusammenwachsen von Rathaus und Beteiligung hat sich bereits in den Projektgruppen als sehr, sehr erfolgreich erwiesen. Alle diese Teams wurden ebenfalls von einem Externen begleitet, wiederum von der Gruppe Infora. Das Prinzip der Arbeitsgruppen war also, dass nicht externe Experten eingeladen werden sollten, die dann einen Bericht auf den Tisch legen mit ausschließlich der Perspektive von außen, sondern das Prinzip war, dass wir das Know-how und die Erfahrung der Magistratsbeamten und der MagistratsmitarbeiterInnen und -mitarbeiter und jener in den Betrieben nutzen wollten. Allein in den vier Projekten, Informationsmanagement, Immobilienmanagement, Kanal, Wirtschaftsbereich und Abfall wurde im vergangenen Monaten mit sämtlichen zuständige beziehungsweise betroffenen Abteilungen und Tochtergesellschaften in 69 Projektsitzungen, 16 Workshops und 49 Detailarbeitsgruppen inklusive PersonalvertreterInnen die Vorschläge für die Neuordnung der genannten Bereiche im Haus Graz erarbeitet. Hinzu kommen noch sechs Besprechungen mit der zentralen Personalvertretung und mit dem Betriebsrat, vier Besprechungen mit den Graz-AG-Vorständen, 12 Steuerungsgruppen und vieles mehr. Sie sehen an dieser Aufstellung, wie intensiv an diesen Projekten gearbeitet wurden, nicht in dieser Aufstellung sind die vielen Sitzungen im Kernteam und im gemeinsamen Steuerungsteam genannt. Ich komme damit zu den ersten Ergebnissen dieses Reformprozesses. Eine knappe Darstellung der vorläufigen Ergebnisse in den vier genannten Projekten kommt anschließend an meinen Bericht. Die Darstellung im Detail der einzelnen Potentiale erfolgt im für November geplanten Gemeinderatsbericht. Insgesamt kann für diesen Zwischenbericht folgende Kurzbilanz gezogen werden: Die realistisch umsetzbaren Potentiale von jährlich rund acht Millionen Euro ab 2015 und zwei Millionen jährliche Veräußerungserlöse tragen wesentlich zu Konsolidierung des Haushaltes der Stadt Graz bei und sie eröffnen gleichzeitig für die zukünftigen Budgets weitere Kostensteigerungen sowie

Ertragssteigerungspotentiale in den Bereichen Informationstechnologie, Immobilienmanagement und Infrastruktur des Hauses Graz. Diese Potentiale sprechen jedenfalls dafür, die Zusammenführung aller untersuchten Infrastrukturbereiche in eine Organisationseinheit durchzuführen. Mindestens so wichtig, wenn nicht sogar wichtiger, sind aber folgende qualitative Potentiale der Zusammenführung, nämlich etwa die Abstimmung der strategischen Mittelfrist- und Langfristplanung, also die technische Planung und die Finanzplanung, zweitens die Abstimmung der Investitionsplanung, drittens die Steuerung aller erforderlichen Maßnahmen in einem einzigen Verantwortungsbereich, viertens durch die neue Kompetenzregelung steht die Gesamtoptimierung eindeutig vor fachbezogenen Einzeloptimierungen und fünftens, die Zusammenführung in zentrale Gesellschaften bietet die Möglichkeit, MitarbeiterInnen bereichsübergreifend flexibel einzusetzen. Insgesamt, die Zusammenführung der IT-Bereiche vom Magistrat und Graz AG sowie die Infrastrukturbereiche Wasser, Kanal, Kläranlage, Wirtschaftsbetriebe mit Abfall, Straßeninstandhaltung und Grünraum in jeweils einem einzigen Betrieb bietet bessere quantitative und qualitative Voraussetzungen für eine wirtschaftlichere Leistungserfüllung der Daseinsfolge als derzeit bei der gegebenen Zersplitterung dieser Aufgabenbereiche in mehrere Abteilungen und mehrere Betriebe. Die Frage ist, in welcher Form sollen diese Infrastrukturbereiche in einer Organisationseinheit zusammengeführt werden, insbesondere stellt sich die Frage, ob die Zusammenführung in der Graz AG stattfinden soll und zweitens, ob die Graz AG allenfalls in eine GesmbH umgewandelt werden soll. Diese Entscheidung muss gut vorbereitet werden, damit es zu einer tragfähigen gemeinsamen Lösung kommt. Beide Seiten in der Koalition müssen dabei flexibel und sehr kompromissbereit sein. Die ÖVP hat in den Vorbereitungsgesprächen Änderungen der Gesellschaftsform der Graz AG in eine GesmbH zur Diskussion gestellt. Diese Änderung ist parteiintern nicht unumstritten und hat zu vielen Anfragen und Rückfragen beim Parteivorsitzenden geführt. Diese Umwandlung der Gesellschaftsform wäre andererseits ein sehr großer innovativer Schritt zum geplanten tiefgreifenden Umbau des Grazer Rathauses und der städtischen Unternehmen im Hinblick auf die nachhaltige Sicherung der Daseinsvorsorge insbesondere deshalb, weil diese Form es ermöglicht, den Gemeinderat sehr, sehr zu stärken in der strategischen Aufgabenerfüllung. Die Entscheidung dieser Frage muss in den nächsten Tagen koalitionsintern getroffen werden. Ich komme zum letzten Punkt, wie geht es weiter?

Nach der Abstimmung innerhalb der Koalitionsparteien ist für 10. November eine Information der Stadtregierung, Personalvertretung, Führungskräfte, MitarbeiterInnen und die Vorlage des Gemeinderatsberichtes für eine Beschlussfassung am 19. November geplant, im Wesentlichen ein ähnlicher Informationstag, wie schon am 10. März dieses Jahres. Dabei werden auch die Ergebnisse der zwei Querschnittsprojekte Rechts- und Organisationsfragen im Beteiligungsbereich sowie Personalfragen im Haus Graz vorgelegt. Seitens des Stadtrechnungshofes wird rechtzeitig vor der Sitzung des Gemeinderates im November eine Stellungnahme zur Projektkontrolle gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Stadtrechnungshofes vorgelegt werden. Hoher Gemeinderat, ich danke für die Aufmerksamkeit und stelle den Antrag, den Informationsbericht samt den noch folgenden Berichten der einzelnen Projektleiter zu genehmigen. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat möge folgenden Informationsbericht zur Kenntnis nehmen.

Dr. Kamper: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Gestatten Sie mir am Anfang ein paar persönliche Vorbemerkungen. Als ich vor fast sechs Jahren hier im Magistrat begonnen habe, war für das Jahr 2010 ein Gesamtschuldenstand von 1,6 Milliarden Euro prognostiziert. Wir alle kennen die schwierige Situation der Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre, wir haben jetzt fast das Jahr 2010 und sind bei einem Schuldenstand von knapp über einer Milliarde gelandet, immer noch eine Zunahme von 200/300 Millionen, aber bei weitem nicht 1,6 Milliarden. Wir hatten 2007 und 2008 keine Zunahme des konsolidierten Verschuldenstandes, wir haben also, lassen Sie mich das resümieren, in den letzten Jahren durchaus eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung hinter uns gebracht. Ich werde Ihnen zwei Beispiele geben, wo aus meiner Sicht das überschreitende Denken zwischen den Einheiten der Stadt Graz ganz entscheidend war dafür, dass man Erfolge diesbezüglich erzielen konnte. Viele andere Gemeinden werden allerdings diese Erfahrung erst in den nächsten Jahren machen müssen, wie man den Haushalt konsolidiert, und das betrifft durchaus nicht nur kleine Gemeinden, das wird auch

größere Gebietskörperschaften betreffen. Ich glaube, wir haben hier eine Erfahrung vielen anderen voraus. Es werden allerdings die Herausforderungen auch für die Stadt Graz in der Zukunft nicht kleiner. Ich glaube, in den nächsten Jahren werden wir einen Zahn zulegen müssen, wenn wir das Ziel eines nachhaltigen Haushaltes wirklich erreichen wollen. Wir haben wiederholt Vorausschauen gemacht in den letzten Jahren und sind draufgekommen, dass es dynamische Bereiche gibt, die mit den bisherigen Modellen der Haushaltskonsolidierung einfach nicht zu schaffen sind. Ich möchte aber zuerst noch die beiden Beispiele, die ich Ihnen versprochen habe, zitieren. Das ist einerseits der Verkehrsfinanzierungsvertrag, der seit zwei Jahren läuft und der die GVB in die Lage versetzt, eine durchaus zukunftsgerichtete Politik des öffentlichen Verkehrs zu betreiben. Wir waren durchaus 2005 in einer Situation, wo man sich nicht vorstellen konnte, dass dieser dynamische Bereich öffentlicher Verkehr in Graz so geregelt werden kann, dass einerseits die Haushaltskonsolidierung fortgesetzt werden kann, andererseits aber wirklich zukunftsweisende Strukturen geschaffen werden können. Ich glaube, das ist gelungen. Es ist deshalb gelungen, weil man über die Grenzen des Magistrates hinausgedacht hat und weil man auch seitens der Grazer Stadtwerke AG damals bereit war, Schritte zu gehen, die vorher nicht gegangen wurden. Man hat auch zum Beispiel die Pensionsrückstellung in diesem Zuge zurückübertragen an die Stadt Graz. Alles Dinge, die nur möglich waren, weil man diese Grenzen zwischen Magistrat und Beteiligungsbereich aufgegeben hat und weil man bereits übergreifend für das Haus Graz gedacht hat. Das zweite Beispiel, das ich erwähnen möchte ist, das ist Ihnen vielleicht weniger bewusst, das Cash Pooling, dass die Stadt Graz mit den einzelnen Beteiligungen seit einigen Jahren aufgebaut hat, wir hatten jüngst eine Rechnungshofprüfung, Bundesrechnungshof hat sich diesen Finanzbereich angeschaut und hat, der schriftliche Kommentar wird noch kommen, aber hat durchaus sein Kompliment für diesen Aufbau des Cash-Pooling-Systems zum Ausdruck gebracht; er hat bisher keine andere Gemeinde gesehen, wo dieses grenzüberschreitende Denken, Magistrat hier, Beteiligungsbereich dort, schon so weit fortgeschritten gewesen wäre und solche Vorteile lukriert werden konnten. Was ich damit zum Ausdruck bringen will ist, dass hier durchaus Potentiale bestehen, dass man diese Potentiale aber auch nutzen muss und dass auch in vielen anderen Bereichen diese Potentiale in Zukunft genutzt werden müssen, dass lineares Sparen, wie man natürlich, wenn man keine bessere Modelle hat, an die Sache sonst

herangehen muss, dass dieses lineare Sparen nicht endlos fortgesetzt werden kann, sondern dass eine bessere Struktur notwendig ist. Prioritätensetzungen sind nur dann möglich, wenn man klar erkennen kann, wie die einzelnen Bereiche aussehen und wenn wir immer wieder sagen, 50 % aller Aktivitäten der Stadt Graz spielen sich nicht im Magistrat ab, sondern außerhalb, dann ist es evident, dass man hier eine Sichtweise an den Tag legen muss, die auf diese 50 % die außerhalb des Magistrates sich abspielen, gleich transparent hier in den Gemeinderat bringt und eine transparente Steuerung ermöglicht, wie das, was im Magistrat ist. Die Ziele der Umstrukturierung, die wir daher in der Gruppe Beteiligungs- und Organisationsfragen sehr intensiv diskutiert haben, sind hier auf drei Punkte zusammengefasst. Es geht, und darauf hat Stadtrat Rüscher schon Bedacht genommen, es geht natürlich in erster Linie darum, dass ein nachhaltiger Haushalt unterstützt werden soll durch eine Organisation, es geht um eine nachhaltige Ergebnisverbesserung, aber das nicht nur sehr kurzfristig und nur sehr oberflächlich betrachtet, hier geht es nicht nur um die Einsparung für das nächste Jahr, sondern es geht auch um eine transparente Steuerung des Hauses Graz, der Aktivitäten des Hauses Graz. Es sollte diesem Gemeinderat klar sein, was sind die wichtigen Punkte, was sind die mittelfristigen wichtigen Punkte und erst auf dieser Basis sollte es dann zu Budgetbeschlüssen kommen und nicht, so wie es jetzt noch immer leider zu sehr der Fall ist, dass man durch die zeitlichen Prioritäten immer von Jahr zu Jahr sich nur forthandelt und dass der volle Überblick über das, was innerhalb des Magistrates und das, was außerhalb passiert, und eine wirklich systematische Sichtweise noch zu wenig ausgeprägt ist. Klarere Strategien werden erforderlich sein, damit man die echte Prioritätensetzung, die sich die Politik, in welche Richtung immer, vornimmt, auch wirklich umsetzen kann, ansonsten ist man auf eine schlechte Informationsbasis angewiesen, hat hier nicht den vollen Überblick und wird daher nicht die wirklich guten strategischen Entscheidungen treffen können (*Applaus ÖVP*). Diese Folie zeigt etwas, was wir durchaus tage- bis wochenlang in den Arbeitsgruppen diskutiert hatten und wir sind zum Schluss gekommen, dass diese vier Säulen, die hier aufgezeigt sind, dass diese vier Säulen jene sind, die die Eigenheiten in der Steuerung der Bereiche der Stadt Graz am besten zusammenfassen: Es gibt die erste Säule der Hoheits- und Förderungsverwaltung, das ist sozusagen die eigentliche engste Aufgabe der Gemeindeverwaltung, das wird immer nur im Magistrat abgewickelt werden können und hier gelten Gesetze, Verordnung, politische Vorgaben als die

Entscheidungsgrundlagen. Es gibt natürlich auch hier eine Finanzdimension, aber die ist relativ einfach durch Eckwerte charakterisiert, Verwaltung kostet eben Geld, Verwaltung muss sparsam sein, deshalb ist dieses Geld auch hier limitiert, aber weitere Überlegungen, wie im betrieblichen Bereich notwendig, gibt es hier nicht. Der politische Einfluss in dieser Säule der Hoheits- und Förderungsverwaltung muss hundert Prozent sein, hier ändert sich eigentlich in der Organisation gegenüber dem bisherigen Zustand auch in Zukunft nichts. Die zweite Säule ist etwas, was in Gemeinden anders als vielleicht in Bundesländern, sehr ausgeprägt ist und auch immer sehr ausgeprägt sein wird. Es geht um den Riesenbereich der Daseinsvorsorge im weitesten Sinn, hier angeführt ist nur der Bereich der Daseinsvorsorge im Rahmen der Infrastrukturzurverfügungstellung, aber es gibt darüber hinausgehend natürlich auch, wenn man diesen Begriff soweit definiert, die Daseinsvorsorge im kulturellen, im sozialen Gebiet, das alles gehört hier dazu, und Charakteristikum dieser Säule ist, dass es im Wesentlichen um betriebliche Aktivitäten geht, dass es auch um wichtige Einnahmen geht, Einnahmen, die verbunden sind mit den Ausgaben. Ich sehe das Ganze jetzt natürlich aus finanzieller Sicht; das ist klar, dass es aus fachlicher Sicht viele Ergänzungen gibt, die ich jetzt nicht erwähne, aber die wesentliche Charakterisierung ist, dass dieser Bereich anders zu steuern ist, weil es nun mal einen Unterschied macht, ob ich zusätzliche Ausgaben habe, die mir im Einvernehmen mit dem Kunden und Kundinnen zusätzliche Einnahmen auch ermöglicht, in diesem Fall kann ich nicht die Ausgaben einfach kürzen oder sollte ich die Ausgaben nicht kürzen, weil das per Saldo ja dann vorteilhaft wäre, Ausgaben steigen zu lassen, wenn die Einnahmen noch mehr steigen und ich habe einen für das Budget positiven Effekt. Und es muss klar sein, dass daher die Mechanismen, die man hier für die Steuerung ansetzen muss, ganz andere sind als in der ersten Säule, wo ich keine Einnahmen letztlich in den Detailentscheidungen einzubeziehen habe. Es muss in dieser Säule zwei allerdings, und das ist das, was wir in sehr vielen Diskussionen versucht haben, besser herauszuarbeiten, als das bei oberflächlicher Betrachtungsweise der Fall ist, es muss auch in dieser Säule eine politische Dimension geben. Es ist nicht so, dass man sagen kann, Betriebe sind völlig isoliert zu führen, die gehen den Gemeinderat nichts an, sondern es muss klar gemacht werden, was die wesentlichen Einflussfaktoren des Gemeinderates sein sollen. Es darf nicht sein, dass in das Tagesgeschäft, wofür die einzelnen Leiter der Bereiche verantwortlich sind, aus verschiedensten Seiten

hineinregiert wird, dass eingegriffen wird, es muss aber sein, dass die wesentlichen strategischen Zielrichtungen definiert werden und den Rahmen setzen für das Management. Es muss wahrscheinlich in vielen Bereichen ein Band geben, eine Zielvorstellung geben, wie für die Kundinnen und Kunden die Preise in diesem Segment sein sollen. Es muss ein Übereinstimmen geben, wie sehr diese Preise durch öffentliche Gelder gestützt werden sollen, es müssen natürlich Mittelfristpläne gemacht werden, es müssen die Zuschüsse mittelfristig definiert werden und in die Mittelfristplanungen der Budgets der Stadt Graz auch einfließen, und das alles führt dann zu einer geordneten mittelfristigen Entwicklung. Beispielsbereiche sind natürlich der Kanal, natürlich die Wirtschaftsbetriebe, aber auch die Bereiche Grünraum, Straßen sind solche Bereiche, die durchaus als betrieblich zu bezeichnen sind und wo man eben einen wesentlich höheren Anteil bis zu 100 % hat, der eben als Zuschuss definiert ist, aber auch hier müssen die finanziellen Rahmen, wie für alle anderen betrieblichen Aktivitäten, klar definiert hier abgesegnet werden und dann abgearbeitet werden. Die dritte Säule sind die sogenannten Shared Services. Die Shared Services haben insofern eine andere Stellung, als bei diesen Shared Services nicht so sehr der Bürger, die Bürgerin als Kunde im Vordergrund steht, sondern die internen Bereiche. Typische Beispiele sind hier IT, also die EDV, aber auch das Immobilienmanagement, wo es mit Ausnahmen, aber im Prinzip nicht darum geht, dass die Bürgerinnen und Bürger möglichst gut versorgt werden, sondern wo es primär darum geht, dass die internen Bereiche, und unter internen Bereichen verstehe ich sowohl die Magistratsabteilungen als auch die Beteiligungen des Magistrates, dass diese internen Bereiche eben möglichst gut unterstützt werden durch zusammengefasste Zentraleinheiten, weil man hier durch Zusammenfassungen Kosten sparen und Synergien lukrieren kann. Die Steuerung dieser Bereiche findet ganz anders statt als in der Säule zwei, hier geht es darum, dass im Prinzip diese Bereiche kostendeckend sein müssen, es gibt auf der einen Seite kein Ziel, wie man das bei oberflächlicher Betrachtung annehmen könnte, dass die Geschäftsführer hier Gewinnmaximierung betreiben sollten, sie sollten auf der andern Seite aber auch keine Verluste machen. Sie sollten mit ihren Kunden und Kundinnen, also mit den Abteilungen der Stadt Graz und mit den Beteiligungen, möglichst permanent das Einvernehmen herstellen, welche Leistungen in welcher Qualität erbracht werden und welche Kostenumlagen dafür verrechnet werden und diese Kostenumlagen müssen ständig einem Benchmarking unterzogen werden,

damit man ständig kontrollieren kann, ob sie auch effizient sind. Es muss klar sein, dass das ein ständiges Bemühen ist und dass das nicht eine Frage ist einer einmaligen Definition von internen Service-Level-Agreements, und dann ist es erledigt, es wird hier ein ständiges nachjustieren möglich sein, aber es wird eine Kernaufgabe bei der Umsetzung dieses Prozesses im nächsten Jahr sein, den Start zu machen und solche Service-Level-Agreements auf dieser Ebene möglichst gut festzulegen und dann gibt es möglicherweise, sage ich hier dazu, in einer Stadtverwaltung auch einen Bereich vier, wo es um Marktleistungen geht, wo es um Beteiligungen geht, die man nicht unbedingt braucht, die also weder zur Daseinsvorsorge gehören, noch unbedingt als Shared Service definiert sind. Und insgesamt, darüber möchte ich gar nicht mehr viel sprechen, weil dieser Bereich wird natürlich so gesteuert wie das in der Privatwirtschaft auch üblich ist, das heißt, man gibt Leistungsvorgaben, Renditevorgaben, aber es ist eher eine finanzielle, eine rein finanzielle Steuerung und keine inhaltliche Steuerung. Finanzielle Steuerung bedeutet natürlich schon auch, dass man die Beträge, die hier als Investitkapital definiert sind, definiert, dass man schaut, was kann man sich leisten in Höhe der Beträge und auch in Sachen Risiko, aber eine inhaltliche Steuerung findet hier relativ wenig statt. Insgesamt, was also für das Gesamtbild zu bemerken ist, ist, dass das kein statisches, sondern ein dynamisches Bild ist, das heißt, dass es hier in diesem Haus zu entscheiden, wie ausgeprägt soll die Säule zwei sein, das ist in diesem Haus zu entscheiden, soll es einen Bereich vier geben und wenn ja, wie ausgeprägt soll dieser Bereich vier sein und es muss auch klar sein, dass diese Entscheidung immer wieder neu zu beurteilen ist, es ist kein statistisches Bild, sondern es hängt wirklich von der politischen Entscheidung ab, wie die einzelnen Bereiche ausgeprägt sein sollten. Aber klar ist, und das ist eigentlich eine wirkliche Erleuchtung gewesen im Rahmen der letzten Wochen, klar ist, dass die Steuerung dieser vier Bereiche nach völlig anderen Gesichtspunkten erfolgen muss und klar ist, dass das das Kernbild jeder Neuorganisation sein muss, wie immer das dann im Detail weiter umgesetzt wird, aber hier wird sich entscheiden, ob es gelingt, einen Haushalt, also die Strukturen, so zu schaffen, dass eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung möglich ist. Wenn man das als Grundlage nimmt, dann sind wir eben zu folgenden Interimsschlussfolgerungen gekommen: Wir müssen die IT, also die EDV-Leistungen für die einzelnen Bereiche, die großen Bereiche, hier die IT des Magistrates und die IT der Graz AG, wir müssen diese beiden Bereiche jedenfalls zusammenführen und

dieser zusammengeführte Bereich gehört zur Säule drei, das sind die Shared Services, es geht in Zukunft darum, dass die IT möglichst alle Synergien nutzt und für das Haus Graz die IT-Leistungen kombiniert erbringt. Wie gesagt, nicht mit einem Ziel, hier Gewinnmaximierung für den IT-Leiter zu machen, sondern mit dem Ziel, alle Bereiche bestmöglich mit dem, was gewünscht wird, und das auch leistbar ist, zu versorgen. Die gleiche Schlussfolgerung gilt für das Facilitymanagement, für das Immobilienmanagement. Immobilien sind kein Selbstzweck, sondern Immobilien werden genutzt, werden genutzt durch den Magistrat, werden genutzt durch die Beteiligungen und soweit man sie braucht um die Zwecke, die dann die eigentlichen Einheiten sonst haben, zu erfüllen, müssen sie zur Verfügung gestellt werden, soweit man sie nicht braucht, und man hat sie, müssen sie verwertet werden, in bestmöglicher Form verwertet werden, das geht vom Verkauf über Projektentwicklung, über Vermietung und was hier immer möglich ist, aber klar ist, wir brauchen hier nicht mehrere Dinge, die sich mit der gleichen Problematik, mehrere Abteilungen, die sich mit der gleichen Problematik befassen, wir brauchen nur ein wirklich professionelles Immobilienmanagement, das ebenfalls zu den Shared Services gehört, dass die Immobilien, Gebäude, aber auch das, was man für die Standortentwicklung braucht vielleicht an Immobilien der Stadt Graz, bestmöglich zur Verfügung stellt, also auch dieser Bereich, ein Bereich der Shared Services in der Säule drei. Wirtschaftsbetriebe und Kanal gehören, das ist die dritte Schlussfolgerung, gehören mit den Infrastrukturbereichen der heutigen Graz AG als Teil der Daseinsvorsorge zusammengeführt. Diese Infrastrukturbereiche sind typische betriebliche Einheiten. Hier geht es darum, Investitionen zu machen, hier kann man nicht, wie in anderen Bereichen, einfach linear kürzen, in der Hoffnung, dass das Ganze dann besser wird. Hier muss man von Fall zu Fall Investitionsentscheidungen treffen und die sind relativ gleich gelagert, die sind auch abzustimmen. Wenn ich nur an das Beispiel des Leitungsbaues verweisen darf, es ist völlig klar, dass die Straßenbahnen, die Kanal- und die Wasserleitungen, dass die möglichst gut koordiniert und in möglichst einheitlicher Verantwortung das Ganze abführen müssen, denn wenn die finanziellen Ressourcen enger werden, ist eine solche Abstimmung wichtiger denn je. Also dieser Bereich gehört zur Säule zwei, es sind viel bewusster als das in der Vergangenheit der Fall war, in all diesen Bereichen die finanziellen und strategischen Rahmenbedingungen wieder hier in diesem Hause zu definieren. Wir haben jetzt, nur um einmal ein Beispiel zu sagen, die Situation,

dass wir über den Bereich Wasser hier in diesem Haus kaum je ein Wort verlieren, wo hingegen wir über den Bereich Kanal immer dann hier entscheiden, wenn irgendwelche, auch relativ geringwertige, Investitionsentscheidungen gemacht werden. Es ist klar, dass das systematischer werden sollte, dass die wirklich großen Entscheidungen hier sein sollten und dass die wirklich kleinen Entscheidungen nicht hier sein sollten. Der Punkt vier sagt, die Finanzsteuerung und das Reporting ist neu auszurichten, und in Wirklichkeit ist dieser Punkt vier eine Zusammenfassung dessen, was ich bis jetzt gesagt habe, und ich muss hier noch ergänzen, es wird keine Kleinigkeit sein, das umzusetzen, man darf nicht unterschätzen die Mühen, die in der Praxis dann bei der Umsetzung entstehen gegenüber dem, was man auf Papier gleich einmal hinschreiben kann, aber es muss klar sein, dass dieses Ziel eine klare Finanzplanung und dann auch Finanzsteuerung zu haben, um die Entscheidungen so auszurichten, wie es für die einzelnen Säulen am besten ist, dass das ganz, ganz wesentlich ist dafür, dass man einen nachhaltigen Haushalt auch erzielen kann. Es darf aber nicht bei der Finanzsteuerung bleiben, das habe ich früher schon angeschnitten, in der Säule vier mag die Finanzsteuerung das Einzige sein, was notwendig ist, aber in allen anderen Säulen ist es natürlich völlig klar, dass auch strategische Komponenten und Leistungskennzahlen ganz wichtig sind, die der Eigentümer hier vorgeben muss und die auch möglichst transparent kommuniziert werden. Es muss eine klare Rollenverteilung zwischen der Finanzverantwortung und der fachlichen Verantwortung sowohl im Controlling als auch dann herabgebrochen auf die einzelnen Einheiten gemacht werden, aber es müssen diese beiden Bereiche, der Finanzbereich und der Fachbereich, ständig miteinander kommunizieren, damit das Ganze funktioniert. Ich möchte wieder zurückkommen auf das Beispiel des Verkehrsfinanzierungsvertrages, wo genau dies, denke ich, sehr gut gelungen ist. Es war das Manko, das ich persönlich wahrgenommen habe bis ins Jahr 2007, dass man auf der Seite der Fachleute gesagt hat, wir hätten ja so viele gute Ideen, den Verkehr zu verbessern und auf der Seite der Finanzleute, und da war ich durchaus dabei, hat man gesagt, wir können uns nichts leisten, und das war eine Blockade, die natürlich auf Dauer nicht gesund war, die auch nicht nachhaltig war, aber seit der Verkehrsfinanzierungsvertrag in Kraft ist, hat man einerseits einen klaren Rahmen geschaffen, und der ist mit 51 Millionen nicht gering bemessen, 51 Millionen Euro im Jahr. Man hat einen klaren Rahmen geschaffen, aber man hat auch klare Leistungsdefinitionen festgelegt, und es ist jetzt die mühsame Ebene, wie

man jetzt damit umgeht, aber die ist finanziell und auch fachlich, glaube ich, erfolgreich. Man weiß, man kann sich nicht alles jetzt leisten, aber man hat den Rahmen definiert, den man sich für den öffentlichen Verkehr vorgenommen hat und man weiß auch, dass man innerhalb dieses Rahmens, wenn es Sinn macht, völlig flexibel ist und es gibt auch Beispiele bereits, wo es diese Flexibilität wirklich auch in der Praxis schon gegeben hat in Entscheidungen. Nach diesem Modell müssen auch die anderen Bereiche organisiert werden. Es muss ein geschlossenes Set von Gemeinderatszustimmungserfordernissen etabliert werden mit dem Ziel, die Kompetenz des Gemeinderates in den strategischen Bereichen, vor allem der Daseinsvorsorge, zu stärken. Wie gesagt, es sollte über die wesentlichen Finanz- und Leistungskennzahlen ein gut abgestimmtes System des Reportings und des Entscheidens geben, unabhängig davon, ob das in einer Enkelgesellschaft oder im Magistrat selbst oder in einer Tochtergesellschaft, unabhängig davon in welcher Rechtsform sich das Ganze befindet. Die Privatisierung der Daseinsvorsorge wird, so haben wir das verstanden, ist das Ziel, durch Verankerung einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Gemeinderat im Statut der Stadt Graz praktisch verhindert. Die Befürchtung also, dass diese Neuorganisation in Wirklichkeit nur etwas anderes ist als eine versteckte Privatisierung, die soll mit dieser Entscheidung klar verhindert werden, also man will ja wirklich eine Neuorganisation und keinen Verkauf von Aktivitäten entscheiden. Ein Punkt, der mir sehr wichtig ist und den ich auch versucht habe in den bisherigen Arbeitsgruppen immer wieder hervorzukehren ist, dass man pragmatisch sein muss bei der Umsetzung und bei der Konzeption dieser Neuordnung und pragmatisch heißt, dass man dort, wo Transaktionskosten nämlich ausgelöst werden, sehr vorsichtig sein sollte. Es nutzt uns nichts, wenn wir jetzt Millionenbeträge in theoretische Konzepte stecken und wir nicht die Gewähr haben, dass die dann auch umgesetzt werden und dass diese Ersparnisse dann auch erzielt werden. Wir sollten also so weit wie möglich die internen Ressourcen nutzen und wir haben hier durchaus im Haus Experten und Expertisen, die sich nutzen lassen und nur dort, wo es absolut notwendig ist, externe Leistungen zu kaufen. Ich habe damit meine generelle Einleitung jetzt abgeschlossen und darf nochmals betonen, dass das ganze Work in Progress ist, dass die Umsetzung im ersten Schritt sicherlich das gesamte nächste Jahr in Anspruch nehmen wird, dass man mit dem 1.1.2011 (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) allerdings das Ziel anstreben kann, wesentliche Teile dieser Umstrukturierung abgeschlossen zu haben

und dass das Ganze dann zu leben beginnt. Ich glaube aber, es ist absolut notwendig, dass man diesen Weg geht und dass die Details, für die wir auch schon viele Dinge ausgearbeitet haben, aber die Details sind im Laufe des nächsten Jahres dann endgültig festzumachen und dann auch hier zu entscheiden (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 9.05 Uhr den Vorsitz.

Dr. **Zinkanell**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Im Juni heurigen Jahres wurde im Zuge des Projektes „Haus Graz neu ordnen“, das Projektteam Personal gegründet mit den Mitgliedern Dr. Erich Kalcher vom Personalamt der Stadt Graz, Dr. Gerald Waldhauser von der Graz AG, mit meiner Person, und wir haben an externen Begleitungen den Herrn Dr. Heinz Rothe als Arbeitsrechtsspezialisten hinzugezogen zeitweilig beziehungsweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Graz AG, insbesondere Frau Mag. Bernta, der Stadt Graz, hier insbesondere die Frau Melanie Wresounig, und Hans Kettisch von der Graz AG haben uns dabei entsprechend auch unterstützt. Der Projektauftrag sieht den Aufbau und die Organisation einer Personalkoordination vor über alle Organisationseinheiten des Hauses Graz hinweg, insbesondere den Aufbau eines internen Arbeitsmarktes und gleichzeitig die Feststellung von personalspezifischen Kosteneinsparungsmöglichkeiten. Wir haben dazu ein Grobkonzept ausgearbeitet, an den Eckpunkten der Auswirkung des neuen Organisationsmodells mitgewirkt sowie die Konsolidierungsprojekte, die eben im Anschluss im Detail heute auch im Zwischenbericht präsentiert werden, mitgearbeitet und aus Personalsicht diese Projekte begleitet. Die wesentlichen Ergebnisse daraus sind folgende: Erstens, städtische Mitarbeiter werden den jeweiligen neuen Organisationseinheiten zugewiesen. Wie schon Herr Dr. Kamper vorher präsentiert hat entsprechend den vier Säulen sollen diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einerseits dem Bereich IT-GmbH, andererseits Facilitymanagement zugeführt oder zusammengeführt werden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der

Wirtschaftsbetriebe und des Kanals mit den Kolleginnen und Kollegen der Graz AG zusammengeführt werden. Sie bleiben dabei städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und werden in ihrer dienstrechtlichen Stellung unverändert belassen, die dienstrechtliche Stellung bleibt wie bisher. Zweitens, bei befristeten Dienstverträgen wird im jeweiligen Einzelfall zu prüfen sein, inwieweit der Bedarf weiterhin gegeben ist. Wir haben Bereiche insbesondere im Pflegebereich, wo wir dringendst diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen, es wird Bereiche geben, wo man den Bedarf sehr genau anschauen wird müssen, wie weit das durch interne Organisationen möglich ist, das anders zu organisieren, aber grundsätzlich sollen befristete Verträge in unbefristetes übergehen, wenn unter der Voraussetzung logischerweise der entsprechenden Arbeitsleistung und eben, wie gesagt, soweit der Bedarf auch dafür vorhanden ist. Drittens: Ein einheitlicher Unternehmenskollektivvertrag für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere in der Graz AG unter Einfügung eben der Zusammenführung des Wirtschaftsbetriebe und des Kanals ist anzustreben unter besonderer Berücksichtigung der Gleichbehandlung zwischen Frauen und Männern, das heißt, dass für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere der Versorgungsbetriebe, Wirtschaftsbetriebe und Kanal ein neuer einheitlicher Kollektivvertrag angestrebt wird, der sich einerseits an den Kollektivverträgen der gewerblichen Wirtschaft orientieren soll, andererseits auch am Kollektivvertragsbestand derzeit, wie er im Bereich der Versorgungsbetriebe vorhanden ist. Idealerweise kann dann dieser neue Kollektivvertrag auch die Basis sein für die Beschäftigungsverhältnisse, für alle anderen privatrechtlichen Beschäftigungsverhältnisse zum Beispiel der GBG, der IT-GmbH und auch anderer Bereiche. Organisation eines internen Arbeitsmarktes im Zuge der Umstrukturierungen werden öfter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie auch bisher schon, was immer bisher auch schon geschehen ist, zum Beispiel aus gesundheitlichen Gründen, ihre bisherige Tätigkeit nicht mehr ausüben können. Es ist vorgesehen, dass eine zentrale Stelle in Zukunft diese Aufgaben übernehmen soll, zu schauen, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmöglichst im Haus Graz insgesamt eingesetzt werden, die Personalkoordination hat ja eben gerade den Sinn, erstmalig übergeordnet über alle Bereiche hinweg zu schauen, dass wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmöglichst auch übergeordnet im Bereich übergreifend einsetzen können. Eventuell sind Umschulungen notwendig oder

weitere Maßnahmen, um das bewerkstelligen zu können, machen zu können, aber der interne Arbeitsmarkt hat hauptsächlich den Sinn, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Zuge der Umstrukturierungen dort nicht mehr eingesetzt werden können, zu schauen, wo können wir diese MitarbeiterInnen woanders einsetzen. Ebenso haben die einzelnen Abteilungsleiter, Geschäftsführer, Verantwortlichen in den einzelnen Bereichen die Aufgabe, für eine Neueinstellung zuerst einmal eine Personalanforderung an diese zentrale Stelle zu senden, diese zentrale Stelle hat dann eben die Aufgabe zu schauen, haben wir hausintern jemanden der dafür passen kann, eventuell mit Umschulung, mit anderen Maßnahmen und wenn ja, dann zu schauen, dass wir diese Stelle, die neue Stelle, wenn irgendwie möglich hausintern besetzen können. Damit komme ich zum weiteren Punkt. Eben vor einer Neuaufnahme sind alle Möglichkeiten des internen Arbeitsmarktes auszuschöpfen, dazu werden wir insbesondere auch eine interne Stellenausschreibung und zwar Haus Graz weit, innerhalb des Magistrates gibt es das ja schon bisher, Haus Grazweit einführen, was auch meiner Meinung nach für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für alle Kolleginnen und Kollegen ein Vorteil ist, weil ich einen ganz anderen Überblick habe, ganz andere Übersicht habe, wo gibt es eine Möglichkeit, eine Position, die mich interessiert. Letztendlich ist Personalentwicklung vor allem die Möglichkeit, jemandem selbst die Chance zu geben, sich weiter zu entwickeln, wer soll besser wissen als die betroffene Person selbst, wohin möchte ich mich weiterentwickeln, was möchte ich in Zukunft dann an neuer Tätigkeit machen, und gerade diese internen Stellenausschreibungen können ein wesentlicher Beitrag sein zu einer persönlichen Entwicklung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich glaube, dass das auch ein wesentlicher Vorteil für die Kollegenschaft sein kann (*Applaus ÖVP und Grüne*). Weiterer Punkt, Verstärkung der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten: zur Unterstützung der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten und Entwicklungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden Weiterbildungsmöglichkeiten, Umstiegsmöglichkeiten verstärkt angeboten werden. Ein wesentlicher Punkt dabei ist, wenn irgendwie möglich, mehr Eigenverantwortung in den einzelnen Bereich zu bekommen, für einzelne Kolleginnen und Kollegen eine höhere Eigenverantwortung erreichen zu können. Mit dieser Umstrukturierung und mit diesem Projekt „Haus Graz neu ordnen“ wird sich daher im Personalbereich sehr vieles ändern und sehr vieles tun, auf der anderen Seite, und mir ist auch wichtig, das auch zu betonen, wird auch vieles gleich bleiben

und vieles so bleiben, wie es bisher auch Usus war und gut sich eingespielt hat. Insbesondere sind das diese drei Hauptpunkte, wie bereits erwähnt, werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in bestehenden Dienstverhältnissen insgesamt im Haus Graz, ich meine nicht nur im städtischen Bereich, sondern insgesamt im Haus Graz, durch die Umstrukturierungen keine Nachteile haben, das ist ein ganz ein wesentliches Thema und ein ganz ein wesentlicher Punkt (*Applaus ÖVP und Grüne*). Zweitens: Änderungen, die notwendig sind, und da hat sich ja auch bewiesen und gezeigt in der Vergangenheit, dass ein Arbeitsrecht, Kollektivverträge, ein Vertragsbedienstetengesetz, Betriebsvereinbarungen ein lebendiges Dinge sind, das ist ja nicht etwas, was starr ist und sich nicht ändert, diese Änderungen sollen wie bisher in enger Abstimmung mit der Personalvertretung, mit den Betriebsräten erfolgen. Bereits in der Vergangenheit war ja diese Notwendigkeit immer wieder gegeben, Veränderungen durchzuführen und daher wird das auch in Zukunft selbstverständlich in enger Abstimmung mit der Personalvertretung, Betriebsrat erfolgen, die ja auch in der Vergangenheit immer viel Augenmaß dabei und viel Mitwirkungs- und Gestaltungskraft gezeigt haben. Und der letzte Punkt: die KFA, oder sagen wir einmal so, die Umstrukturierungen werden auf die KFA einige Auswirkungen haben, insbesondere dann, wenn ein großer Bereich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wirtschaftsbetriebe, des Bereiches Facilitymanagement nicht mehr im städtischen Bereich tätig sind, so kann die KFA, so können diese neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr bei der KFA versichert sein, das würde bedeuten, dass die KFA schrittweise an Mitgliedern verliert, wir haben uns das sehr genau und sehr im Detail, auch in enger Abstimmung mit dem KFA-Direktor, Klaus Frölich, angesehen und sind zu dem Punkt gekommen, dass sich hier in diesem Punkt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nichts ändern soll, die Krankenfürsorgeanstalt soll erhalten bleiben und die weitere Entwicklung jedoch, wie sich die KFA weiterentwickelt, welche finanziellen Auswirkungen das haben wird, wird man dann im Detail beobachten. Soweit mein Zwischenbericht zum Thema Personal, das sind die wesentlichen Eckpunkte, natürlich steckt sehr vieles in den Details, wie Sie sich vorstellen können und ich bin überzeugt davon, dass das nicht der letzte Punkt war und die letzte Gelegenheit war, dass wir darüber diskutiert haben (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 9.15 Uhr den Vorsitz.

Magistratsdirektor Mag. **Haidvogl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich darf mit der Präsentation der Fachprojekte beginnen und zwar mit dem Projekt Neuausrichtung der IT und auch ganz kurz vorweg nur darauf hinweisen, dass dieses Projekt eines ist, dass nicht erst im April des Vorjahres gestartet wurde, sondern das Konzept, die IT nach dem Prinzip des Shared Services neu auszurichten, das heißt, nach dem Prinzip gleichartige Dienstleistungsprozesse zu zentralisieren und diese in einer zentralen Organisationseinheit nach dem Auftraggeber-/Auftragnehmeverhältnis dann anzubieten, dass diese Idee und dieses Konzept durchaus schon vorher angedacht war mit dem Land Steiermark, auch dort von der Projektumsetzung schon durchaus weiter gediehen war, wir uns aber doch entschieden haben, es vorerst im eigenen Haus anzugehen. Diese Idee ist auch eine, die nicht nur in Graz Anhänger findet, die meisten werden ein ähnliches Projekt in Linz kennen, es gibt auch ein ähnliches Projekt in Kärnten. Gizka nennt es sich dort, also Gemeindeinformationszentrum Kärnten, und auch der Bund hat entsprechende Überlegungen jetzt bei der Verwaltungsreform neu. Strategische Projektziele sind solche, die vielleicht auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen, wo wir aber dennoch glauben, dass sie gemeinsam verfolgt und umgesetzt werden können, nämlich ein Ziel ist es, die Leistungsqualität zu erhöhen und trotzdem Kosten und Risiken zu reduzieren. Wie kann das gehen? Es kann in der IT insbesondere dadurch gehen, dass man Skaleneffekte nützt, das sind also jene Effekte, die sich ergeben, wenn man in großer Menge Produktionen durchführt, wir wissen alle, dass große Mengen Produktionen zu geringeren Stückzahlen führen. Erhöhung der Leistungsqualität ist aber im Bereich der IT auch dadurch möglich, dass einmal entwickelte IT-Services mehrfach verwendet werden, also nicht nur im kleinen Bereich des Magistrates, sondern darüber hinaus auch für alle Beteiligungen. Die Reduzierung der Risiken ist unter anderem dadurch möglich, dass einerseits die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einander wechselseitig vertreten können und wenn mehr Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Spezialwissen vorhanden sind, sich diese Möglichkeit natürlich auch verstärkt anbietet. Andererseits aber auch dadurch, dass man technisch durch Rechenzentren und dergleichen zu einer höheren Sicherheit

kommt, damit zusammenhängt auch die kontinuierliche Sicherstellung der IKT-Versorgung, und auch wir wollen natürlich in diesem Projekt weiterhin motivierende Rahmenbedingungen und sichere Arbeitsplätze für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie werden auch sehen, dass hier nicht an Kündigungen gedacht ist. Ich möchte das Projekt nun vorstellen, es haben sehr viele an dem Projekt mitgearbeitet und ganz besonders hervorheben möchte ich den Herrn Mag. Udo Gutensohn, der auch am Balkon ist, kann er sich vielleicht kurz zeigen, der Herr, mein Stellvertreter in der Projektleitung, der aber die Projektleitung für sämtliche organisatorischen und technischen Fragen direkt übernommen hat und wirklich den Gutteil der Arbeit auch mit seiner Assistenz, der Frau Mag. Miedl, übernommen hat. Im Projekt Kernteam waren natürlich selbstverständlich die Leiter der IT-Abteilungen Dipl.-Ing. Steinbrucker und Dipl.-Ing. Schaffer und die Personalvertreter beziehungsweise Betriebsratsvertreter Frau Tschernko Karin und Herr Ing. Peter Balazic. Das erweiterte Kernteam bitte unternehmen Sie den Unterlagen, dann brauche ich jetzt hier nicht alle anführen, es waren auf jeden Fall alle Abteilungs- und Referatsleiter hier miteinbezogen. Wir haben versucht, Synergien darzustellen und mussten natürlich vorweg auch für uns definieren, was sind bei so einem Projekt Synergien, wir haben gesagt, wir betrachten die Ersparnisse gegenüber der sonst zu erwartenden Entwicklung. Diese Definition ist deswegen wichtig, weil es darf sich niemand erwarten, dass künftig IT nichts mehr kosten wird und sich im Bereich IT nicht künftig auch Entwicklungen ergeben, die ja der Gesamtorganisation zugute kommen. Das heißt, es kann durchaus sein, dass hier neue technische Entwicklungen, die allen Abteilungen das Arbeiten erleichtern, eingeführt werden und dadurch allenfalls nur im Bereich der IT die Kosten steigen und dennoch könnten Synergien entstehen, weil die Kostenentwicklung eine andere ist, als würde man nicht nach dem Prinzip des Shared Services vorgehen. Bei den Sachsynergien haben wir auch betrachtet die Druckerei, da diese derzeit beim Geschäftsbereich IT der Graz AG untergebracht ist. Wir haben natürlich auch die Gründungskosten mitbetrachtet und was wesentlich ist, Synergien sind nicht nur monetär zu bewerten, wesentlich war für uns im Projekt, auch immer wieder darauf zu schauen, ob neue Maßstabsetzungen auch in Effizienz und Qualität möglich sind. Hier sehen Sie eine Aufstellung der Synergiepotentiale insgesamt. Man sieht es schon in diesem Jahr hier, der rote Punkt, 40.000 Euro sind eingesetzt, das Synergiepotential, das ist ein Mitarbeiter, der bereits ausgeschrieben war, wo das Hearing schon stattgefunden

hat, der dennoch nicht besetzt wurde auf Grund dieses Projektes, quasi eine vorweggenommene Synergie. Würde dieses Projekt gestoppt werden, bräuchten wir diesen Mitarbeiter im Bereich SAP auf jeden Fall. Im zweiten Jahr ergibt sich ein Minus, das hängt zusammen mit den Gründungskosten und mit den Investitionen, die für die Umstellung erforderlich sind. Die Zusammenführung von zwei IT-Organisationen kann nicht einfach sang- und klanglos so erfolgen, dass man zwei PC nebeneinander hinstellt und sagt, das war es, sondern da sind Umstellungen technischer Natur im größeren Umfang notwendig und das kostet daher das erste Jahr, daher auch ein Minus. Im zweiten Jahr der Umstellung schaut es dann schon anders aus und das geht dann bis zum Jahr 2014 beziehungsweise bis zum 5. Jahr zu einem Synergiepotential von 1.182.000. Bei den Personalsynergien wurden jene Kosten angesetzt, die das Personal, das künftig im Ruhestand ist, heute verursacht. Also es werden ja keine Kündigungen und so vorgesehen, sondern Nichtnachbesetzung von Ruhestandsversetzungen beziehungsweise Pensionierungen. In diesem Fall wurden jetzt dann auch nicht angesetzt sonstige Begleitkosten, die man sich ersparen konnte, also wir wollten hier nicht zu kleinkrämerisch vorgehen, also Telefon-, Raumkosten und dergleichen wurden nicht zusätzlich auch noch angesetzt. Das alles ist natürlich nur dann möglich, wenn die insbesondere zwei großen IT-Bereiche, aber auch die IT-Bereiche aus allen Abteilungen, sich zu einer neuen Konzern-IT zusammenfinden und auch entsprechend einer neuen eigenständigen Vision vorgehen. Es hat keinen Sinn, zwei IT-Organisationen zusammenzuführen, die das Geschäft machen wie bisher, die unterschiedliche Programme, unterschiedliche Standards, unterschiedliche Hard- und Software verwenden. IT-Zusammenführungen können nur dann sinnvoll auch wirklich zu Synergien und auch zu einer Verbesserung der Qualität führen, wenn hier auch eine gemeinsame neue Vision verfolgt wird. Das bedeutet im Konkreten, dass die neue IT-Einheit zu einer Bündelung von Kräften führen sollte, die flexibel im gesamten Haus Graz einsetzbar sind in allen Beteiligungen mit einheitlichen Zielen und einheitlichen Strategien, dass Doppelgleisigkeiten in diesem Bereich nicht mehr stattfinden, dass die IT einerseits weiterhin die Rolle wahrnimmt als Auftragnehmer, aber auch als Innovator und als Treiber von neuen Organisationsprozessen und von Reformen, dass IT-Synergiepotentiale genutzt werden durch Standardisierungen, durch die Wiederverwendung von einmal Entwickeltem, Schlagwort ist einmal entwickeln, x-fach verwenden und dass ein konzernweites Projekt-Portfolio entwickelt

wird und dass natürlich die IT-Services allen Bereichen zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel e-Government und e-Business und auf diese Art die IT auch neue Geschäftsmodelle unterstützt. Diese Vision schlägt sich dann auf die Geschäftsziele der IT nieder, ich glaube, die kann man durchaus, um Zeit zu sparen, hier auch dann nachlesen in den Unterlagen, wir haben sie so runtergebrochen auf Businessziele, Finanzziele, die Organisations- und Personalentwicklungsziele, wo man zum Beispiel auch sieht, dass sieben Rechenzentren auf zwei Standorte konsolidiert werden sollen und Innovationsziele, hier geht es auch darum, die Entwicklungen der IT in allen Bereichen der Stadt modular wieder zu verwenden. Was man bei den Businesszielen vielleicht noch erwähnenswert sieht ist, dass derzeit 3.700 User die IT-Dienstleistungen erhalten, künftig werden es bis zu 4.000 User sein, wenn wir sämtliche Bereiche im Haus Graz servicieren. Finanzziel, ganz wichtig auch ist eine Senkung der Kosten um 10 %. Das Funktionsorganigramm wurde ebenfalls erstellt, ich werde hier nicht lange verweilen, vorgesehen sind eine Geschäftsführung und insgesamt acht Referate oder Abteilungen darunter. Bei der Zuordnung der Personalressourcen sieht man, dass hier an keine großen Einschnitte gedacht ist, aber sehr wohl an Umschichtungen. Ganz rechts außen sehen Sie den heutigen Personalstand bei der IT mit 81,5 Vollzeitäquivalenten, künftig sollen es je nach Einschätzung 77 oder auch 81 sein, das ist der einzige Bereich in dem Bericht, wo in der Projektgruppe keine Einstimmigkeit erzeugt werden konnte, deswegen haben wir hier auch ganz offen gesagt, stellen wir beide Varianten dar. Es gibt also hier unterschiedliche Zukunftseinschätzungen, wo sie sich allerdings sehr ähneln die Einschätzungen ist, dass künftig trotzdem manche Bereiche verstärkt werden, also dort, wo wir jetzt zum Beispiel sieben Personen haben im Bereich Anforderungsmanagement und Prozessentwicklung, sollen trotzdem künftig verstärkt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt werden, das ist bei geringerem Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterstand in der Abteilung nur deswegen möglich, weil durch diese Zusammenführung der Abteilungen auch wieder Ressourcen frei werden, die eben in diese Zukunftsprodukte umgeschichtet werden können. Hier ein Überblick, der bitte mit etwas Vorsicht zu genießen ist über die Umsätze, die derzeit im Haus Graz im Bereich der IT gegenüber den einzelnen Organisationseinheiten erbracht werden, mit Vorsicht, sage ich, deswegen zu genießen, weil das sind Zahlen, die sich aus den Kostenrechnungen der Graz AG und der Stadt Graz ergeben, die Kostenrechnungen sind nicht vollständig aufeinander abgestimmt. Sie

wissen, Kostenrechnungen hängen von unterschiedlichen Einschätzungen da und dort in den Grundlagen ab, aber Sie sehen so ungefähr das Mengengerüst, das heißt, Hauptabnehmer sind künftig Graz AG und Stadt Graz sowie AEVG und der Flughafen, Ankünder und Citycom sind ja noch größere Bereiche und dann wird es schon relativ dünn. In dem Zusammenhang möchte ich allerdings erwähnen, dass die IT auch bisher schon IT-Services auch für Beteiligungen erbringt, wie zum Beispiel für Stadtmuseum oder Kindermuseum. Als Rechtsform ist angedacht eine GmbH und zwar aus vergaberechtlichen und umsatzsteuerrechtlichen Gründen mit einem Nachteil, wenn es den EGG-Vertrag, das ist der Vertrag der die Abnahme von Dienstleistungen der Graz AG gegenüber der EGG sichert, der wurde damals abgeschlossen, als die Energiebereiche zum Teil an die Estag verkauft wurden, dass dieser Vertrag etwas nachverhandelt werden müsste, das wäre meiner Einschätzung nach durchaus möglich ist, weiters ist vorgesehen, dass ein IKT-Auftragsmanagement in den beiden Großabnehmern eingerichtet wird, also bei der Stadt Graz und bei der Graz AG, die dann eben die Auftraggeberrolle mit allem, was dazu gehört, übernehmen müssen, dazu gehören Strategie und Controlling, Budgetierung, Koordinierung der NutzerInneninteressen, das Projektportfoliomanagement und Management der einzelnen Schnittstellen. Wesentlich ist auch noch, Voraussetzung für dieses Modell ist ein Kontrahierungszwang. Wenn wir eine solche GmbH einrichten, die als interner Dienstleister zur Verfügung steht, dann dient die GmbH-Form nicht dazu, dass sie sich auf einmal praktisch auf dem Markt befindet, das tut sie nicht, sie soll eigentlich gleich behandelt werden wie bisher als Teil der Organisation, und als Teil der Organisation soll sie auch in Anspruch genommen werden und es soll auch eine Verpflichtung bestehen, sie in Anspruch zu nehmen. Die GmbH selber soll dafür auf der anderen Seite auch keine Gewinne erwirtschaften. Wir haben auch die Risiken betrachten, die mit so einem Projekt zusammenhängen und ich darf hier die drei von der Projektgruppe als größte Risiken eingestuft Bereiche anführen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 9.35 Uhr den Vorsitz.

Magistratsdirektor Mag. **Haidvogl**: Es geht hier bei diesen drei Risiken insbesondere um psychologische und strategische Fragestellungen. Das Erste betrifft, dass sich die Auftraggeber auseinander entwickeln und damit die Synergien auch nicht gewonnen werden können, das hieße, man gründet zwar eine GmbH, aber die Graz AG und die Stadt Graz reden nicht miteinander, verfolgen vollkommen unterschiedliche Strategien, gehen in ganz andere Richtungen, der eine richtet Apple ein, der andere Microsoft und dergleichen, dann kann sich natürlich kein Synergiepotential zeigen und das würde sich in Zukunft auch dementsprechend niederschlagen. Die Kosten, die damit verbunden wären, wären nicht Zusatzkosten gegenüber heute, sondern es würden einfach dadurch Kosten entstehen, dass die prognostizierten Synergien nicht stattfinden. Ähnliches wenn die innere Fusion misslingt, wenn also die Bereiche zusammenkommen, aber nichts miteinander zu tun haben wollen, gegeneinander arbeiten, das sind Bereiche und Fragestellungen, die sich natürlich bei jeder Fusion und bei jeder neuen Zusammenarbeit stellen und dann gibt es aber natürlich ans Management genug Anforderungen und definierte Anforderungen, dem entgegenzuwirken. Ein drittes Risiko wären natürlich die Moving Targets, das heißt, wir werden immer wieder in neue Richtungen geschickt, wurde auch von der Projektgruppe einfach so definiert, weil natürlich die Befürchtung besteht, dass es kurz vor dem Projektende dann wieder heißt, Projekt stopp und in eine ganz andere Richtung und dann vielleicht mit dem Bund zusammenzuarbeiten oder dergleichen. Es gibt für all diese Bereiche nicht nur Befürchtungen, sondern auch Gegenstrategien, wichtig ist aber, dass man sich dessen bewusst ist. Wir haben dann auch noch den Bereich Gender Mainstreaming betrachtet und dabei festgestellt, dass von den insgesamt 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nur 14 Frauen derzeit sind im Bereich der IT, also die IT ist sehr männerlastig, insbesondere auch im Bereich der Führungsebenen, im Bereich der ersten und zweiten Führungsebene findet sich überhaupt nur eine Frau. Die Empfehlung wäre daher, auch bei so einer GmbH die Standards des Magistrates zu übernehmen. Damit danke ich schön und übergebe an den nächsten Fachbericht (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Dipl.-Ing. **Fürntratt:** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, hoher Gemeinderat! Ich möchte beim Immobilienmanagement aufbauen auf vielen Grundzügen meines Vorredners, weil das ja eben auch ein Bereich des Shared Services ist und kann deswegen mich sozusagen auf die wirklich fachspezifischen Punkte konzentrieren. Konzentrieren ist auch das große übergeordnete Ziel dieses Projektes. Es geht darum, dass wir einen großen Anbieter für das gesamte Haus Graz haben, was Immobilienmanagementaufgaben betrifft, es sollen auch die kommunalpolitischen Aufgabenstellungen in diesem Zusammenhang ganz klar definiert werden, das ist eben der politische Auftrag, und wir wollen mittels Entbürokratisierung auch unsere Entscheidungswege natürlich wesentlich vereinfachen und zielgerechter gestalten und das der Punkt Auftraggeber-/Auftragnehmerrolle wurde ja auch schon beim Vorredner angesprochen. Immobilienmanagement ist ein sehr, sehr breites Feld, deswegen gibt es im wesentlichen drei große Bereiche, in die wir das unterteilt haben, der erste Bereich ist sozusagen Facility-Services, hier wurden auch Detailziele vereinbart, das Wesentliche, es handelt sich hier ja um ein Konsolidierungsprojekt, wir wollen eben 10% nachhaltige Einsparung hier erzielen und eben die Leistungserbringung vereinfachen, vereinheitlichen, um so auch Doppelstrukturen abbauen zu können, was auch das große Ziel war. Zweiter großer Bereich, strategisches Facilitymanagement und Grundstücksverwertung, hier auch das Finanzielle zuerst, das vorgegebene Ziel war, hier zwei Millionen Euro jedes Jahr zu veräußern und soll hier angemessene Verkehrswerte erzielen und damit auch einen Beitrag zur Konsolidierung zu leisten. Die Gestionierung der Immobilien soll in Zukunft auch in den Händen der GBG liegen, hier sind eben getrennte Verträge mit den entsprechenden Haus-Graz-Beteiligungen einzugehen. Das dritte große Detailziel ist die Zusammenführung der verwandten Gesellschaften, das sind diverse kleine Gesellschaften, auf die ich dann später noch eingehen werde. Das Projektteam hat so ausgesehen, dass natürlich die beiden Geschäftsführer hier Teil des Projektteams waren, dann aus Sicht der Stadt Graz die beiden Amtsleiter für die Abteilung 8/5, der Dr. Fritsch, und für das Stadtschulamt, der Dr. Just, von der Graz AG, die sozusagen ein bisschen auch die Rolle hatte, hier für die Beteiligungen zu stehen, waren es Dr. Waldhauser und der Herr Roschitz, der der Leiter des Immobilienmanagements dort ist. Was vielleicht noch nicht gebracht wurde, ist der Weg, wie wir zu den Potentialen gekommen sind. Wir haben im Wesentlichen zuerst in diesem Kernteam, das waren

diese sechs Leute, gesprochen, welche große Einsparungsideen es gibt mit welchen Zeiträumen der Realisierung, haben diese Ideen dann an 11 unterschiedliche Arbeitsgruppen weitergeleitet, und in diesen Arbeitsgruppen waren dann wirklich die Beteiligten ganz direkt betroffen. Das heißt, hier waren die Vorgesetzten und die Personalvertreter gemeinsam, die im Sommer sich wirklich da zusammengesetzt haben und getüftelt haben, was die Details betrifft, auch externe Experten waren hier dabei, sodass hier ein Vorschlag vorliegt, der direkt aus der Sicht der Betroffenen von Graz AG, vom Magistrat erarbeitet wurde und der, glaube ich, auch gut gerüttelt wurde. Da wurde auch sozusagen nichts hinzuerfunden, wie es dann darum gegangen ist, diese Dinge zusammenzuführen und da wurden wirklich diese Ergebnisse zusammengeführt. Zustande gekommen ist es im großen Konsens, es hat nur eine einzige abweichende Meinung gegeben, da ist es darum gegangen, wo der Wald zugeordnet werden sollte und da war die Überlegung, dass man den Wald vielleicht auch zu den Wirtschaftsbetrieben zuordnen könnte, das war nur eine Einzelmeinung, die restliche Arbeitsgruppe hat ganz klar auch für die GBG gestimmt, also das heißt, alles andere wurde im Konsens zwischen Personalvertretern und den Verantwortlichen erarbeitet. Weil es immer wieder Fragen gibt, habe ich zur Dokumentation noch hier den Begriff der Facilityservices definiert, welche Riesenleistungspalette hier dazu gehört, ob das eben die gebäudebezogene Infrastruktur, wo eben die Reinigungsdienste, Werkstättendienste sind, kaufmännisches Gebäudemanagement, wo die komplette Verwaltung und Verrechnung der Räume drinnen steckt oder eben die technischen Aufgaben, wo natürlich auch die Energie vor allem drinnen steckt. Betroffen sind die folgenden vier Organisationen vom Magistrat Graz, eben die Abteilung 8/5 – Liegenschaftsverwaltung, hier sind 258 Vollbeschäftigungsäquivalente betroffen, das sind eben viel weniger als tatsächliche Kollegen und Kolleginnen, weil ja dort eben viele Reinigungsdamen ja nicht vollzeitbeschäftigt sind. Beim Stadtschulamt wurden die Schulwarte und die Schulorganisation ausgenommen, nicht betroffen sind eben das Wohnungsamt und die Abteilung Liegenschaftsverkehr. Natürlich die GBG mit ihren 20 Mitarbeitern, die ungefähr die Hälfte der im gesamten Haus Graz vorliegenden Flächen verwaltet und dann von der Graz AG die Gruppe Immobilienmanagement, die eben eine sehr kleine Gruppe ist, wo eben viele Leistungen ausgegliedert wurden. Kleine Gesellschaften, mit denen wir uns beschäftigt haben, sind eben Schlepplbahn-, Kunsthaus-, Fachhochschulstandort, die

2003-Gesellschaft und die Stadion GesmbH. Nun zu den Ergebnissen. Vielleicht so viel vorneweg, wir haben die 10 % Einsparung geschafft, es wurde auch von den Betroffenen bestätigt, dass die zwei Millionen Euro Veräußerungserlöse möglich sind, das heißt, insgesamt geht es um einen Wert von 5,7 Millionen Euro, der hier erzielt werden kann, wenn man dieses Projekt dann beauftragt. Das Highlight oder der größte Anteil kommt aus dem Bereich Energie, hier sind zwei Dinge, es wird erstmals Energie intern verrechnet und da wird es natürlich eine Änderung im Kundenverhalten geben, das heißt, wenn die Leute aus der quasi eigenen Tasche die Energie bezahlen müssen, Strom, Heizung etc. dann führt das naturgemäß dazu, dass die Leute dann auch viel bewusster damit umgehen und entsprechende Einsparungen erzielen. Wir haben das in einem alten Reformprojekt schon gehabt, dort haben wir immer 14 % nachhaltig erzielen können, hier sind die Prozente, die wir angesetzt haben, viel tiefer, also wir sind hier auf der sicheren Seite. Was beim Energiebereich auch viel ausmacht, ist der zentrale Einkauf, insgesamt werden im Haus Graz ungefähr neun Millionen Euro für Energie ausgegeben, das heißt, da sieht man dann, dass eben zum Beispiel 10 % schon einen sehr hohen Betrag ausmachen. Flächenmanagement kommt dann natürlich dazu, hier stecken sozusagen dann auch zwei Zeilen weiter unten die zwei Millionen Veräußerungserlöse drinnen. Was das Personal betrifft, ist sozusagen der weitere Umstieg auf das Reinigungsschema geplant, marktübliche Entlohnungen, da wird ja die Personalgruppe noch entsprechend diese Punkte ausarbeiten. Beschaffung im Haus Graz, also es soll eine Bündelung des gesamten Einkaufs geben, der größte Anteil hier kommt beispielsweise von den Versicherungen. Im gesamten Haus Graz werden 1.200 verschiedene Versicherungspolizzen abgeschlossen. Es sind insgesamt 1,6 Millionen Euro, die sozusagen hier für Versicherungen ausgegeben werden, auch hier kann man, wenn man das Ganze zusammenführt, also echt synergetisch natürlich viel bessere Preise erzielen. Soweit zu diesen Punkten, hier graphisch noch einmal dargestellt, Umsetzungszeitpunkt eben der 1. 1. 2011 geplant, wo dann sozusagen auch die Einsparungen dann schon prognostiziert sind, die zwei Millionen Euro Veräußerungserlöse sind hier nicht dargestellt. Und man sieht dann, eben im Jahr 2015 haben wir dann unser Ziel erreicht. Bemerkenswert ist sicherlich auch, dass der Großteil wirklich aus Sachkosteneinsparung erfolgt. Das heißt, wenn man beim grünen Balken, das sind die Personalkosten, sind es dann eben 700.000 Euro im Vergleich zu 3,7 Millionen Euro, das heißt, der Großteil ist

wirklich eine Sacheinsparung, die hier erzielt wird. Was vielleicht auch noch positiv zu erwähnen ist, dass diese Einsparungskurve auch weiterhin steigen wird, das heißt, es ist mit ungefähr 300.000 Euro jährlicher Steigerung hier zu rechnen, die sich sozusagen auch nach dem Jahr 2015 fortsetzen wird. Ein paar letzte Worte zu der Berechnung der Potenziale, Die Potenziale sind alle sehr gut erreichbare Größen, das sind die Größen, die eben auch die Betroffenen genannt haben, wo man dort wirklich auf Nummer sicher gegangen ist, also ein sehr starkes Vorsichtsprinzip, wir haben im Wesentlichen immer die Untergrenze der Einsparungsbandbreite angesetzt und nur in ganz wenigen Ausnahmefällen haben wir den Mittelwert genommen. Das heißt, diese Größen sind, glaube ich, gut erreichbar, sollten also lösbar sein und gewisse Potenziale im Bereich der Neubau- und Sanierungsmaßnahmen sind beispielsweise noch überhaupt nicht angesetzt worden, das heißt, hier ist sozusagen noch mit dem einen oder anderen Zuschlag zu rechnen. Soweit der Kurzbericht vom zweiten Shared-Services-Projekt und damit übergebe ich an die Infrastrukturgruppe (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 9.45 Uhr den Vorsitz.

Mag. **Kurrent:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, hoher Gemeinderat! Ich darf nun einen kurzen Zwischenbericht über das Konsolidierungsprojekt Wirtschaftsbetriebe/Abfall geben beziehungsweise mit dem Herrn Kollegen Herrn Dr. Stangl dann über den Bereich des Konsolidierungsprojektes Kanal. Ganz kurz, möchte ich darstellen den Auftrag, die Ziele, die Arbeitsweise, welche Bereiche in den einzelnen Organisationseinheiten betroffen sind, und was sind die organisatorischen Konsequenzen aus beiden Projekten? Zum Projektauftrag oder zu den Projektzielen des Konsolidierungsprojektes Wirtschaftsbetriebe/Abfall war das große Ziel in der konzeptiven Erarbeitung der notwendigen Entscheidungsgrundlagen, um eine Zusammenführung der Bereiche Abfall von der Stadt Graz und der AEVG in Auftrag geben zu können. Die Untersuchung, das sehen Sie in dem fettgedruckten ersten

Punkt, soll jeweils unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Synergien zu anderen Geschäftsbereichen der Wirtschaftsbetriebe Straße, Grünraum, technischer Service, Management-Service erfolgen. Weiters soll auch eine Dienstleistungsvereinbarung die strategischen Inhalte des Abfallmanagements beinhaltet untersucht werden oder dargestellt werden, die Rolle des Umweltamtes als Steuerungseinheit der strategischen Rahmenbedingungen definiert werden. Eine Möglichkeit der Bescheiderstellung und Verrechnung der Mülltarife in der neuen Organisationseinheit, geprüft werden beziehungsweise auch noch Auswirkungen bei den Enkelgesellschaften noch bestehende Erträge und Entscheidungsprozedere zu definieren. Ich darf Ihnen auch noch kurz das Projektteam vorstellen, gemeinsam war im Projektteam der Dr. Gerhard Egger als Geschäftsführer der Wirtschaftsbetriebe, Herr Mag. Jürgen Löschnig als Geschäftsführer der AEVG, Dr. Werner Prutsch als Abteilungsvorstand des Umweltamtes und Dipl.-Ing. Walter Sattler auch als Geschäftsführer der AEVG. Extern wurden wir begleitet von der Infora mit Dr. Andreas Pözl.

Dr. **Stangl**: Ich darf Sie auch sehr herzlich begrüßen meine Damen und Herren! Das nächste Projekt Konsolidierungsprojekt Kanal, ein sogenanntes im Haus Graz schon „reformschwangeres“ Projekt. Wir haben schon auf viele Vorarbeiten aufbauen können, da sage ich auch danke für alle, die daran mitgewirkt haben. Unser Auftrag war es, den Bereich Wasser, Abwasser, der derzeit einerseits im Haus Graz, im Magistrat beziehungsweise in der Graz AG behandelt wird in einem zu untersuchenden gemeinsamen Geschäftsfeld zu bearbeiten im Rahmen der Graz AG beziehungsweise in einer Tochtergesellschaft der Stadt Graz. Die Darstellung der Nutzung von Synergien, die Kernprodukte einer Verbesserung zuzuführen, um das Betriebsergebnis nachhaltig um zirka 10 % zu verbessern. Andererseits, zweiter Auftrag war es, ein neues Modell der Kostenersätze zu entwickeln, das derzeit von der Leitung für Gemeindeabgaben bearbeitet wird, um hier einerseits eine Synergienutzung zu erreichen und andererseits auch für KundInnen sozusagen eine Ansprechperson bei Vorschreibung und Abrechnung vor sich zu haben. Das dritte Feld war die sogenannte Klärschlammbehandlung, um die Kläranlage zu untersuchen, wieweit die Kläranlage in den Bereich der AEVG eingegliedert werden

kann unter Beachtung des sogenannten Mischwassersystems mit den Schnittstellen diesbezüglich. Der vierte Bereich ist jener Bereich, wo hoheitliche Aufgaben, die naturgemäß nur im Bereich des Magistrates, wie wir es heute schon auf der Folie vom Herrn Finanzdirektor gesehen haben, im Magistrat verbleiben sollen. Zum Beispiel, ich führe einmal an, wasserrechtliche Verfahren oder auch Mängelbehebungsvorschreibungen, die natürlich bescheidmäßig erfolgen. An dieser Stelle darf ich mich auch bedanken bei allen, die da mitgewirkt haben zum einen dem Herrn Dipl.-Ing. Sattler von der AEVG, Mag. Löschnig ebenfalls von der AEVG, dem Dipl.-Ing. Maurer als Abteilungsvorstand des Kanalbauamtes, dem Herrn Striedinger als stellvertretender Leiter des Kanalbauamtes, dem Herrn Dipl.-Ing. Nickl, bis zu seiner Pensionierung Anfang Oktober als Leiter des Geschäftsbereiches Wasser in der Graz AG, und seinem Stellvertreter dem Herrn Dipl.-Ing. Dr. Peter Weinbauer, beziehungsweise extern wurden wir von der Infora begleitet. Zur Arbeitsweise, wir haben so eine Art Doppelconference, Gernot, ich darf dich bitten, dass du die Schritte darstellst.

Mag. **Kurrent**: Sie haben es beim vorigen Projekt schon kurz gesehen, der Weg zu den Potenzialen, wir sind in allen Projekten gleich vorgegangen. Wir haben in einem ersten Schritt die Potenziale einmal identifiziert, geclustert, wo gibt es Möglichkeiten zum Beispiel bei uns im Bereich Abfall, Wirtschaftsbetriebe, was Kundenbereich, Verwaltungsbereich, Sammlung, Infrastruktur, Strategie, das waren so Themenfelder, zu denen wir dann Potenziale gefunden haben. Dann sind wir in die Detailausarbeitung, Bewertung der Potenziale durch die einzelnen Arbeitsgruppen gegangen, da ist es mir wirklich ganz wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, hier waren wir vor Ort in den einzelnen Bereichen, in den einzelnen Dienststellen, es waren die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der betroffenen Bereiche in diesen Arbeitsgruppen involviert, es waren auch die Personalvertretungen, die Betriebsräte in den Arbeitsgruppen eingebunden und haben dort mitgearbeitet, das heißt, es wurde jedes Potenzial beschrieben, erläutert, die positiven und negativen Auswirkungen dargestellt und sowohl eine quantitative als auch qualitative Bewertung des Potenzials dann durchgeführt gemeinsam in den Arbeitsgruppen. Ich glaube, man muss es wirklich noch einmal sagen, dieser Prozess ist ein

abteilungsinterner, ist abteilungsintern erfolgt, das heißt, innerhalb der Bereiche mit den Betroffenen wurden da noch einmal die Potenziale erarbeitet. Und auch das Arbeiten in den Arbeitsgruppen war durchaus geprägt von einer Offenheit, von einem hohen Engagement, wofür ich mich auch noch einmal recht herzlich bedanken möchte. Und im dritten Schritt ist es dann um die Zusammenführung der Ergebnisse in den Arbeitsgruppen gegangen, da ist nur mehr geschaut worden, gibt es irgendwo Doppelgleisigkeiten oder gibt es Potenziale, die vermehrt oder doppelt aufgetreten sind. Ganz kurz, wer war jetzt beim Wirtschaftsbetriebe-Abfallprojekt, welche Organisationseinheiten waren betroffen vom Magistrat, was die Abteilung für Gemeindeabgaben mit der Müllgebührenverrechnung und der Bereich Abfallmanagement des Umweltamtes, des A 23. Bei den Wirtschaftsbetrieben war natürlich ein großer Bereich, die Wirtschaftsbetrieben haben insgesamt 363,20 Vollbeschäftigtenäquivalente wir messen das immer alles in Vollbeschäftigungsäquivalenten, um damit auch eine Vergleichbarkeit unter den Organisationseinheiten unabhängig vom Beschäftigungsausmaß geben zu können. Hauptsächlich betroffen natürlich die Bereiche der Müllabfuhr, Problemstoffsammlung, aber auch die anderen Geschäftsbereiche Straßen, technischer Service, Grünraum und Managementservice, die ja auch teilweise mitbetrachtet wurden. Selbstverständlich dann die Abfallentsorgungs- und VerwertungsGmbH, die sogenannte AEVG mit 60 Vollgeschäftigenäquivalenten und den hauptsächlichen Aufgaben der Sammlung von Papier, Glas, Biomüll, Betreiben des Recyclingcenters, Abfall- und Klärschlamm Entsorgung beziehungsweise die Biomüllaufbereitung und Verwertung, und dort in einem nächsten Schritt sollen auch noch Tochtergesellschaften, Subauftragnehmer wie die Servus-Abfall, die die getrennte Sammlung, Verwertung durchführt, dann noch betrachtet werden. Ich darf Ihnen nun kurz die größten und wichtigsten Potenzialfelder darstellen, ich habe es vorher schon erwähnt, wir haben fünf Potenzialfelder, Strategiekunden, Verwaltungssammlung, Infrastruktur definiert, zu allen Potenzialfeldern Potenziale definiert und eben in Summe ein Gesamtpotenzial von zirka 3,2 Millionen Euro definieren können oder ausmachen können. Im Bereich der Strategie als wichtigste Potenziale Mengenstrommanagement, Nachverhandlung von Entsorgungskosten beim Bereich Kunden, die Reduktion von Fremdentorgenden oder zum Beispiel die Einführung einer Graz-Card, um eine verursachungsgerechte Bezahlung der Abfälle leisten zu können. Im Bereich der Verwaltung gibt es natürlich Synergien in fast allen

Querschnittsbereichen: Rechnungswesen, Personal, Lagerhaltung quer durch den gesamten Bereich. Im Bereich der Sammlung haben wir einige Potenziale, die sich klarerweise mit der Leistungsumstellung im Bereich der Sammlung definiert haben, wie zum Beispiel Änderung des Schichtbetriebes, Änderung der Betriebszeiten, Optimierung der Tourenplanungen, Zusammenführung oder gemeinsame Kontrolle der Sammelstellen, Reinigung der Sammelstellen, Einführung oder Überprüfen neuer Sammeltechniken, also einiges an großen Bereichen, die dort lukriert werden konnten. Im Bereich Infrastruktur, gemeinsamer Fuhrpark für Sonderleistungen, Lagerhaltungen nur als Beispiel. Zusammengefasst kann man sagen, das auch das Einsparungsziel erreicht werden konnte, aber Einsparungen, die aus der Gruppe Personal zu erwarten sind, das heißt, dienstrechtliche Einsparungen, die sind noch nicht enthalten, das heißt, die kommen dann selbstverständlich noch dazu, haben wir jetzt noch nicht bewertet, sind in der Personalgruppe, wie sie der Dr. Zinkanell zu Beginn schon gesagt hat, werden sie dort noch erarbeitet. Die Potenziale wurden mit größter Sorgfalt bewertet, wurden nach den Durchschnittswerten berechnet, also nicht die Maximalwerte, einige Potenziale können nicht hundertprozentig gesichert lukriert werden, es gibt stark schwankende Rohstoffpreise derzeit, das heißt, hat Einflüsse auf das Mengenstrommanagement oder das Potenzial Nachverhandlung der Entsorgungskosten, ist natürlich ein Verhandlungsergebnis, wobei wir niemals die Maximalwerte angesetzt haben, sondern immer von Durchschnittswerten ausgegangen sind. Zusammengefasst kann man dann sagen, dass aus Projektsicht eine konzentrierte Steuerung, eine Konzentration und damit Stärkung des Bereichs Abfall und natürlich auf Grund der ermittelten Potenziale die Zusammenführung der AEVG mit den gesamten Wirtschaftsbetrieben zu empfehlen ist mit einem Gesamtpotenzial, wie es eben dargestellt ist von 3,2 Millionen Euro.

Dr. **Stangl**: Und jetzt zum Bereich Kanal. Auf der Darstellung sehen Sie jene Bereiche, die betroffen sind. Zum einen aus dem magistratischen Bereich, das sind natürlich viele Abteilungen, aber es gibt schwerpunktmäßig auch welche, wie zum Beispiel die Abteilung für Gemeindeabgaben, die für die Kanalgebührenverrechnung zuständig ist, dann die Abteilung für Rechnungswesen, die das Rechnungswesen für das Kanalbauamt durchführt beziehungsweise auch die Abteilung für

Liegenschaftsverkehr, die vor allem, wenn es darum geht, Kanaldienstbarkeiten zu organisieren, mitwirkt und natürlich auch die Abteilung für die Bau- und Anlagenbehörde, die hier, wenn es dann um bescheidmäßige Vorschriften geht, mitwirkt. Das Kanalbauamt selbst, wir haben hier 108 Mitarbeiter vollzeitgerechnet mit einem Umsatz von 39 Millionen und Einnahmen von 31 Millionen, Kosten von 41,5 Millionen Euro, davon entfallen 19,5 Millionen auf Abschreibungen und Zinsen beziehungsweise 5,5 Millionen als sogenannter Overhead, alles Basis 2008. Im Bereich der AEVG haben wir für den Bereich der Klärschlammbehandlung 9,2 Vollzeitäquivalente mit einem Umsatz von 27 Millionen insgesamt bei der AEVG, wobei aber vier Millionen für die Klärschlammbehandlung erwirkt werden. Kosten haben wir im Bereich der Klärschlammbehandlung von drei Millionen, dazu kommen noch der Overhead und die Umlagen. Im Geschäftsbereich Wasser der Graz AG sind 100,6 Vollzeitäquivalente beschäftigt mit einem Umsatz von 28 Millionen, Kosten von 22 Millionen inklusive der zentralen internen Umlage. Dann gibt es noch Gesellschaften im Bereich mit Beteiligungen, im Bereich des Geschäftsbereiches Wasser, die ZWHS, die Zentrale Wasserversorgung Hochschwab Süd GmbH, vier Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Umsatz 2,8 Millionen, Kosten in gleicher Höhe, Gesellschaftszweck dieser gemeinnützigen Gesellschaft ist die Förderung von Wasser und die Lieferung an die Gesellschaft zu kostendeckenden Preisen. Die sogenannte zweite Gesellschaft, die Styrian Aqua Service GmbH mit 10,6 MitarbeiterInnen und beschäftigen auch viele LeiharbeiterInnen, vor allem, wenn es um Wasserzählerablesungen geht, Umsatz eine Millionen Kosten detto, beschäftigt sich vor allem mit Montagearbeiten, Leitungsbau, Wasserzählertausch, technischer Dienstleistung, das sogenannte Pool-Service, Handel und Consulting. In unserem Projekt haben wir dann die Potenzialfelder dargestellt in fünf Arbeitsgruppen. Im Bereich der Kläranlage war das Ergebnis möglich durch die Zusammenlegung, und das sind alles Potenzialfelder, die nur bei einer Zusammenlegung dieser Bereiche möglich sind. Zum einen bei der Kläranlage 130.000 Euro möglich, wieder gerechnet ab dem Jahr 2015, Nutzung von Personalsynergien durch gemeinsamen Anlagenbetrieb, Schichtbetrieb. Im Bereich der Gebühren gibt es ein Potenzial von 120.000 Euro, vor allem auch durch die Zusammenlegung der privatrechtlichen und gemeinsamen Verrechnung der Entgelte für Wasser und Kanal. Im Bereich Overheadserviceprozesse ein Potenzial von 28.000, vor allem durch die Eingliederung des Rechnungswesens in diese neuen Organisationseinheiten, in

diesen Zentralbereich Wasser, Abwasser, Einsparungspotenziale von 260.000, vor allem bei Baukosten und Wegfall von Doppelgleisigkeiten, zum Beispiel dann nur mehr eine Archivierung im Bereich des Personals, wir haben also angelegt, dass man als Basis, ohne das präjudiziell zu sehen, haben wir umgerechnet, was würde es bedeuten, wenn der derzeit geltende zentrale Kollektivvertrag der Graz AG angewendet wird für alle neu eintretende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und da ergibt sich im Jahr 2015 ein Potenzial von 111.000, steigt natürlich linear fortlaufend. Saldo der Potenziale von 650.000 insgesamt im Jahr 2015 ergibt natürlich nicht gesamt dieses Einsparungsziel von 10 %. Graphisch sehen Sie es dann hier auf dieser Karte noch einmal dargestellt. Wir haben dann, Sie haben es heute schon vom Herrn Finanzdirektor und vom Herrn Finanzstadtrat gehört, dass es in diesem Bereich vor allem um eine bessere qualitative und quantitative Zusammenarbeit geht, und diese Möglichkeiten sollen dann auch in einer gemeinsamen Organisationseinheit erreicht werden. Wir haben dann unsere beiden Konsolidierungsprojekte fusioniert, sprich Wirtschaftsbetriebe, AEVG, Abfall und Kanalprojekt und sind dann auch zu einem Vorschlag gekommen, dass vor allem durch die Notwendigkeiten, die in Zukunft erforderlich sind im Bereich der Infrastrukturbereiche, da gibt es auch einen großen Nachholbedarf, Investitionen und vor allem, der Herr Finanzdirektor hat es heute schon gesagt, da ist das große Ziel dieser Organisationseinheit, hier in einer einheitlichen Verantwortung möglichst gut koordiniert diesen Bereich abzarbeiten. Ich sage danke für Ihre Aufmerksamkeit und darf es vielleicht auch noch so mit unserem österreichischen kritischen Schriftsteller Karl Kraus beenden, der immer gesagt hat: „Im Zweifel entscheiden Sie sich bitte für das Richtige“. Danke (*allgemeiner Applaus*).

StRin. **Kahr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zu Beginn wirklich ganz herzlich bei den Berichterstatlern, Berichterstatlerin hat es heute keine gegeben, bedanken, weil auch wenn ich natürlich, wie Sie sich denken können, nicht mit allem, das was heute hier angesprochen wurde, einverstanden bin, doch anerkenne und jeder sehen muss, dass hier sehr, sehr viel Arbeit dahintersteckt und dafür möchte ich mich bei allen, die hier bisher daran gearbeitet haben, bei den städtischen Bediensteten, bedanken

(*Applaus KPÖ*). Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, befasst sich das erste Mal der Grazer Gemeinderat über das sogenannte Haus Graz. Erzwungen durch die Opposition, wie wir in den letzten Tagen in den Medien lesen konnten, ich frage Sie aber, meine Damen und Herren, verwundert Sie das? Immerhin, so konnten wir auch lesen hat es mittlerweile 146 Treffen und Sitzungen gegeben, wo ausschließlich seitens der Politik ÖVP- und grüne PolitikerInnen daran teilhatten und wir haben sozusagen von der einzigen demokratischen Möglichkeit Gebrauch gemacht, nämlich die Einberufung einer Sondersitzung, um endlich einmal ein wenig mehr Klarheit über dieses sogenannte Reformprojekt Haus Graz zu bekommen. Das hat ja auch heute Herr Finanzdirektor Dr. Kamper angesprochen, dass es wichtig ist für jeden Gemeindevorstand und für jede Gemeinderätin hier im Haus, dass man sich genügend Zeit nehmen muss und vor allem genaue Kenntnis über jedes einzelne Vorhaben, was hier heute angesprochen wurde, haben muss, um zu einer Entscheidung zu kommen. Und ich muss sagen, auch wenn wir uns mit diesem Problem doch schon länger beschäftigen, aber das, was wir heute gehört haben, das haben wir gehört, wir haben die schriftliche Unterlage, diesen Informationsbericht, den wir heute ja einige zustimmend zur Kenntnis nehmen werden, auch erst erhalten und haben Sie sich, das frage ich Sie jetzt wirklich, all das, was Sie gehört haben und vielleicht jetzt nachlesen können dann, genau bis zu Ende durchgedacht, was das bedeutet? Also ich kann mir nicht vorstellen, dass über diese Weichenstellung, die ja mit diesem Informationsbericht hier unterbreitet wird, wirklich jeder und jede von Ihnen auch genau Bescheid weiß. In den letzten beiden Tagen haben wir in den Medien sehr, sehr viel lesen können in Vorbereitung zur heutigen Sondersitzung. Wie und in welcher Weise, dazu habe ich mir auch so meine Gedanken gemacht und man könnte hier sehr, sehr viel dazu sagen. Zusammenfassend war aber eines erkennbar, dass es anscheinend den Spitzenpersonen der Rathauskoalition eigentlich mehr um den Machterhalt als um die Sorgen der Beschäftigten im Magistrat und um die Bevölkerung geht (*Applaus KPÖ*). Nagl, so stand zu lesen, Nagl und Rücker kämpfen um das Projekt Haus Graz. Während die ÖVP hier für das Haus Graz kämpft, kämpfen aber in unserer Stadt Graz immer mehr Leute um das tägliche Leben, kämpfen immer mehr Bedienstete hier im Magistrat mit zunehmendem Leistungsdruck und der Bewältigung der Arbeit, werden immer mehr Anforderungen an den öffentlichen Dienst gestellt. Gleichzeitig hört und liest man auch und redet man vom Personalabbau und von der Übertragung öffentlicher

Einrichtungen hin zu privatrechtlich geführten Strukturen. Nicht ein neuer Bauplan für das Haus Graz, wie gesagt wird, auch in den Medien nachzulesen, soll entstehen, sondern die Bewilligung für ein Abbruchhaus und für einen Abbruchbescheid dieses Hauses und zwar ohne Zustimmung der Eigentümer. Denn das, sehr geehrte Damen und Herren, sind nicht so oft, wie man meint, die PolitikerInnen und die Geschäftsführer, sondern das sind die Grazerinnen und Grazer. Einen solchen Umbau vorzunehmen, ohne die wirklichen BesitzerInnen zu befragen, kommt eigentlich einer Enteignung gleich. Es geht hier, wie auch Dr. Kampfner angesprochen hat, nämlich nicht um eine Kleinigkeit. Hier werden öffentliche Werte und Vermögen für private Interessensgruppen aufbereitet. Ich sage nicht, dass sie schon privatisiert wären, aber sie werden aufbereitet. Gesagt wird, wie auch in den Medien zu lesen war, dass dies geschehen würde, um die Pleitestadt Graz zu entlasten. Wer hat die Stadt aber in diese Situation gebracht? Nicht die Bediensteten hier in diesem Hause und schon gar nicht die BürgerInnen in unserer Stadt Graz (*Applaus KPÖ*), sie werden aber am Ende dieses Reformprojektes die Rechnung für diese Politik bezahlen müssen. Dabei wirken die vorgeschlagenen Maßnahmen krisenverstärkend, Personalverschiebungen, am Ende Personalabbau, Senkung der Kosten und ein Rückgang der Investitionen ist in Zeiten der Krise kontraproduktiv. In den vergangenen Jahren hat es immer eine fixe Konstante in der Kommunalpolitik gegeben, wenn Sie sich über die Steiermark hinaus die Kommunen angesehen haben, der Ruf nach Ausgliederungen und Privatisierungen verbunden mit dem Versprechen, die Leistungen für die BürgerInnen billiger zu machen und besser zu machen. Das Ergebnis schaut aber überall gleich aus, schlechtere Leistungen, höhere Gebühren und am Ende höhere Schulden in der Kommune. Zu Recht sagen die Leute, dass man sich heutzutage schon vor jeder neuen Reform und jeder angekündigten Reform fürchten muss. Auch beim Vorhaben der ÖVP, das von den Grünen leider unterstützt wird, kann ich schon heute prophezeien, von den schönen Versprechungen wird wenig übrigbleiben. Wir haben in Graz ja auch ein Beispiel, was hat man nicht alles bei der Teilprivatisierung des Energiebereiches versprochen, günstigere Tarife für die KonsumentInnen, die langfristige Absicherung der Stadtwerke und große kommunale Investitionen aus dem Verkaufserlös. Was davon übriggeblieben ist, wissen Sie, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sehr gut. Genauso ist es bei der Ausgliederung der Daseinsvorsorge aus dem Magistrat, der Einsparungseffekt ist gering, dafür gibt man aber viel Steuergeld für

Beratungsfirmen aus und wird noch mehr Geld für die Gestaltung der Verträge für Steuerberater und Rechtsanwälte noch ausgeben müssen, und auch die Tarife werden nicht billiger. Die Behauptung, wie auch gestern in der Zeitung zu lesen war und heute auch von Stadtrat Rüschi angesprochen, der Gemeinderat werde durch die Ausgliederung der Daseinsvorsorge gestärkt, stimmt einfach nicht. Im Gegenteil, der Gemeinderat verliert das Recht, selbständige Tarife für den Müll und Kanal festzusetzen. Was privatrechtliche Tarifgestaltung bedeutet, wissen aber mittlerweile die Grazerinnen und Grazer sehr gut. Zuerst hat man niedrige Tarife versprochen, danach ist eine Erhöhung nach der anderen gekommen. Bürgermeister Nagl hat erst vor wenigen Tagen die Studie über die Lebensqualitätsindikatoren im Annenhofkino präsentiert, dabei zeigte sich, dass den Grazerinnen und Grazern die Tarife für Kanal, Müll und für den öffentlichen Verkehr schon jetzt zu hoch sind. Das Marketing Haus Graz soll den Versuch verschleiern, durch Ausgliederung von Wirtschaftsbetrieben und Kanal Budgetlöcher zu stopfen. Der Einsparungseffekt wird gering sein, der Verkauf des demokratischen Einflusses hingegen sehr, sehr groß. Und während man im Zusammenhang mit den Ausgliederungen vom Sparen redet, bleibt die Grazer Messe unangetastet. Der neue Messechef darf ungerührt davon reden, dass die Messe immer ein Zuschussbetrieb bleiben wird und es gibt ein langes Sündenregister unserer Stadtreger, wie das Geld in den letzten Jahren auch verschwendet wurde, darüber redet man natürlich heute nicht mehr sehr gerne, man redet auch nicht über Privilegien von PolitikerInnen, um die es ging, und vom Demokratiepaket ist heute auch nichts mehr zu hören. Die ÖVP weiß ganz genau, was sie will. Sie will die Stadt Graz zu einem Konzern führen, sie will überall ihre Leute an entscheidenden Posten setzen und sie will möglichst wenig Kontrolle durch den Gemeinderat. Wer nicht sieht, dass diese Ausgliederungen die Vorstufe für eine echte Privatisierung gewinnbringender Bereiche sein werden, der ist schlichtweg mit Blindheit geschlagen (*Applaus KPÖ*) oder will einfach nicht genau hinschauen. Denn schon jetzt hört man, dass in einer zweiten Phase Synergieeffekte mit Servus-Abfall gesucht werden sollen. Dort sind aber jetzt schon zu 49 % private Müllentsorger in der Steiermark beteiligt. Darunter die bedeutendste Firma Saubermacher, welche, wie ja auch allgemein bekannt ist, immerhin sehr gut politisch vernetzt ist. Man muss schon sehr blauäugig sein zu glauben, dass die ÖVP nicht auf die Förderung von privatwirtschaftlichen Interessen hinzielt. Ex-Bundeskanzler Schüssel hat immerhin jahrelang gepredigt die Losung, weniger Staat, mehr Privat und auch vieles davon

umgesetzt, und wer hat erst kürzlich gesagt, dass jetzt öffentliches Eigentum stärker privatisiert werden muss? Das waren der ÖVP-Vizekanzler und Finanzminister Erwin Pröll. Ich lasse mich gerne überraschen, gerade heute an meinem...

Zwischenruf: Josef-Pröll

StRin. **Kahr:** Entschuldigung, Josef Pröll, das was er aber gesagt hat, ist trotzdem richtig, auch nachzulesen, falls es jemand nicht glaubt und ich lasse mich gerne überraschen, vor allem weil heute mein Geburtstag ist, wie schon angesprochen, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass diese traditionelle Weltanschauung der ÖVP hier in Graz Halt macht. Für die Menschen bisher, meine Damen und Herren, und das ist keine Kleinigkeit, die Gemeinde, die Kommune, der Magistrat Graz mit all den Einrichtungen die Basis des Sozialstaates, die Menschen bezahlen ihre Steuern, wir im Gegenzug bauen und betreiben Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Wohnungen, nun sind bei uns die Taschen leer, die Einnahmen sinken, die Ausgaben steigen, es wird gespart. Aber in vielen Bereichen wird nicht gespart, nämlich dort, wo die bekannten Sachzwänge herrschen, namentlich die Forderungen der Wirtschaft, der öffentliche Dienst sei veraltet, sei der privaten Initiative hinderlich und käme zu teuer, alles soll modernisiert werden. Bis zur nächsten Krise, wenn der Staat wieder die Kassen maroder Firmen auffüllen soll. Der Verlust soll sozialisiert werden, der Gewinn privatisiert. Warum will man in das Statut der Stadt Graz hineinschreiben, dass Ausgliederungen und Privatisierung künftighin nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit erfolgen soll? Derzeit sieht das Statut eine solche Regelung gar nicht vor. Wenn man wirklich Veräußerungen und Privatisierungen verhindern will, warum schiebt man dem Ganzen nicht einen Riegel vor und schreibt hinein, die Stadt Graz verbietet die Privatisierung von kommunalen Einrichtungen der Daseinsvorsorge (*Applaus KPÖ*), diese Bestimmung wäre klar und eindeutig. Die Wirtschaftsbetriebe, meine Damen und Herren, sind nicht zuletzt durch meine ehemalige Kollegin Wilfriede Monogioudis zu einem guten, leistungs-

serviceorientierten Vorzeigebetrieb geworden mit hochmotivierten Beschäftigten. Zerschlagen wir nicht gut funktionierende städtische Strukturen, nur weil bestimmte Lobbyisten, Gutachter und Berater gar keinen anderen Ausweg der Politik aufzeigen wollen oder sogenannte politische Sachzwänge keinen anderen Ausweg zulassen würden. Gehen wir einen anderen Weg, einen Weg, den immer mehr Städte und Gemeinden nicht nur in Österreich, sondern vor allem in Deutschland erfolgreich gehen, stehen wir unseren Beschäftigten der Stadt Graz zur Seite und geben nicht Dienstleistungen aus der öffentlichen Hand, sondern führen wir sie zurück in die Hände der Grazerinnen und Grazer. Denken wir sogar noch weiter, es darf nicht verboten sein, über Rückführung der gesamten Graz AG in einen Eigenbetrieb der Stadt Graz nachzudenken. Die heutige Diskussion, meine Damen und Herren, betrifft die Grundfesten und Grundmauern des öffentlichen Dienstes. Der öffentliche Dienst muss für alle Menschen garantiert sein. Wie hoch oder niedrig auch immer ihre finanziellen Mittel sind, er schafft Zutritt zu den Dingen, die zum Leben, zu einem guten Leben notwendig sind. Er ist ein integrales politisches System und nicht ein Bündel und schon gar kein Konzern, der mit marktwirtschaftlichen Kriterien zu messen ist, und der öffentliche Dienst schafft eine Beziehung zwischen den Menschen, in der es den Begriff sozialer Nützlichkeit gibt. Offen für alle und wo es keine anderen Werte geben darf als die, die zur Entwicklung des Einzelnen beitragen, ohne der Gemeinschaft zu schaden. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, ersuche ich Sie hier und appelliere ich an Sie, nicht als Kommunistin, sondern als Bewohnerin dieser Stadt Graz, nichts übers Kreuz zu brechen, ausgiebig darüber nachzudenken, was wirklich hinter diesem Projekt mit dem Namen Haus Graz steht. Nicht vielleicht gleich am Anfang, meine Damen und Herren, aber das, was am Ende stehen wird. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, liebe Elke! Auch von mir alles Gute zum Geburtstag, obwohl ich mir vorstellen kann nach deiner Rede, dass dir gar nicht zum Feiern zumute ist heute. Man sollte die persönlichen Dinge natürlich von den politischen Fragen trennen, aber ganz einfach lässt sich das ja doch nicht bewerkstelligen. Begrüße ganz besonders herzlich die Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter, die sich heute die Mühe gemacht haben, unserer Gemeinderatssitzung zu folgen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beteiligungen der Stadt Graz, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Magistrat selbst, herzlich willkommen. Es ist heute tatsächlich eine besondere Sitzung deshalb, weil erstens einmal Sondersitzungen ja nicht alle Tage einberufen werden. Sie ist eine besondere Sitzung, weil es um eine wesentliche Zukunftsfrage der Stadt Graz geht und wir heute Antworten erwartet haben, die wir in den vergangenen Wochen und Monaten vergeblich eingefordert haben. Ich bedanke mich bei den Referenten des heutigen Tages deshalb, weil zumindest zum Teil tatsächlich Antworten gegeben wurden, zum Beispiel auf die Frage, welche Ziele stellen sich dieses Projekt und zwar einmal ganz genau festgelegt auf Zahlen, auf Einsparungspotenziale, anhand von Potenzialanalysen vorgelegt. Nicht alles war so relativ neu und erleuchtend, vieles war ja dann doch wieder nebulos, weil dass man, um Kollektivverträge ändern zu können, mit den Personalvertretungen verhandeln muss, ist nicht wirklich eine große Neuigkeit gewesen, dass es gut ist, fortbildungswillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fortzubilden und ihnen die Chance zu geben, etwas zu lernen, überrascht uns alle nicht. Und viele Fragen sind schlussendlich dann bis jetzt doch nicht beantwortet worden. Ich möchte daher etwas Grundsätzliches zur Position der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Hause sagen. Wir sind bereit, Reformen zu unterstützen und mitzutragen unter folgenden Voraussetzungen: Erstens: Es muss das Ziel klar sein, es muss klar und deutlich sein und nachvollziehbar sein, dass nach der Reform eine Struktur besser und günstiger funktioniert als vor der Reform. Zweitens: Wir sind dann bereit, Reformen politisch mitzutragen, wenn sie so angesetzt sind, dass die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefördert wird und nicht lahmgelegt wird (*Applaus SPÖ*). Wir sind bereit, Reformen mitzutragen, auch über Strukturreformen, Organisationsreformen mitzuverhandeln, mitzusprechen, sie zu unterstützen, wenn unter dem Strich die Leistungsqualität für Grazerinnen und Grazer verbessert werden kann (*Applaus SPÖ*) und wir sind dann vor allem bereit, Reformen mitzutragen, wenn nicht nur überprüfbare Rahmenbedingungen und Entwicklungspläne vorgelegt werden, weil es hat überhaupt keinen Sinn uns irgendwas Blaues vom Himmel zu erzählen, was dann im Nachhinein überhaupt nicht abgeklärt werden kann, wo man nicht überprüfen kann, welche Ziele überhaupt gesetzt werden. Wir sind dann bereit, Reformen mitzutragen, wenn man mit uns das Gespräch sucht und verhandelt, wir sind nicht bereit, uns über

den Tisch ziehen zu lassen, wir sind nicht bereit zuzuschauen, wie man uns einfach irgendwas zwei, drei Stunden vor einer Sitzung auf den Tisch knallt oder sei es auch eine Woche, weil es geht einfach um zu viel. Es geht tatsächlich um eine umfassende Veränderung in dieser Stadt, und diese Veränderung werden alle spüren, wenn es gut geht, positiv und was wir leider heute befürchten müssen, auch nachdem was wir gehört haben, in vielen, vielen Bereichen mit Einschränkungen. Ein bisschen ist mir die Geschichte heute vorgekommen wie der Witz, wo jemand, Verzeihung, aber das Datum ist in dem Fall vielleicht nicht unbedingt passend, aber ich habe es mir nicht ausgesucht, wie der Witz, wo jemand stirbt und zum Petrus kommt und der sagt, tut mir leid, also in den Himmel geht es nicht, aber da drüben ist die Türe zur Hölle und er geht dann zum Teufel und der Teufel zeigt ihm also, wie es in der Hölle zugeht, fantastisch, wunderschön, Wiener Kaffeehaus, Theater, Opern, Popkonzert, Reflexzonen, er sagt, na gut unter den Umständen bleibe ich gerne da, die Tür schließt sich hinter ihm und auf einmal ist nur mehr das Fegefeuer und die Hölle da, dann sagt er, du, das was du mir gezeigt hast, hat doch ganz anders ausgeschaut. Sagt der Teufel, ja das war die Werbevariante. Nur ein bisschen so schien mir doch heute auch die Präsentation zu sein, weil über viele Fragen ist ja überhaupt nicht gesprochen worden.

Zwischenruf GRin. Gesek und GRin. Potzinger: Geschmacklos.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Das mag angehen für die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der Koalition, dass sie sich des sogenannten schwarz/grünen Regierungsübereinkommens, was uns ja allerorts in babelscher Manier entgegengehalten wird. Es reicht nicht für die Grazerinnen und Grazer, die wollen mehr wissen als die Werbevariante dessen, was auf uns zukommt. Die wollen mehr Informationen haben, die wollen zum Beispiel auch wissen, welche Gebühren werden sich erhöhen. Die wollen zum Beispiel auch wissen, welche Einschränkungen gibt es, und das Merkwürdige der vergangenen Wochen und Monate war ja, dass alles Mögliche weitererzählt wird, kolportiert wird, auch in den

Zeitungen zu lesen war. Zum Beispiel, in Zukunft werden die Bewohnerinnen und Bewohner, sind im Übrigen sehr oft ältere, viele die sich nicht viel leisten können, dafür zahlen müssen, dass ihre Müllkübel aus dem Kellern ach oben transportiert werden und dann ausgeleert werden. Wenn das so ist, dann sollte man die Grazerinnen und Grazer darüber informieren, dann sollte man drüber reden, können wir uns das tatsächlich nicht mehr leisten, dass die Stadt Graz dafür sorgt, dass tatsächlich die Müllentsorgung, so wie wir es bisher gewohnt sind und auf diesem Niveau, funktionieren sollte. Wir wissen es heute nicht, wir, weil wir nicht wissen, was in den einzelnen Arbeitsgruppen besprochen worden ist, daher wollten wir ja auch diese Informationssitzung haben, und ich sage das jetzt nur als ein Beispiel für viele, viele andere, die in dieser Zeit kolportiert werden. Noch viel unangenehmer ist es allerdings für die Magistratsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Weil die tatsächlich sehr wenig über ihre persönliche Arbeitszukunft wissen und das ist der Grund, warum sie hier oben sitzen, also alle, die jetzt ungläubig den Kopf schütteln, die sollten sich vielleicht einmal umdrehen und auf die Galerie rauf schauen und in die Gesichter der Menschen schauen, die bisher für die Stadt Graz hervorragende Arbeit geleistet haben (*Applaus SPÖ*) und nicht immer so tun, als ob alles, was im öffentlichen Dienst passiert, schlecht wäre und zu teuer wäre und nicht mehr leistbar wäre und ohne Motivation passieren würde, das ist schlicht und einfach nicht wahr. Im öffentlichen Dienst wurde bisher hervorragend gearbeitet und es gibt noch lange keinen Grund aus irgendeinem Blickwinkel, einem ideologischen Blickwinkel herzugehen und zu sagen, leider im öffentlichen Dienst könnt ihr nicht mehr arbeiten, wir müssen euch in Kapitalgesellschaften auslagern. Auch dieses Bild, man muss ja den Text, das ist wie beim Teufel, sehr genau lesen, also es steht hier kommunale Dienstleistungen, die von der Stadt in betriebliche Strukturen ausgelagert werden, bleiben jedoch immer im Eigentum der Stadt beziehungsweise der öffentlichen Hand, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Also „immer“ ist schon ein weit reichender Begriff, vor allem wenn er dann sofort relativiert wird. Dies wird dadurch unterstrichen, dass ein Verkauf dieser Dienstleistungen in Zukunft nur mehr mit Zwei-Drittel-Mehrheit des Gemeinderates möglich sein soll, also doch möglich sein soll, so gut...

Zwischenruf unverständlich.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Na Gott sei Dank, da gibt es schon in der ÖVP-Fraktion offenbar unterschiedliche Meinungen. Die Steuerung der kommunalen Dienstleistungen erfolgt durch Leistungsverträge, so weit so gut, kommunale Dienstleistungen sind jene, bei denen es ein politisches Steuerungsinteresse gibt und die der Grundversorgung der Bevölkerung mit möglichst hoher Qualität dienen. Also bitte, das ist für jeden Juristen so etwas wie überhaupt keine Definition, weil bei denen es ein politisches Steuerungsinteresse ist, heißt es, es muss definiert werden, wo es ein politisches Steuerungsinteresse gibt und das kann sich natürlich von Mal zu Mal verändern. Die Grundversorgung der Bevölkerung mit hoher Qualität, na gut, also das heißt auch in Wirklichkeit nichts, die Frage stellt sich natürlich, warum man es nicht einfach, ich gehe nicht so weit wie die Kollegin Kahr übrigens, ich bin nicht der Meinung, dass man das überhaupt prinzipiell verbieten sollte, weil ich weiß, dass es verfassungsrechtlich gar nicht geht, das zu machen. Aber etwas anderes wäre doch möglich, warum sagt man nicht einfach, man will den Ankünder nicht verkaufen, aha, kein Bereich der Daseinsvorsorge, werden wir uns wahrscheinlich relativ schnell drüber einigen, aber es ist eine Cash Cow, der Ankünder hat der Stadt Graz unglaublich viel Geld gebracht. Natürlich gibt es private Interessen und Interessenten, die da rein wollen, wie ist es tatsächlich mit der Müllentsorgung, wie schaut es aus mit all diesen Bereichen, in denen man sich drüber streiten kann, ist das noch Daseinsvorsorge oder ist es nicht Daseinsvorsorge, wie sehen es die Grünen, wie sehen es die Schwarzen, diese Fragen sind für mich ungeklärt und daher glaube ich, dass diese Zwei-Drittel-Geschichte zwar schön klingt, in Wirklichkeit aber für keinen einzigen Bereich tatsächlich eine Sicherheit darstellt. Und daher ist es nichts anderes als ein Placebo für die grüne Vollversammlung, wo man den grünen Parteimitgliedern einreden will, es kann eh nichts passieren. Wie ist es zum Beispiel mit der IT, wie ist es denn mit dem Datenschutz, wenn diese Bereiche nach außen vergeben werden, da kann man unterschiedlicher Meinung sein, es gibt unterschiedliche Meinungen dazu, ob zum Beispiel in einer Kapitalgesellschaft und wie da der Datenschutz betrieben werden kann. Faktum ist, ich kenne kein einziges Beispiel in ganz Österreich, wo die Grünen einem solchen Modell bisher zugestimmt

hätten. Es heißt also, und zwar mit gutem Grund, mit guten eigenen Gründen, wie gesagt, es ist im demokratischen Diskurs durchaus möglich, auch unterschiedliche Meinungen zu vertreten...

Zwischenruf GRin. Jahn unverständlich.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Bitte? Ah, Ihr habt eh schon zugestimmt? Na gut. Es ist jedenfalls so, nein da bin ich anderer Meinung, also da schauen die Details doch anders aus, wie du weißt, liebe Christina, also es ist ja eine ganz, ganz andere Sache.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Stiftung.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Was das mit einer Stiftung zu tun hat, ist mir völlig rätselhaft, aber du wirst uns sicher später aufklären. Du hast ja heute auch gehört, wie es mit der KFA weitergeht. In dem Zusammenhang scheint es mir doch sehr interessant, dass es eine ganze Reihe von Fragen gibt, die auch nach dem heutigen Tag nicht geklärt sind und nicht endgültig geklärt sind. Wir haben monatelang Arbeitsgruppen werken lassen, die Ergebnisse sind durchaus unterschiedlich, manche sind vielversprechend manche, nämlich wenn man sich das anschaut, also da werden offenbar ohne, dass es zu großen Einschnitten kommt, Millionenbeträge eingespart, das würden wir uns doch sehr, sehr gerne anschauen, da wären wir doch gerne dabei, da würden wir doch gerne drüber verhandeln, da würden wir auch sehr gerne unsere Vorschläge einbringen, und genau darum ist es in der heutigen Sitzung gegangen und ich nehme einmal an, es gilt für alle Fraktionen, sagen möchte ich es für die sozialdemokratische Fraktion. Wir sind bereit, Verantwortung mitzutragen, wir

sind bereit, Projekte mitzubeschließen, wir sind bereit, auch kritische Anmerkungen zu machen, man muss nur wollen und man muss uns nachweisen in jedem einzelnen Fall, dass die angegebenen Zahlen, weil das Papier ist geduldig, auch die Power-Point-Präsentationen sind sehr geduldig, tatsächlich erreichbar sind unter Einhaltung der Qualitätsvorgaben und unter Einhaltung der Rechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dann kann man mit uns darüber sprechen. Davon sind wir nach dem heutigen Tag allerdings noch nicht überzeugt. Und was wir daher wollen ist, wir hätten gerne, dass nicht nur die politischen Fraktionen in einen Verhandlungsprozess miteinbezogen werden, wir hätten auch gerne, dass die Grazer Bevölkerung im Detail darüber informiert wird, welche großen Veränderungen auf sie zukommen und wir hätten gerne, dass darüber daher auch öffentlich entsprechend gesprochen wird (*Applaus SPÖ*). Und jetzt möchte ich noch ein Beispiel sagen, wie es im Moment läuft, was ist denn im Moment los. Ich komme zum Ende, Herr Bürgermeister. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer demokratischen Reife, Frau Kollegin Gesek, wir haben in der Vergangenheit den einen oder anderen richtigen Schritt gemacht, Karl Kamper hat das sehr, sehr gut beschrieben. Wir haben ihn im Einvernehmen und gemeinsam gemacht. Ich denke, dass wir gut beraten wären, diesen Weg nicht zu verlassen, und weil der Bürgermeister ja Zitate liebt, habe ich mir vorgenommen, das zu unterstreichen mit einem Zitat aus dem schwarz/grünen Regierungspakt: „Die Grünen halten fest: Unter einer basisdemokratischen Politik verstehen wir ein grundsätzliches Beteiligungsrecht der StadtbewohnerInnen an Entscheidungsprozessen auf möglichst vielen Ebenen, die repräsentative Demokratie darf sich in der Stadtpolitik nicht auf Mehrheitsentscheidungen zurückziehen, sondern wir sehen es als notwendig, dass gesellschaftliche Diskurse geführt werden, Entscheidungsalternativen öffentlich zugänglich gemacht werden und zivilgesellschaftliche Akteure einbezogen werden“ (*Applaus SPÖ*). Ein sehr guter und kluger Ansatz, die ÖVP, die den Bürgermeister stellt und die Grünen, die die Bürgermeisterstellvertreterin stellen, laden die SPÖ und die KPÖ ein im Rahmen ihrer politischen Verantwortung im Stadtsenat und im Gemeinderat die Inhalte des Koalitionsvertrages mitzutragen und ausgewählte Punkte ebenfalls zu unterfertigen, und nachdem ich davon ausgehe, dass es nicht nur um eine einmalige Unterschrift geht, sondern um ein fortführendes Projekt, nehmen wir diese Aufforderung an. Wir sind gerne bereit mitzuverhandeln, wenn ihr uns endlich sagt, was alles zu verhandeln ist und ich sage auch dazu, meiner Meinung nach sollen die

Freiheitlichen natürlich auch Teil dieser Verhandlungen sein, es geht nicht darum, irgendeine Fraktion der Stadtregierung auszuschließen und das alles deshalb (*Applaus SPÖ*), weil im Moment etwas droht, was die ÖVP als Menetekel an die Wand geworfen hat. Politik kann Menschen nicht glücklich machen, aber Politik kann Menschen unglücklich machen. Wir sind im Moment einen Schritt davon entfernt, viele Menschen unglücklich zu machen, wir sind bereit als sozialdemokratische Fraktion, einen Beitrag zu leisten, dass genau das nicht geschieht (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe eine Bitte, auf der einen Seite soll auch jeder zu Wort kommen. Nachdem die Demokratietauglichkeit angesprochen wurde, wir haben vereinbart, dass politische Mandatäre jetzt zehn Minuten Redezeit haben, das ist die doppelte Zeit, die wir sonst im Gemeinderat jetzt beschlossen haben, deswegen bitte ich alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, zumindest den Versuch zu unternehmen und auch alle Stadtregierungsmitglieder, den Versuch zu unternehmen. Überzogen hat bis jetzt jeder, aber dass wir schauen, dass auch alle zu Wort kommen, die Rednerliste wird permanent länger.

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister und vor allem Besucherinnen und Besucher der heutigen Gemeinderatssitzung! Zum Kollegen Riedler, also wenn du es schon nicht zum Vizebürgermeister geschafft hast, dann zumindest zum Witzebürgermeister dieser Stadt. Ich weiß nicht, ob das sehr befriedigend ist, ich finde dieses Thema zumindest einmal nicht zum Witzeln. Ich bedanke mich, und da stehe ich nicht an wie meine Vorrednerinnen und Vorredner, mich bei den Referenten zu bedanken für die ausführliche Information von mehr als zwei Stunden zu diesem Bereich und ich frage mich daher schon und auch, warum das erst durch eine Sondersitzung dieses Gemeinderates möglich war. Hier in diesem Gemeinderat sitzen 56 Mitglieder, Damen und Herren, die die Bevölkerung der Stadt Graz repräsentativ zu vertreten haben. Die Koalition aus ÖVP und Grünen meint und behauptet seit eineinhalb Jahren, dass das der größte Wurf ihrer Geschichte ist und dass das das wichtigste

Projekt ist. Dann sage ich, dieses Haus Graz kann man aber nicht teilen, das Haus Graz ist nicht teilbar zwischen Regierungsparteien und dem Rest, die in der Schmuddelecke verbleiben, sondern dieses Haus Graz gehört in erster Linie allen Grazerinnen und Grazern, denn sie finanzieren das Haus und sind hier zumindest im Gemeinderat durch ihre gewählten Mandatarinnen und Mandatare vertreten (*Applaus BZÖ*). Wir legen, sehr geehrte Damen und Herren, ein klares Bekenntnis als Gemeinderatsfraktion, ein klares Bekenntnis zur Effizienz, zur Leistung, zur Bürgernähe, zur Transparenz und zu einer gläsernen Gemeinde ab und daher unterstützen wir auch sehr viele Projekte, die auch heute vorgeschlagen worden sind. Weil das, was mir an meinen Vorrednerinnen und Vorrednern oder vor allem an diesem Chor der Opposition, die heute eine Sondersitzung einberufen haben, nicht gefällt ist, dass man einen Zustand bejammert, der hohe Schuldenstand, die immer geringer werdenden finanziellen Mittel für Serviceleistungen, aber am Ende des Referates nicht sagt, wie man das aufrecht erhalten will. Wenn man solidarisch in dieser Stadt mit Einnahmen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die öffentliche Versorgung, die sogenannte Daseinsvorsorge der Grazerinnen und Grazer, aufrecht erhalten will und das auch am Höhepunkt einer Wirtschaftskrise mit sinkenden Einnahmen und erst am heutigen Tag wieder einer Rekordarbeitslosigkeit in Österreich mit mehr als 312.000 arbeitslosen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, dann muss man mir auch in diesem Gemeinderat in dieser schwierigen Situation auch sagen, wie man diese Daseinsvorsorge in Zukunft im vollen Umfang und auf hohem Niveau erhalten will und das ist unser Ansatz. Es ist nämlich schon viel später als fünf vor zwölf, wenn man sich den Schuldenstand auch der Stadt Graz vergegenwärtigt und wenn ich mir die Stadt Graz und die Graz AG mit einerseits, die Stadt Graz mit 52 Abteilungen und Referaten und die Graz AG mit 51 Tochterunternehmungen, unterschiedlichen Beteiligungen und Firmenstrukturen und Gesellschaften, die sie gewählt hat, mir ansehe, dann sehe ich ja, wie eng dieses Spinnennetz gewebt worden ist und wie schwer es ist, überhaupt in dieses System Transparenz hineinzubringen. Und wir wissen alle, dass es Doppel- und Dreigleisigkeiten gibt. Das, was wir aber wollen und das, was wir auch heute Gott sei Dank endlich erstmalig auch als Gemeinderäte hier im Rahmen dieser Sondersitzung zum Ausdruck bringen können, ist nicht, dass wir in den unteren Bereichen sehr rasch nach Leistung rufen und nach Effizienz und nach Sparsamkeit, aber in den Bereichen, wo es wichtig ist, nämlich in den Headquarter Bereichen de facto nichts

tun außer homöopathisches Handauflegen und ein wenig Kosmetik. Das ist mir wichtig, eine Reform muss auch in dieser Stadt gesamtheitlich angegangen werden und jede Hausfrau, um es für die Grünen zu gendern, auch jeder Hausmann, kehrt seine Stiege auch von oben hinunter und nicht von unten hinauf und das wollen wir auch in diesem Bereich. Wenn wir schlanke und effiziente Strukturen haben, dass wir von oben herab diese Strukturen vereinfachen und dieses Haus Graz auch als Bürgerserviceeinrichtung für die Grazerinnen und Grazer transparent, effizient und sparsam gestalten. Und dazu gehört es auch, dass man sich nicht nur die Stadt Graz ansieht, die Magistratsverwaltung, sondern auch die Graz AG. Eine Stadt Graz richtigerweise gesagt mit der Liegenschaftsverwaltung, ein guter Ansatz, ein richtiger Ansatz, drei verschiedene Organisationseinheiten für die Liegenschaft de facto zuständig, aber auch andere Bereiche, wie zum Beispiel für ein und denselben Zweck die Führung der Stadt Graz, die Leitung des Magistrates drei Organisationseinheiten, ein Bürgermeisteramt in einer ungewöhnlich hohen Dimension, eine Präsidialabteilung und eine Magistratsdirektion für ein und denselben Zweck, für die Führung der Stadt Graz. Und auch diese Abteilungen müssen wir konsequent zusammenlegen. Denn wenn man von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Stadt verlangt, dass sie auch um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und der Aufrechterhaltung ihrer Vorsorge und Versorgung und auch der Versorgung der Grazerinnen und Grazer Einschnitte mittragen müssen, dann erwarte ich mir auch, dass die Einschnitte am Kopf auch beginnen, denn dann werden wir auch gemeinsam diese Reform umzusetzen haben oder in dem Bereich der Graz AG, 21 Tochterunternehmungen und Beteiligungen, die wir heute auch hier exemplarisch durchaus diskutieren können, wo ich wirklich nicht der Meinung bin und auch nicht mehr weiß, warum wir in der Graz AG für ein und denselben Unternehmenszweck zwei verschiedene Gesellschaftsformen nutzen. Wir sind zu 66 % beteiligt an der GMK - Gesellschaft für Marketing und KommunikationsmbH Graz und zu 51 % beteiligt an der GMG - Gesellschaft für Marketing und KommunikationsmbH und Co KG Graz. Wir sind beteiligt an der Medison TO Maribor, an der Svetlobe Vitrine Ljubljana, Metropolis Media Ljubljana, Europa Plakat Pristina, das ist kein ureigener Auftrag der Daseinsvorsorge der Grazerinnen und Grazer und da sagen wir auch sehr konsequent, dass diese Bereiche Abstoßen sind, da rede ich nicht einmal von Privatisieren, da rede ich von abzustoßen, weil im Gegensatz zu den Damen und Herren der KPÖ und auch der Sozialdemokraten bin

ich nicht der Meinung, dass wir die öffentliche kommunale Struktur in Pristina zu erhalten haben. Das können Sie vielleicht im Rahmen ihrer europäischen solidarischen Netze tun, das steht Ihnen ja frei, nur ich bin es nicht und auch hier in diesem Bereich bin ich der Meinung, dass wir bei gutem Wind und gutem Markt und gutem Wettbewerb auch einmal Zahlungen lukrieren können in einem Bereich, wo wir in dieser Stadt Geld brauchen. Und ich bin auch der Meinung, dass wir diese gesamten Strukturen in der Graz AG vereinfachen müssen und zusammenlegen müssen. Ich sehe nicht ein, warum wir für den Ankünder zwei Geschäftsführer brauchen, ich sehe nicht ein, warum wir für die Bestattung Graz eine eigene Managementführung brauchen, für die Freizeit GmbH und, und, und. Da könnte man Firmenstrukturen bereinigen, Gesellschaften zusammenlegen und eine große Graz Stadtwerke AG, GmbH, was dann auch immer uns einfällt, daraus machen. Damit halten wir auch dieses System sparsam und finanzieren nicht Überbleibseln aus dem vorigen Jahrtausend, nämlich aus einer Zeit der 90er-Jahre wo zu jedem Schwarzen gleich ein roter Überwacher dazu gekommen ist und zu jedem Roten ein schwarzer Überwacher dazu gekommen ist und da warne ich schon diese Koalition, halt nicht den Roten durch einen Grünen auszutauschen, sondern wirklich konsequenterweise in erster Linie einmal wieder die Besten zu nehmen in dieser Stadt, denn das kommt mir in vielen Bereichen, wenn ich mir diese ganzen Gesellschaften anschau, ja nicht unbedingt vor, dass wir überall die Besten genommen haben, sondern eher die, die wir am schnellsten zu versorgen gehabt haben (*Applaus BZÖ*). Aber auch sichtbar diese Unternehmensverquickung, wie sich die Graz AG darstellt, durch zwei Kennzahlen. Personalkosten 63.653.000 Euro, bei einer Umsatzkennziffer von 88 Millionen Euro, da sieht man ja, dass das Problem auch in diesem Bereich steckt und da bekennen wir uns auch dazu, dass wir selbstverständlich keinen Mitarbeiter loswerden wollen, weder in der Stadt Graz noch in der Graz AG und ihrer Beteiligungsgesellschaften. Aber das wird endlich einmal daran gehen sollten einen Aufnahmestopp durchzuführen und im eigenen Bereich bei unserer hohen Mitarbeiterzahl nachzubeseetzen beginnen. Da wird heute von EDV, von Zusammenlegung, von Modernisierung der Systeme, von einem Backoffice-Bereich der einheitlich gestaltet ist, gesprochen, aber auf der anderen Seite haben wir dann für Doppelt- und Dreifachverwaltung noch immer die gleichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wir vielleicht aber wiederum in anderen Bereichen der Stadtverwaltung dringender brauchen würden. Da fordern wir auch eine Fantasie in

diesem Bereich. Wir wollen, wie gesagt, diese Zusammenlegung von Magistratsabteilungen, weil es notwendig ist, weil wir, wie ich schon ausgeführt habe, Doppelt- und Dreifachverwaltungen haben. Wir wollen auch in diesem Bereich einen Mut haben, dass wir auch in Bereichen, die aus dem einen oder anderen politischen Zweck vielleicht derzeit nicht angegriffen werden, dass man gerade in diese Bereiche einmal mit der Taschenlampe hineinleuchtet und sagt, na selbstverständlich, wir müssen auch einmal im politischen Bereich zu sparen beginnen. Wir haben ja mehrere dringliche Anträge in dem Bereich gestellt, ich habe heute da, bei dem ganzen Zahlen-Wirrwarr lese ich ja hier, 15 Millionen Euro Strukturmaßnahmen im Magistrat sind angepeilt, na das ist ja gut, aber wenn ich dann weiß, dass ich im politischen System auch noch einmal locker sechs, sieben Millionen Euro auf vier Jahre gerechnet zu sparen hätte, dann würde ich mir wünschen, dass in diesem politischen Bereich auch diese Forderungen drinnen sind. Wir haben ja hier einmal aufgelistet in den vergangenen Monaten, was uns der politische Apparat in vier Jahren kostet, 11 Millionen Euro, zusammengesetzt aus Gehaltskosten, Funktionsgebühren, Mitarbeiter der Stadtregierungsbüros, Gemeinderatsgehältern und, und, und. Auch das, sehr geehrte Damen und Herren von Schwarz/Grün und sehr geehrte Damen und Herren Regierungsmitglieder, erwarte ich mir, dass man in einer schwierigen Situation, wo man dieses Haus neu gestaltet, na selbstverständlich auch in diesem Bereich Einsparungen trifft. Weil es hat ja de facto auch keinen Sinn...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Frau Stadträtin, Sie brauchen mir da nicht ständig irgendwas hereinflüstern, ich habe Ihnen auch zugehört. Im Gegensatz zu Ihnen bringe ich ja Vorschläge, wie ich mir das vorstelle und sage nicht nur nein, nur nicht privatisieren, nur nicht verstaatlichen und das, was Erich Honecker gemacht hat, war das Beste, das ist nicht mein Zugang, sondern ich sage, wir müssen die Daseinsvorsorge in der Stadt sehr wohl aufrecht erhalten, sollten uns aber überlegen, wie wir es tun. Uns

geht es darum, dass wir, wenn wir Einsparungen treffen, wenn wir dieses Haus Graz neu strukturieren, es wirklich auf neue Beine stellt. Dann darf es kein parteipolitischer Kompromiss sein, dann darf es keine Verhandlungsmasse sein, sondern muss es ein Akt der Vernunft sein, und ein Akt der Vernunft sieht vor, dass wir dort zu sparen haben, wo das System Defizite hat, dass wir dort zu sparen haben, wo das System Doppelgleisigkeiten hat, dass wir dort sparen, wo dieses System Löcher hat, wo das Steuergeld nur so schnell hinaus rinnt, dass es für niemanden mehr ersichtlich, für niemanden mehr erfassbar ist, dass wir aber dort nicht sparen, wo es darum geht, die sozialrechtliche Absicherung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu garantieren und dass wir auch dort nicht sparen, wo es darum geht, das Bürgerservice für die Grazerinnen und Grazer, und das ist unser ursächlicher Auftrag, auch aufrecht zu erhalten und auch auszubauen und in dem Sinn unterstützen wir diese Reform, unterstützen wir diese Reform, wenn sie gesamtheitlich gedacht ist, aber sicherlich nicht, wenn sie wieder ein halbes Pflasterwerk ist, wo man sich dann politisch einigen muss, weil halt irgendwelche renitente grünen Gruppen das Knittelfeld zwei in Graz ausrufen, also das ist sicher nicht unser Auftrag (*Applaus BZÖ*). Ich freue mich, dass die Grünen einen ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht haben, da ist Ihnen auch zu gratulieren, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, da haben Sie sich wirklich anstandslos, Respekt, über diese Interessen von einigen ewigen Gestrigen Linken hinweggesetzt, das freut uns auch, dass sie hier einen Schritt in die Normalität und in die richtige Richtung gesetzt haben, willkommen im dritten Jahrtausend, darf ich den Grünen zurufen, aber mich würde auch freuen, wenn Sie in diesem Bereich noch einige mutigere Schritte gehen, wir werden Sie dabei unterstützen. Ich danke Ihnen (*Applaus BZÖ*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren! Auch ich möchte eingangs natürlich Dank aussprechen an die Berichterstatter, die hier uns aufgezeigt haben, welche Arbeit da eigentlich in den letzten Tagen, Wochen und Monaten dahinter gesteckt ist, das zu erarbeiten und uns hier auch erstmals, möchte ich fast sagen, versorgt haben mit neuen Einblicken, mit Informationen, die uns ja bis dato nicht zugegangen sind. Ausgehend von der Annahme, dass in der Budgetierung unserer

Stadt jährlich zirka 60 Millionen Euro fehlen, wurden, wir haben es heute gehört, zwei wesentliche Ansatzweisen zur Deckung dieser Summe herangezogen. 30 Millionen möchte man einsparen durch Erhöhung der Einnahmen und andere 30 Millionen sollen also durch die Umstrukturierungsmaßnahmen im Haus Graz hereinkommen. Seitens der FPÖ ist es ganz klar, dass es Maßnahmen geben muss, die auch letztendlich zur Konsolidierung des Haushaltes führen und ein effektiveres Handeln der Stadt Graz ermöglichen und hier zählt natürlich selbstverständlich auch in unserem Zugang eine Reform des Hauses Graz darunter. Hier geht es natürlich um die Nutzung der Synergiepotenziale, um die Verschlinkung der Strukturen, um die Transparenz, um Bürgernähe, und hier hat die FPÖ auch in den letzten Jahren immer wieder Vorschläge eingebracht, und wir haben hier auch gute Vorschläge, nicht nur das BZÖ, lieber Gerald Grosz. Und wir sind natürlich auch als FPÖ, gemeinsam, so hoffe, ich mit allen anderen bereit...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Welche Vorschläge?

GR. **Sippel**: ...Reformen mitzutragen. Aber am heutigen Tage stehen noch zu viele Fragen ja einer zu spärlich geflossenen Information gegenüber und das ist eigentlich das Traurige an dieser Sache. In dieser wichtigen Angelegenheit wurde nicht, wie erhofft, der breite politische Konsens gesucht. Schlussendlich, und das muss man hier auch attestieren, war der Drang nach politischer Selbstverwirklichung die Triebfeder eines rücksichtslosen Alleinganges und zwar in einer der wesentlichsten Fragen für die Zukunft der Stadt und natürlich auch für die Zukunft der Bürger. Wenn nun auf Drängen der „Oppositionsparteien“, unter Führungszeichen, heute ein Sondergemeinderat stattfindet, dann muss gesagt werden, dass aus Sicht der Freiheitlichen weder die Art der Information noch die Einbindung der übrigen Stadtsenatsparteien ausreichend war und dass die vorliegenden Konzepte zu diesem Zeitpunkt, soweit sie uns natürlich bekannt sind, aber heute haben wir ja doch einiges an Neuem erfahren, nicht geeignet sein werden, die wirtschaftlichen Probleme in dieser Stadt zu lösen. Und erst langsam erhellt sich für uns Ausgesparte

das Dickicht der Reformvorhaben und die wahren Hintergründe werden erst langsam sichtbar. Und siehe da, natürlich nicht ganz unerwartet, die eine oder andere faustdicke Überraschung ist dabei. Auch wenn es Ihnen bis jetzt politisch, strategisch durchaus geschickt gelungen ist, vielen in Graz, nicht nur uns, ein X für ein U vorzumachen, sehe ich es als meine ureigenste Aufgabe, hier auch die teilweise sehr unverschämten Vorhaben anzusprechen. Mit dem Projekt „Graz neu ordnen“ wollen Schwarz und Grüne umfassende Umstrukturierung des Hauses Graz in Angriff nehmen und wir haben von den sechs Arbeitsgruppen gehört, die hier seit Monaten tagen. Aber Ausgangspunkt ist ganz einfach für die weitere Darstellung, die ich liefern möchte die Annahme, dass die Graz AG zukünftig in eine GesmbH umgewandelt wird und dass dieser Gesellschaft eben weitere Geschäftsbereiche des Magistrates eben übertragen werden und das bedeutet, dass insgesamt 1000 Magistratler versetzt werden. In diesem Zusammenhang gab es eben auch die Vorgabe, dass nach einem nachhaltigen Einsparungs- und Synergiepotenzial gesucht werden muss. In Zahlen dargestellt wurde ein Einsparungspotenzial von zehn Prozent vorgegeben. Eine zwischenzeitliche Analyse der Potentialfelder und weiterer wichtiger Potenziale ergab, dass in verschiedenen Ämtern und Geschäftsbereichen aber maximal ein Einsparungspotenzial von drei Prozent vorhanden ist. Wir haben das heute auch immer wieder gehört und auch nur unter der Annahme, dass die Kapitalkosten, weil die ja nicht mehr beeinflussbar sind, aus dieser Kostensumme herausgenommen werden, andernfalls wäre nämlich das Ergebnis noch geringer. Und bis auf wenige Ausnahmen können die vorgegebenen Einsparungsziele nicht erreicht werden und weil die entsprechenden Ämter ja bereits jetzt am Limit arbeiten. Gesamt gesehen können in allen vier Bereichen anstelle der geplanten 30 Millionen also nur zehn Millionen Euro eingespart werden. Es stellen sich also jetzt die Fragen, woher kommt der Rest, wie verhält sich der strukturelle Umstellungsaufwand im Verhältnis zum tatsächlichen zu erzielenden Nutzen und übersteigen bei den geplanten Maßnahmen nicht den zu erwartenden Nutzen. Das sind Fragen, die man sich hier auch ganz klar stellen muss.

Zwischenruf GRin. Mag.^a Ennemoser: Wo sind die Vorschläge der FPÖ?

GR. **Sippel:** Eine kurze Erläuterung möchte ich hier diesbezüglich abgeben. Beispielsweise darf eine Gemeinde gemäß dem Finanzausgleichsgesetz nur maximal doppelt so viel an Gebühren beim Bürger einheben, wie in dem jeweiligen Bereich selbst entstehen und das würde also bedeuten, dass die Gebühren gesenkt werden müssen, wenn der Stadt auf Grund struktureller Veränderungen selbst weniger Kosten entstehen. Folglich bleiben dadurch natürlich die erzielten Gewinne nicht mehr der Stadt und können auch nicht zur Budgetkonsolidierung herangezogen werden. Ich hoffe, Sie haben das bedacht. In diesem Zusammenhang sei auf die Lebensqualitätsindikatorenstudie der Stadt Graz verwiesen, hier ist ja einiges im Argen, die Ticketpreise sind den Bürgern zu hoch, sonstige Gebühren werden immer wieder auch angeprangert und nicht alleine deswegen sollten die lukrierten Einsparungen unbedingt auch an den Bürger weitergegeben werden und nicht zur Budgetdeckung herangezogen werden. Die schemenhaft erörterten Fragen bedürfen aber auch noch einer weiteren kritischen Anmerkung und hier angespornt von der Suche nach den tatsächlichen Nutzen der Umstrukturierungsmaßnahmen muss gesagt werden, dass dieses Maßnahmenpaket die Erwartungen nicht erfüllen wird. Es fehlt in dieser Sache auch der professionelle Blick von außen. Die Stadt Graz verfügt natürlich über zahlreiche Spitzenbeamte, wir haben das heute auch wieder vorgeführt bekommen, die in ihren Bereichen über das notwendige Know-how natürlich verfügen. Der gesamte Blick auf das Haus Graz ist aber nur aus der Perspektive eines unabhängigen Außenstehenden möglich und deshalb muss unserer Ansicht nach ein externer Prüfer mit einem objektiven Verfahren hier eine Kosten-Nutzen-Rechnung auch erstellen (*Applaus FPÖ*). Bei einem Unterfangen wie dem Gegenwärtigen muss auf Grund der nachhaltigen Auswirkungen mit größter Vorsicht vorgegangen werden. Auch Erfahrungsberichte von vergleichbaren Städten sollten darüber hinaus auf jeden Fall eingeholt werden. Leider verhalten sich hier der Herr Bürgermeister und seine Stellvertreterin nicht der Wichtigkeit dieses Vorhabens gemäß. Bereits bei der Graz AG haben beide Herrschaften ihr mangelndes Verständnis von Zusammenarbeit in der Stadtregierung unter Beweis gestellt, da wurden Aufsichtsräte bestellt, ohne die anderen Stadtsenatsparteien zu berücksichtigen, um diese eben hier aus der Informationskette schlussendlich völlig auszusperrten. Ebenso, und das ist heute schon des Öfteren angesprochen worden, ist die aufgestellte Behauptung, der Gemeinderat hätte bei einer einzuführenden Zwei-Drittel-Mehrheit für Veräußerungen von Unternehmensanteilen der Stadt in

Zukunft ein erhöhtes Mitspracherecht, ein reines Täuschungsmanöver, weil derartige Veräußerungen bislang eben in der nun angedachten Form ja gar nicht vorgesehen waren. Tatsächlich könnte der Gemeinderat ein einziges Mal abstimmen, dann allerdings wäre das entsprechende Unternehmen im Veräußerungsfall dem Gemeinderat entzogen. Und auch hier zeigt sich die Politik von Schwarz/Grün, die stets versucht ist, über das wahre Ausmaß von Vorhaben hinwegzutäuschen und die in Wirklichkeit aber eine ganz andere Strategie verfolgt, und das möchte ich hier abschließend noch ganz kurz erläutern am Beispiel Graz AG oder Graz GesmbH. Auf Grund der geplanten Kumulierung verschiedener Aufgabenbereiche und Sparten in der Graz GmbH wird vermutlich zu Koordinationszwecken, und das ist bis jetzt ja noch kaum beachtet worden, zwischen der Vorstandsebene und den einzelnen Abteilungen eine neue Managementebene eingezogen werden. Und diese bisher noch nicht existierende Entscheidungsebene wird mit Sicherheit erhebliche Kosten verursachen und steht in einem krassen Widerspruch zu den vollmundig angekündigten schlanken Führungsstrukturen. Die hierfür einzustellenden Mitarbeiter werden nämlich im Gegensatz zum geplanten Vorstandsdreigestirn keine kurzfristigen Verträge erhalten, sondern länger an das Unternehmen gebunden werden und damit ist klar, wer in Zukunft das Sagen haben wird. Und wer die Personalpolitik der ÖVP in anderen Fragen in Erinnerung hat, wird auch hier an der Objektivität bei der Postenbesetzung so seine Zweifel haben dürfen, auch wenn die Posten natürlich offiziell ausgeschrieben werden müssen. Vielmehr ist, und das ist auch, glaube ich, die ungeschminkte Wahrheit, hier schwarzes, parteipolitisches Kalkül unter grüner Duldung zu erwarten und damit die Einflussnahme dieser Fraktionen dauerhaft einzementiert (*Applaus FPÖ*), und abschließend vielleicht noch ein weiterer Ansatzpunkt ist der Umstand, dass bestimmte Fragen der Daseinsvorsorge nicht einfach ausgelagert und somit rein wirtschaftlichen Überlegungen überlassen werden dürfen. Eine Stadt hat aus politischer Sicht gegenüber ihren Bürgern ganz andere Überlegungen zu stellen als die Geschäftsführer und die Vorstände einer Gesellschaft. Letztere sind aus Gründen der persönlichen Verantwortung und nicht zuletzt auf Grund gesetzlicher Bestimmungen dazu verpflichtet, nach rein marktwirtschaftlichen Aspekten zu handeln. Sozialpolitische Fragen bleiben da weitgehend unberücksichtigt, und wer soll sich dieser Probleme dann annehmen, wenn sich die Stadt zuvor in billiger Art und Weise durch Auslagerungen sich dieser wichtigen Aufgabengebiete entledigt

hat? Meine Damen und Herren, machen wir uns hier nichts vor, eine der Grundannahme richtige Reform, wo auch die Freiheitlichen ihre Vorschläge parat haben, und wir sind gerne bereit, wenn wir einmal eingeladen werden, hier diese auch einzubringen, ich glaube aber nicht, dass es hier heute darum geht, sondern es geht einmal darum, hier die Informationen, und deswegen haben wir diese Sondersitzung auch einberufen, die Informationen zu erhalten, hier uns auch bereit zu erklären, in Zukunft mitzuarbeiten und hier auch die Abstrusität dieser Vorhaben, die Sie teilweise hier auf den Tisch gelegt haben, auch aufzuzeigen. Ich glaube, für das ist hier heute oder hat hier heute Platz zu sein. Ich glaube, hier geht es darum, dass diese zwei Regierungsparteien hier diese Reform dazu verwenden, sich dauerhaft und in weiterer Folge am demokratischen Gremium des Gemeinderates vorbei ihre Einflussnahme und Macht in den ausgelagerten Gesellschaften zu sichern, zu verankern und so kann sich natürlich auch jeder erklären, warum hier die anderen Parteien, aber auch die Personalvertretung, aber auch die Grazer, das an ihnen vorbeigemauschelt wurde (*Applaus FPÖ*). Für uns sind noch zu viele Fragen offen, die zum momentanen Zeitpunkt diesen Umbau in dieser Form für uns ein zu hohes Risiko für die Zukunft der Stadt sein lassen. Ich danke (*Applaus FPÖ*).

StR. Mag. **Eustacchio**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren vor allem am Rang, die Sie heute so interessiert sind an diesem Thema. Wir haben heute Allerseelen, so zu sehen ist die Einladung zu diesem heutigen außerordentlichen Gemeinderat schon ein bisschen befremdlich, weil jene, die heute bei ihren Familien sein könnten, weil die Kinder heute frei haben, eigentlich auch zu einem anderen Zeitpunkt gewählt werden hätte können, aber das nur als Anmerkung zuvor.

Zwischenruf unverständlich.

StR. Mag. **Eustacchio**: Nein, wäre morgen auch gegangen. Die Informationen haben wir bekommen, es ist dazu alles gesagt worden, noch einmal herzlichen Dank dazu. Es waren natürlich oberflächliche Informationen, die uns nicht hineinblicken lassen, was dahinter steckt, die uns nicht erkennen lassen, ja Frau Gemeinderätin, Sie lachen, wissen Sie es wirklich, ich bezweifle es (*Applaus FPÖ*). Es wird hier von einer knappen Mehrheit, die Schwarz und Grün hat, eine massive Veränderung der Stadt Graz mit gravierenden Auswirkungen vorgenommen, vorgesehen, die nachhaltig und irreversibel sind und dazu kann es nur ein Fragezeichen geben. Klubobmann Sippel hat es schon gesagt und andere vor mir, natürlich sind wir reformbereit und wir wollen Reformen, wir brauchen Reformen. Wenn wir...

Zwischenruf GRin. Mag.a Ennemoser: Vorschläge.

StR. Mag. **Eustacchio**: ...es geht heute nicht um Vorschläge, wir hätten gerne Vorschläge eingebracht, danke für den Hinweis, wenn wir dazu eingeladen worden wären hier mitzuarbeiten. Wir befinden uns ja in der Situation, eine Regierung zu haben, wo eben mehrere Parteien vertreten sind, wenn es allerdings jetzt so aussieht, dass nur ein Teil dieser Regierung für die nachhaltige Veränderung der Stadt Graz zuständig ist, dann stelle ich ein Fragezeichen, ob das wirklich so sinnvoll ist. Wenn ich heute hergehe und ein Unternehmen, weil es wird ja immer so gerne als Unternehmen bezeichnet die Stadt Graz, es ist aber sicherlich auch falsch, das zu tun, aber lassen wir es bei dieser Begriffsdefinition, so ist es ganz klar, dass, wenn das in der Wirtschaft gemacht würde, alle Verantwortungsträger vor allem in den Spitzenpositionen miteinbezogen werden, an dieser Veränderung teilzunehmen und konstruktiv mitzuarbeiten und Herr Stadtrat Riedler hat es heute schon gesagt, wir würden alle gerne konstruktiv mitarbeiten, wir bieten gerne unser Wissen, das wir in dem einen oder anderen Bereich haben, an, um mitzuarbeiten (*Applaus FPÖ*). Jetzt behaupte ich einmal, nicht Spezialist für alle Dinge zu sein, wie das so viele andere hier in diesem Raum sind, aber eines weiß ich, ich habe bereits in Veränderungsprozessen mitgewirkt im Bankenbereich selbstverständlich und habe

sehr wohl dort gesehen, was falsch laufen kann und wo man sehr genau hinschauen muss, was passiert. Durch diese oberflächliche Berichterstattung können wir selbstverständlich heute nicht sagen, wo liegt der Teufel im Detail, aber er liegt im Detail und da fordere ich vor allem auch die Medien auf, hier bitte sich nicht in die Irre führen zu lassen und sagen, mit diesem schönen Gedankenspiel, na ja wir sparen jetzt ein und in Wirklichkeit liegt das Heil darin, dass wir das Personal reduzieren müssen oder dort Kosten einsparen müssen und dann haben wir das Budget saniert. Meine Damen und Herren, das Budget, wie es sich heute gestaltet, beziehungsweise Defizit, ist ja nicht deswegen entstanden, weil wir die Struktur so haben, wie wir sie haben, wie wohl sie verändert gehört, das Budgetdefizit haben wir, weil Geld ausgegeben worden ist, das wir nicht hatten und nicht haben, darin liegt es und nicht bei dem Personal, das gehört hier einmal angesprochen (*Applaus FPÖ*). Des Weiteren wird hier vorgegaukelt, da wird hier sehr genau hingeschaut und die einzelnen Bereiche abgedeckt oder überprüft, das passiert mit Zuhilfenahme der Führungskräfte, das ist auch richtig und wichtig, aber hier handelt es sich um einen reinen Top Down Ansatz, sprich es wird nur die Führungsebene miteingenommen, miteinbezogen, mir fehlt hier vor allem die Einflussnahme und die Mitbestimmung der Personalvertretung, es fehlt mir aber auch das Miteinbeziehen der Personen, die in den einzelnen Bereichen und Unternehmungen arbeiten, die eben nicht nur in der Spitze sind, sondern einen klassischen Bottom-Up-Ansatz auch berücksichtigen sollten. Hier haben wir gehört, dass wir von außen eine Begleitung haben, aber die Begleitung darf also nicht so sein, dass hier Ansätze geschaffen werden oder man von außen drauf schaut, du hast das, glaube ich, vorher so gesagt, nicht von außen, sondern von innen heraus bearbeitet wird. Eine so gravierende Veränderung, wie sie jetzt vorgenommen wird, verlangt eine Außensicht, verlangt Vergleich zu anderen Städten, wo solche Prozesse schon vorgenommen worden sind, da geht es nicht mehr aus dem eigenen Saft, ich möchte jetzt nicht behaupten, dass die handelnden Personen, wie Herr Bürgermeister, Vizebürgermeisterin, Herr Dr. Wohlfahrt und Herr Doz. Rüschi keine Ahnung davon haben oder kein wirtschaftliches Verständnis, aber ich bezweifle, dass die handelnden Personen je an einer Sanierung eines Unternehmens beteiligt waren, das spreche ich Ihnen einfach ab (*Applaus FPÖ*) und dazu gehört es, solche Personen miteinzubeziehen.

Zwischenruf GRin. Mag.a Ennemoser: Gemeinderat Sippel.

StR. Mag. **Eustacchio**: Der Herr Gemeinderat und Klubobmann Sippel hat sicher seine Erfahrungen, aber nicht in diesem Bereich im Detail, aber könnte sicherlich auch dazu beitragen. Aber, wie gesagt, ladet uns ein, dann werden wir das zeigen. Jetzt kommen wir zum Punkt Gesellschaften. Es wird gesagt, der Magistrat wird verschlankt und endlich schaffen wir es, dass man den verschlanken und wir haben dann diese ganzen Problemstellungen, die wir bis jetzt hatten, ausgelagert in eigene Gesellschaften. Jetzt frage ich mich, ist es notwendig, das in der Form auszulagern, ist es notwendig, in dieser Größenordnung Gesellschaften zu schaffen, die ja letztlich auch wieder völlig unüberschaubar sind? Hier wird ja ein Moloch an Gesellschaften und Untergesellschaften geschaffen. Wir machen ja hier dann etwas, was ganz gegen den internationalen Trend geht, wir haben die Problemstellungen international, die wirtschaftlichen Problemstellungen und die sind letztlich auch daraus resultiert, dass immer größere Gebilde geschaffen wurden, die unüberschaubar und unwirtschaftlich wurden. Es ging viel mehr darum, kleine wirtschaftliche schnelle Einheiten zu schaffen, die flexibel und schnell reagieren können auf die Veränderungen des Marktes. Da hier passiert ja genau das Gegenteil und weil ja auch noch angeführt worden ist, die GesmbH ist dann möglicherweise das Heilmittel. GesmbH als Gesellschaftsform ist sicherlich besser als die AG, gar keine Frage, weil man ein direktes Durchgriffsrecht hat, aber auch hier liegt wieder der Teufel im Detail, wie schaut denn der Gesellschaftervertrag aus, wie schauen die Statuten aus und die Geschäftsführerverträge? Weil genau hier wird alles hineingeschrieben, worüber wir in Zukunft bestimmen können und wenn wir hier wiederum nicht die Einblicke bekommen, wie wir sie jetzt schon nicht bekommen haben, na dann wird der Gemeinderat eben da nicht mitbestimmen, sondern wieder die kleine Gruppe aus Schwarz/Grün (*Applaus FPÖ*) und das kann in der Form nicht passieren und das darf nicht in der Form passieren. Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren...

Zwischenruf unverständlich.

StR. Mag. **Eustacchio**: Was habe ich denn gesagt? Na ja in Summe, das ist jetzt eine Interpretationssache, die Noch-Mehrheit von Schwarz/Grün (*Applaus FPÖ*). Meine Damen und Herren, es ist dieses Haus Graz viel zu wichtig, als dass Sie so vorschnell und in dieser relativ kurzen Zeit darüber befinden, wie sich das nachhaltig verändert. Geben Sie sich die Zeit, geben Sie uns die Zeit, beziehen Sie uns mit ein, arbeiten wir alle zusammen dran, dass daraus was Konstruktives für die Zukunft wird, wir stehen bereit und wir lassen uns gerne dazu einladen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 11.15 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Politik, aber auch vor allem liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den unterschiedlichsten Ebenen in unseren unterschiedlichsten Beteiligungen. Das Thema ist ein wichtiges, die Vorgangsweise ist aus meiner Sicht eine korrekte, wir haben so etwas wie ein Ressortprinzip und ich habe sehr darauf geachtet, dass wir in diese Reformbemühungen und Reformbestrebungen, die uns auf Grund unseres Konsolidierungsweges leider vorgegeben sind, einmal prinzipiell nur über Bereiche sprechen, die im Moment in der Hauptverantwortung der Grünen oder in der Hauptverantwortung der ÖVP liegen. Ich würde mir, und freue mich einmal prinzipiell darüber, dass es auch heute anlässlich der gewünschten Informationen, die bis zum heutigen Tag schon berichtenswert sind, durchaus von vielen, die jetzt schon gesprochen haben, die Bereitschaft gibt, hier mitzuarbeiten, anscheinend ist die Notwendigkeit von Reformen bei fast allen angekommen. Elke Kahr, bei dir, ich schätze dich persönlich sehr, politisch haben wir unterschiedliche Ansichten, und ich möchte dann auf ein paar Dinge eingehen, die du gesagt hast, möchte aber zuerst noch in der generellen Übersicht bleiben. Wir haben als Koalition uns ein klares Ziel genommen. Wir haben das in unsere Koalitionsverhandlungen geschrieben und die Frau Vizebürgermeisterin, Kollege Gerhard Wohlfahrt, Gerhard Rüschi und auch ich sind vor unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor die politischen Vertreter, aber

auch vor die Medien hingetreten und haben gesagt, wir wollen über dieses Haus Graz neue Vorschläge machen und wir starten einen Prozess. Wir haben da nichts zu verheimlichen, wir haben ganz klar gesagt, das ist auch jederzeit nachlesbar, wo die Reise hingehen soll. Wir haben aber gesagt, wir wollen es sehr fachkundig, sachkundig unter Begleitung aller tun und es stimmt einfach nicht, wenn heute jemand behauptet, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht involviert waren. Es ist einfach ein Faktum, dass wir nicht hergegangen sind und irgendein Institut wie Mcinsey oder sonst was bestellt haben und gesagt haben, könnt uns bitte sagen, wie man jeweils 15 Millionen aus den beiden Bereichen lukrieren soll? Wir haben klar gesagt, dass uns zu den 60 Millionen Euro weitere 30 Millionen aus Einnahmenprojekten fehlen, nur auch unser Einnahmenprojekt ist ein sehr, sehr großes und auch da ist der Projektauftrag so ausgerichtet, dass wir versuchen werden müssen, vom Finanzausgleich, der mit dem Bund und mit allen anderen zu verhandeln ist über die Landesverhandlungen bis hin zu den Erhöhungen von Gebühren und, und, und ein Gesamtpaket zu erarbeiten. Wir haben klare Aufträge gegeben, diese klaren Aufträge werden nächste Woche aus unsere Sicht so weit, dass wir sagen, wie wir uns das vorstellen können und glauben Sie mir, das ist schwierig genug, weil es so viel zu bedenken gibt. Aber, und das möchte ich da jetzt auch sagen, ich würde mir halt auch wünschen, wenn in der Ressortverantwortung alle Stadträtinnen und alle Stadträte ebenso klar ein Ziel vorweggeben, dann arbeiten und wenn sie fertig sind, uns das präsentieren. Wenn wir das nämlich einhalten würden, hätten wir vielleicht im Bereich der Sozialreformen, des Wohnungsbereiches, im Gesundheitsbereich...

Zwischenruf StRin. Kahr: Wohnungsbereich?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, du sagst, es gibt nichts zu tun, ich denke...

Zwischenruf StRin. Kahr: ...Gemeindewohnungen verkaufen oder was?

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das ist ganz anders, ich hätte einen Vorschlag, aber wie gesagt, ich warte ja eigentlich einmal, dass was anderes kommt als das Motto, es bleibt alles beim Alten (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf StRin. Kahr: Weil es sich bewährt hat.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, weil es sich bewährt hat. Ich habe es bei den Lebensqualitätsindikatoren, bei der Präsentation schon gesagt und ich wiederhole es jetzt, weil es mir so gut gefällt. Mahatma Gandhi hat gesagt: „Wenn du etwas zwei Jahre lang tust, betrachte es sorgsam, wenn du etwas fünf Jahre tust, betrachte es misstrauisch und wenn du etwas zehn Jahre lang tust, dann mache es anders.“ Es war auf vieles bezogen, ja, aber ich werde dir jetzt nur wieder sagen, dass auch im Jahre 1960, und deswegen freue ich mich auch über die Wortmeldung von Wolfgang Riedler, der heute gesagt hat, wir als Sozialdemokraten wären dabei, wenn vier Punkte, ich habe sie genau mitgeschrieben, auch erfüllbar wären. Der erste Punkt war das Ziel muss sein, es soll besser werden. Da bin ich mir sicher, dass, wenn das Gesamtpaket fertig ist und du es dir auch anschaust und sachkundig wir das diskutieren, und wir haben es vor, im November-Gemeinderat aller Voraussicht nach einzubringen, im Dezember, nachdem es wahrscheinlich ja eh einmal auch zurückgestellt wird, haben weit über einen Monat auch Diskussionsmöglichkeit, die wir uns auch so vereinbart haben. Du hast gesagt, es soll die Motivation nicht gefährden. Ich habe jetzt auch bei diesem Prozess mit vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit vielen Personalvertretern gesprochen, die gesagt haben, Herr Bürgermeister, wir wissen, es ist Zeit, dass man manches verändert, und mein Lieblingsbeispiel und das will ich da jetzt wieder kundtun, wenn wir um sechs Uhr in der Früh unsere Müllfahrer hinausschicken, damit sie den Müll bei uns zu Hause

abholen und sie dann bis 12.00 Uhr fahren und dann werden die Autos abgestellt, dann denke ich mir, wir hätten in Graz Umgebung mithelfen können und nicht jede Grenze einfach automatisch akzeptieren, wie es ist. Wir hätten wahrscheinlich auch dann nicht das Problem, dass wir mit diesen Fahrzeugen bis auf die Brückenwaage unseres eigenen Tochterunternehmens fahren müssen, um abzuwiegen, wie viel Müll da drinnen ist und dass man ja die Rechnungen dann austauschen können und wieder zahlen können. Ich rede jetzt noch gar nicht von den Subdingen, die es dann noch gibt, auch mit Servus und anderen. Hier gibt es einfach Synergieeffekte, die man sicher heben kann (*Applaus ÖVP*). Die wichtigste Botschaft heute, und das ist noch nicht befriedigend, was Sie heute von uns hören, weil wir selbst noch dran arbeiten, was wir Ihnen, und zwar so wie es sich gehört, zeitgerecht dann in einen Ausschuss bringen, wo man sagt, über das wären wir uns schon einmal einig und jetzt bitte hinein in die Diskussion, das ist demokratiepolitisch ganz in Ordnung. Elke, wenn du kommst und sagst, es möge weiterhin so bleiben, wie wir es im Wohnungsamt haben, ja da passt vieles, aber wenn du uns zeitgleich immer wieder fragst, ja wie können wir denn in Graz endlich mehr Wohnungen anbieten und wo nehmen wir das Geld her, hätte ich ein paar andere Vorschläge als du und ich würde mir halt auch einmal wünschen, dass dieses Thema so aufbereitet wird, dass wir überhaupt erst uns einbringen können und das gilt in vielen anderen Bereichen auch. Das heißt, ich verstehe die besondere Nervosität in dieser Frage, weil es keine Kleinigkeit ist, zu mehr als tausend Mitarbeitern wieder zu sagen, sie werden unter Umständen zu Beteiligungen zugewiesen. Aber ich habe es mir rausgesucht und ich kann sie auch allen empfehlen, im Jahre 1960, wenn es darum gegangen ist drüber nachzudenken, was man anderes tun soll, dann hat damals der Bürgermeister Scherbaum, der gleichzeitig auch Aufsichtsratsvorsitzender der AG war, sogar ein Buch herausgegeben und da ist viel auch über Daseinsvorsorge gesprochen worden. Es gibt ein klares Bekenntnis von uns zur Daseinsvorsorge und es war auch damals klar, dass es schon so viele Dienstleistungen gibt, dass die besser jetzt einmal in einem Unternehmen ausgeführt werden können und wir haben gute Erfolge gehabt und manchmal wundere ich mich über die Schuldzuweisung, die es immer wieder von einer Seite zur anderen gibt. In beiden Bereichen wird gut gearbeitet, in beiden Bereichen, sowohl bei den Beteiligungen als auch im Magistrat, gibt es immer noch Reform- und Verbesserungsvorschläge, die man umsetzen kann und wo man auch unter Umständen motiviertere Mitarbeiter hat als wir sie jetzt zum Teil haben. Unsere

Mitarbeiter erwarten sich im Übrigen von uns eine klare Zielvorgabe, sie erwarten sich von uns, dass wir ihnen sagen, wo die Reise hingehet und sie erwarten sich von uns, dass Entscheidungen fallen, weil jahrelang in einem Kanalamt zu arbeiten, wo man bei jeder Regierung zu Beginn wieder hört, vielleicht werden wir zusammengelegt oder nicht, wir wollen es jetzt endlich beenden diese Diskussion, wir wollen allen die Sicherheit geben, dort geht die Reise hin, dann arbeite ich dort und wir haben, und das ist ein wesentlicher Punkt und das geht heute besonders in Richtung der Personalvertreter, die ich gut kennengelernt habe in den letzten 12 Jahren und mit denen wir auch immer einen Kompromiss gefunden haben, mit dem wir alle leben haben können. Wenn der Eigentümer eines Unternehmens nicht handelt und nicht reagiert und selbst finanziell in einer riesenschwierigen Situation ist, dann bleibt über lang oder kurz nur das über, was wir alle nicht wollen. Dann musst nämlich irgendwas noch verkaufen oder soviel Schulden aufnehmen, dass es für das Unternehmen schlimm ist und das wollen wir alle nicht und ich bin der Letzte, der den Bereich der Daseinsvorsorge hergeben möchte. Wasser, Strom, Fernwärme, die Müllbereiche, all das, was wir da zusammengetragen haben, ich bin ja weitergegangen bis zum Flughafenkauf, ich habe sogar Druckereien des Landes abgenommen, weil ich der Meinung bin, dass wir herinnen mit Reformen auch mindestens so gut arbeiten können wie manche da draußen und zwar mit viel mehr Verantwortung. Deswegen ganz ein klarer Appell von meiner Seite, ich möchte sowohl die Daseinsvorsorge absichern, ich möchte auch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben und es kann schon sein, dass wir weiterhin über Dinge diskutieren, wie wir es jetzt auch gemacht haben, es sind jährlich Gehaltsverhandlungen zu führen, es ist jährlich über Zulagen nachzudenken und, und, und. Aber wir wollen da drinnen zwei Dinge festschreiben, was es bis jetzt nicht gegeben hat und das ist der große Unterschied, Wünsche ans Christkind sind immer schön, es gibt aber auch so etwas wie demokratische Mehrheiten, bis jetzt ist es noch niemandem eingefallen außer Schwarz/Grün, einmal zu sagen, wir gehen ins Statut hinein und sagen, so eine Veräußerung, die wäre bisher gegangen, in der AG hättest du ganz einfach beschließen können, wir verkaufen irgendeinen Teil, da hätten wir da herüber uns zwar gewundert, aber es wäre passiert. Du kannst mit einer ganz einfachen Mehrheit, und da werden sich sicher noch einige daran erinnern, dass es eine gemeinsame Mehrheit von ÖVP und SPÖ war, wo wir gesagt haben, wir müssen zur Eigenkapitalbeschaffung dieser AG den Energiebereich

verschmelzen. Wenn geht, es war ja kein leichter Weg mit einem Unternehmen, das uns auch als Steirerinnen und Steirer gehört, leider mit einer Beteiligung der Franzosen, sage ich auch dazu, ist aber auch öffentlich, wenn wir es als Europäer sehen, könnte man es vielleicht noch mittragen. So, aber eigentlich habe ich das damals klar gesagt, Eigenkapital ist aufgestockt worden, viele Investitionsanschaffungen waren möglich und wenn heute gesagt worden ist da auch, um Gottes Willen, ja bei der Energie Graz, meine Damen und Herren, sind Gelder da hereingeflossen, wo wir jetzt jährlich, monatlich und wöchentlich Solarförderungen und vieles für die Bürgerinnen und Bürger beschließen können, weil das ist in den Feinstaubfonds hineingekommen und noch sind nach wie vor 200 Millionen Euro bei der AG drüben aus den Geldern, die da waren und da wurden auch Anschaffungen gemacht und zwar Straßenbahnen und vieles mehr. Ich möchte das da nur einmal noch einmal sagen, wir haben diesen Weg gemeinsam geschafft. Wir möchten die Daseinsvorsorge schaffen, wir möchten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Zeiten wie diesen, wo der Wind draußen ordentlich braust, auch ein paar Dinge gleich vom Anfang an sagen und ich glaube, der Herr Dr. Zinkanell hat es heute eh deutlich gemacht, es ändert sich nicht viel, es wurden 1960, 1970, 1980, jedes Jahr kann man fast sagen, Zuweisungen von uns zu unseren Betrieben gemacht. Ich wünsche mir auch, dass wir es einmal schaffen, Willi Kolar, du bist auch noch auf der Rednerliste, weil wir m Vorfeld schon gesprochen haben, dass man einmal vielleicht einen einheitlichen Kollektivvertrag für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder ausarbeitet. Aber wir müssen 60 Millionen Euro auftreiben. Ich darf gleich dazusagen, die Botschaften, die gerade hereinkommen zum Thema Budget machen die ganze Geschichte noch viel schwieriger. Die Bundesertragsanteile waren vor einem Jahr von uns geschätzt für 2009 265 Millionen Euro tatsächlich werden rauskommen rund 240 Millionen Euro heuer. Wir haben es eh laufend reduziert, wir haben die 15%-Sperrung draufgegeben, aber es werden 25 Millionen Euro heuer schon weniger gewesen sein, als wir noch vor zwölf Monaten gedachten haben. Jetzt gibt es die neue Schätzung und das wäre erstmals in der Republik in der Stadt Graz der Fall, dass trotz des Zuwachses an Einwohnern im nächsten Jahr die Ertragsanteile in der Stadt Graz von 240 heuer auf 230 Millionen im nächsten Jahr gehen. Wir haben keine Gelddruckmaschine, alle miteinander nicht, wir können uns verschulden, aber das hat irgendwann ein Ende und jeder von uns weiß, der Verantwortung getragen hat in dieser Stadtregierung,

dass mit aliquotem Kürzen schon lang nichts mehr geht. Die Budgetverhandlungen zur Zeit laufen in eine ganz andere Richtung, die laufen nämlich dorthin, dass wir die Steigerungen, die wir im Sozialbereich haben, liebe Elke, das ist das, was ich dir sagen wollte, weil du heute gesagt hast, das hat schon weh getan der Satz, wir kämpfen nur für Machterhalt und Privatisierung, die Menschen draußen kämpfen mit ihrem Quasi-Überleben und haben andere Sorgen und genau um das geht es, um das Soziale absichern zu können mit solchen enormen Steigerungsraten, wie wir sie jetzt haben (*Applaus ÖVP*), müssen wir etwas tun, deswegen tun wir das. Du sagst so ganz einfach, ja bei der Messe muss sich nichts rühren, es ist immer der Reflex des Kommunismus zu sagen, da gibt es eine Wirtschaft, da darf ja nichts passieren, ja, es gibt sowieso kaum eine Stadt, in der so wenig Wirtschaftsförderungsmittel in die Hand genommen werden....

Zwischenruf GR. Grosz: Das ist eh schlimm genug.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...wie in der Landeshauptstadt Graz, da hat es Umschichtungen schon längst gegeben und selbstverständlich hat der Finanzreferent gerade in der Messe eine ordentliche Vorgabe gemacht, wird zum Budget auch kommen, wir wollen ihnen diese Investitionslast abnehmen, aber der Betrieb der Messe soll künftig zumindest die schwarze Null ergeben und das sind alles Dinge, die du jetzt da vielleicht auch noch nicht weißt, aber ich will nur darauf reagieren und dir sagen, da sind wir in eine Richtung, in eine gute Richtung unterwegs. Ich werde nicht versprechen können, Wolfgang Riedler, weil das ist dein dritter Punkt gewesen, dass die Leistungsqualität in allen Bereichen verbessert wird. Wir haben als Politiker und Politikerinnen hinkünftig den Menschen auch die Wahrheit zu sagen, was noch geht und was nicht geht. Dass alles noch in der Qualität besser werden wird, wird deswegen schon schwer werden, weil dann müssten alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer noch mehr dazubekommen und noch immer mehr dazubekommen und das wird unsere Entscheidung sein, ob wir ihnen das aufkrotzieren oder ob wir das nicht tun. Der vierte Punkt, du bist verhandlungsbereit

und möchtest gerne verhandeln, das möchte ich auch, deswegen noch einmal, nächste Woche haben wir maßgebliche Entscheidungen in unseren Fraktionen über unsere Bereiche, die wir gemeinsam betrachtet haben, und wenn diese Entscheidungen gefallen sind und es da eine positive Entscheidung geben wird, dann werden wir den ganz normalen Weg gehen, der hier herinnen auch immer bei allen Projekten und bei allen Stücken vorgelegt wird. Das was wir hineinschreiben, Zwei-Drittel-Mehrheit wäre erstmalig der Fall und deswegen würde ich das, man kann alles hineinschreiben, aber du kannst es dann nicht schaffen, du kannst ins Statut hinein nehmen, dass mindestens ein Zwei-Drittel-Forum notwendig ist und das ist eine größere und wesentliche Verbesserung, weil Sie können es heute gleich ausrechnen, wer alles dabei sein müsste, damit so etwas überhaupt geschieht. Da mache ich mir weniger Sorgen für die Zukunft. Cash Cows gibt es ja, die Cash Cows, weil da Ankünder, für Pristina usw. Ja selbstverständlich sind unsere Geschäftsführer und auch wir im Aufsichtsrat ordentlich unterwegs, um zu schauen, wann ist es Zeit, ein Geschäftsfeld wieder vielleicht abzugeben und wann nicht. Bis jetzt haben uns die Beteiligungen im Ausland mehr Geld gebracht als der Ankünder im Inland geschafft hat, und wo ist das Geld hingegangen? Wieder in den öffentlichen Verkehr und in unsere Investitionen und für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es wird niemand gekündigt in diesen Zeiten bei uns, es wird niemand entlassen werden, es werden die befristeten Dienstverhältnisse fortgesetzt, wie wir das auch bisher gehabt haben (*Applaus ÖVP und Grüne*), nur wenn einer seine Leistung nicht erbringen sollte oder wenn uns der Abteilungsvorstand sagt, die Aufgabe gibt es nicht mehr, dann ist es auch bisher ausgelaufen und ansonsten werden wir diese Menschen dringend brauchen und zwar ganz, ganz dringend brauchen, weil gerade die Jungen, die hereingekommen sind, auch noch mehr Leistung erbringen können als jene, die schon viele Jahre und Jahrzehnte fleißig waren und vielleicht die eine oder andere Erkrankung schon haben usw. Also auf das gilt es alles Rücksicht zu nehmen und unsere Bitte ist heute, dass Sie einmal sehen, dass das Team, das gearbeitet hat, das auch, und darauf haben wir geachtet, weil sonst wäre der erste Vorwurf gleich gekommen, hat der Stadtrechnungshof das schon geprüft? Selbstverständlich haben wir gesagt, wenn wir einen solchen Prozess haben, möchten wir eine begleitende Kontrolle des Stadtrechnungshofes machen, und der Stadtrechnungshofdirektor und sein Team haben hier mithineingeschaut. Es wird, wenn wir diesen Beschluss heuer schaffen, im Dezember oder im November ein Jahr lang Verhandlungen und Details

geben. Wir sind im Unternehmensbereich und es mag schon sein, dass ich auch als Unternehmer, der ich persönlich bin, nur bei Reorganisationsbereichen auch in meinem Unternehmen dabei war, aber ganz möchte ich mir die Qualifikation als Betriebswirt und Unternehmer auch nicht absprechen lassen, sondern ich glaube, ich weiß, was man alles immer wieder tun muss, um letzten Endes seinen Mitarbeitern auch die Chance für die Zukunft zu geben. Dann will ich eh gleich aufhören, aber mir war das wichtig. Den Witz, den du erzählt hast, den möchte ich gerne aufgreifen, der Witz geht nämlich, soweit ich mich erinnern kann, er geht ein bisschen anders und zwar, es ging nicht um eine Marketing- oder Werbekampagne, sondern der Witz war der, dass also vorher viel versprochen wurde, um in den Himmel zu kommen und danach, wie gesagt, hat es anders ausgeschaut und da war die Antwort, es war eigentlich so, dass du gesagt hast, das eine ist vor der Wahl, das andere ist nach der Wahl...

Zwischenruf GR. Schröck: Witzig waren beide nicht.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...ich habe vor der Wahl, und da sollte man nicht herumwitzeln, wir haben vor der Wahl den Menschen etwas versprochen und, Wolfgang Riedler, du warst Finanzreferent mit uns, du hast mit aliquoten Kürzungen uns auch immer wieder gesagt, wir müssen jetzt strukturell endlich etwas ändern und ich glaube, dass wir noch genügend diskutieren werden, um hoffentlich dann auch einen größeren Beschluss zusammenzubringen als das, was jetzt gerade diskutiert wird. Und ich ziehe den Hut vor den grünen Kolleginnen und Kollegen, weil ich weiß, was ihnen das abverlangt und das ist nicht einfach und gerade die grünen Kolleginnen und Kollegen haben in diesem Prozess viele Dinge gemacht, die wir als ÖVP in der Form nicht gleich ja gesagt hätten, das heißt, wir sind da auch einige Schritte gegangen als ÖVP, damit wir eben vielleicht auch einen größeren gemeinsamen Beschluss zustande bringen und den schließen ja heute noch immer ein Großteil der sich zu Wort Gemeldeten oder Fraktionen, die sich zu Wort gemeldet haben, noch nicht aus. Verhandeln wollen wir, habe ich was vergessen? Ja, Tariffestsetzungen, auch da

bitte, eines wollen wir hinkünftig schon haben, wir wollen strategische Vorgaben für unsere Unternehmungen haben. Wir bestellen auch zu guten Gehältern Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer in objektiven Verfahren, und mich stört es immer wieder, wenn jemand ans Rednerpult herausgeht und andere abqualifiziert, auch unsere Führungsebenen. Es ist nicht leicht, im Nahebereich der Politik seinen Job zu tun, jeden Tag Zurufe zu haben, permanent in den Zeitungen zu stehen, alles immer so zu verantworten, wie du das da musst. Diese Leute sind magistratsintern, aber auch bei unserer AG und bei unseren Gesellschaften alle durch ein Hearing gegangen und wir haben aufgemacht, wir haben jetzt aufgemacht und es kann jede Fraktion zuhören und wir haben auch Gott sei Dank, seitdem wir diesen schwarz/grünen Weg jetzt beschritten sind, keine Diskussionen mehr in den Zeitungen, ob da jemand qualifiziert ist oder nicht. Und mich hat es sehr gefreut, dass auch Persönlichkeiten, die bei uns schon gearbeitet haben, wieder bestellt worden sind, weil sie einen guten Job gemacht haben, wo es auch vorher geheißen hat, das sind ja nur die Handlanger der Politikerinnen und Politiker. Das ist nicht so, die haben gute Arbeit geleistet, sie waren spitze im Hearing und sie haben unser Vertrauen bekommen, ganz egal, ob sie überhaupt ein Parteibuch besitzen und auch ziemlich egal, wo sie sich hingehörig fühlen. Ich habe das ganz gerne, wenn jemand auch eine Meinung und eine Wertehaltung hat und gerade die Bestellungen der letzten Wochen und Monate zeigen, dass da nicht herumgefärbelt oder sonst was wird, wie das oft ausgedrückt wird. Deswegen noch einmal, wir haben diese Woche viel zu tun, wir haben Ihnen heute gezeigt, dass unsere Profis gearbeitet haben, da kann man jetzt viele Details, ich habe solche Fragenkataloge, ich bedanke mich auch bei allen Personalvertretern, die mir jetzt auch schon via Aussendungen oder via Zeitungen schon viele Fragen gestellt haben. Das Erste, was wir tun, sind eure Fragen natürlich gleich wieder so aufzubereiten, dass Sie die richtigen Antworten kriegen und das beginnt, wie gesagt, mit dem 10. November, am 10. November haben wir eine Stadtregierungssitzung, die beginnt um 14.30 Uhr, da wird Schwarz/Grün den Weg, den sie gemeinsam gehen können, euch einmal auf der Stadtregierungsebene vorstellen. Wir setzen uns mit den Personalvertretern zusammen auf den unterschiedlichsten Ebenen, da gehört Willi Kolar, Horst Schachner, den ich begrüßen möchte, und der Herr Wirtl und sein Team selbstverständlich auch wieder dazu. Wenn wir es nicht tun, das ist keine Drohung oder sonst was, wenn wir es nicht tun, werden wir in wenigen Jahren vor ganz

anderen Entscheidungen stehen und da bin ich kein Hellseher oder sonst jemand, es wird schwer genug sein, was sich da zusammenbraut auf Landesebene. Wenn wir hören, dass das Landesbudget ab dem Jahr 2011 984 Millionen Euro Neuverschuldung haben wird, wenn der Bund präsentiert 190 Milliarden Euro Schulden und nicht einmal eine konsolidierte Betrachtungsweise noch da ist, wie wir das haben, da ist keine ÖBB und keine ASFINAG und sonstige Schulden dazugerechnet worden. Im Land Steiermark gibt es auch nicht diese Betrachtungsweise, wir haben sie in Graz, seit Jahren sind wir das gemeinsam gegangen, dass wir gesagt haben, wir haben ungefähr 450 Millionen Schulden, der Rest sind die Investitionen bei unseren Firmen. Du kannst alles schlechtreden, aber das sind die Investitionen, die für die Menschen dieser Stadt arbeiten und da sind, wir können das alles lassen, ich sehe es ja auch immer mit Freude, wenn Journalisten dann ihre Kolumnen schreiben, auf der einen Seite, ihr müsst sparen und in der nächsten Seite oder das aber das müsste schon noch gehen und uns geht es genauso, ob es im Sozialen, ob es im Verkehrsbereich, du bist hin- und hergerissen. Es ist manches Mal schon gar nicht mehr lustig, die Hauptverantwortung zu tragen und zu sehen, dass wir keine Finanzhoheit haben mehr als Kommunen, es wird ja eh Zeit, dass einmal alle aufstehen, auch im Städte- und Gemeindebund, dass wir keine rechtlichen Möglichkeiten haben und Gesetze beschließen können und wir permanent Wünsche von oben, aber auch von unten kriegen, nämlich dann für die Bürgerinnen und Bürger wirklich da zu sein und die Türe offen zu haben, wenn es dann brennt. Und aus dem heraus musst einen Spagat machen, der fast nicht mehr geht. Wir reden jetzt erst über acht bis zehn Millionen Euro aus so einem Projekt, wir haben 60, die Zeit habe ich übersehen, ich höre damit auf. Bedanke mich, dass Sie mir zugehört haben und habe die Bitte an alle Fraktionen, lasst uns das in aller Ruhe bis nächste Woche noch ausarbeiten, dann reden wir drüber und dann kann es Verbesserungen und Veränderungen genauso noch geben, aber wir müssen es tun (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 11.40 Uhr den Vorsitz.

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Das von Schwarz/Grün hier präsentierte Konzept Haus Graz neu und die damit verbundene weitreichend Strukturreform des Magistrates Graz sind und waren für uns Anlass, von den beiden Koalitionspartnern eine ausreichende Information einzufordern. Leider wurde uns dies in der letzten ordentlichen Gemeinderatssitzung verwehrt. Es war anzunehmen, dass die Diskussion zu diesem Thema noch nicht erwünscht war. Mit einem Maulkorberlass an die Magistratsdirektion sollen anscheinend dringliche Anträge in Zukunft noch kurzfristig von der Gemeinderatstagesordnung verschwinden. Und dies kürzlich nach Inkrafttreten der neuen Geschäftsordnung zur Gemeinderatssitzung, wo ohnehin die Anzahl der Dringlichen reduziert wurde. Dies ist eine undemokratische Meisterleistung unseres Bürgermeisters. Seit im März dieses Jahres mit größter medialer Präsenz und kostspieliger Aufmachung das Vorhaben Haus Graz neu von Bürgermeister Nagl und Vizebürgermeisterin Rücker für gegeben angekündigt wurde, sind Informationen über den Stand der Arbeit in den Projektgruppen bis heute zur Geheimsache erklärt worden. Wo die Reise für die Stadt Graz hingehen soll, sollte anscheinend den Fraktionen und Mitgliedern des Gemeinderates erst ein paar Tage vor Beschlussfassung bekanntgegeben werden. Anscheinend war die Mitwirkung anderer Gemeinderatsfraktionen und Gemeinderäte nicht erwünscht. Die Projektaufträge an die einzelnen Projektgruppen wurden von der politischen Viererkonsolidierungsgruppe Nagl, Rüscher, Rücker und Wohlfahrt mit klarer Zielstellung einer Ausgliederung weiterer Bereiche des Magistrates an die Graz AG in Auftrag gegeben. Eine Strukturreform mit Eigenbetrieben wurde eigentlich nicht angedacht. In 13 generellen Prinzipien wurden die Richtlinien dazu vorgegeben. Eine Privatisierung von Dienstleistungen wird, wie wir auch heute gehört haben, wiederholt ausgeschlossen und trotzdem wird ein Passus eingeführt, den es bisher nicht gab: In Zukunft sollen Verkäufe von Dienstleistungen mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Gemeinderat beschlossen werden können. Der Glaube, dass Privatisierungen nicht stattfinden werden, auch gegenüber dem Gemeinderat, ist uns spätestens mit dem Verkauf des Energiesektors der Grazer Stadtwerke abhanden gekommen. Der Herr Bürgermeister hat jetzt selbst gesagt, dies war notwendig zur Stärkung des Eigenkapitals der Grazer Stadtwerke AG. Das Geld wurde zwar investiert in die Stadt, ist aber heute futsch und kein weiteres wird nachkommen aus diesem Bereich. Die Misere hat damals begonnen und jetzt müssen immer neue

kreative Ideen gefunden werden, wie wir zum Beispiel den öffentlichen Verkehr finanzieren können. Die Idee von Dienstleistungsverträgen mit unseren Gesellschaften wurde geboren. Einer davon kostet die Stadt jetzt schon satte 51 Millionen Euro im Jahr, und wie wir beim Rechnungsabschluss 2008 gesehen haben, belastet dieser das Budget zusätzlich. Laut Projektaufträgen sind in Zukunft viele solcher Verträge vorgesehen. Für das Abfallmanagement, für die Straßenerhaltung, für die Abwasserentsorgung, für Kanalsanierungsmaßnahmen, für Leistungsvereinbarungen, für Facility-Services und Management, Kooperationsdienstleistungs- und Beiratsverträge für IT-Leistungen. Wahrscheinlich gibt es noch mehr davon.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 11.45 Uhr den Vorsitz.

GRin. **Bergmann:** Was werden in Zukunft diese Leistungen der Stadt Graz kosten und wie werden diese finanziert werden, wenn, wie heute Herr Dr. Kamper gesagt hat, in der Stadt nur mehr die Hoheits- und Förderungsverwaltung bestehen bleiben soll ohne Einnahmen? Eine Frage, worauf wir gerne eine Antwort hätten, und zwar noch, bevor so weit reichende Beschlüsse über Ausgliederungen gefasst werden. Was kostet zum Beispiel die gesamte Umstrukturierung? Es wäre schön, wenn wir das in Zahlen gegossen hören würden. Was hat eigentlich das Reformprojekt 2000 gebracht, gab es hier eine Evaluierung? Schon damals hat man eine Strukturreform des Magistrates gemacht, das wäre heute interessant, was die gebracht hat. 2006 wurden die Anteile der Stadt Graz an der AEVG an die Graz AG übertragen, somit wurde diese von den Wirtschaftsbetrieben abgekoppelt. Drei Jahre später, heute, weiß man, dass diese beiden wieder zusammenkommen müssen in der Graz AG. Die Prüfung über einen Eigenbetrieb, Wirtschaftsbetriebe und AEVG ist also nur Schein, in Wirklichkeit wurden die Weichen bereits 2006 gestellt. Müll ist ein gutes Geschäft, private Firmen stehen schon in den Startlöchern. So wird laut Medienberichten die Firma Saubermacher in Zukunft ihre Mitarbeiterzahl verdoppeln. Was davon zu halten ist, bleibt Ihnen überlassen. Sogenannte P.P.P.-Modelle

werden ja ganz offensichtlich in der Stadt angestrebt, im Bereich der Stadtentwicklung kann man dort einiges nachlesen. Das wahre Einsparungspotential dieser Aktion liegt jedoch bei den Bediensteten der Stadt Graz, und genau auf dieses läuft diese Strukturreform hinaus. Personalabbau, gesprochen wird von 700 Stellen, Lohnkürzungen, indem man keine neuen Mitarbeiter mehr aufnimmt und neue Kollektivverträge erstellen will und eine Zwei-Klassen-Belegschaft sind das Ziel, und dieses ist leider in privatrechtlichen Gesellschaften wesentlich besser zu erreichen als in der Stadt Graz. Ich frage mich, wo bleiben hier die motivierten Mitarbeiter, wenn für gleiche Leistung, gleichen Arbeitsaufwand unterschiedliche Löhne und unterschiedliche Leistungen an Urlaub heraus schauen? Die KPÖ steht für öffentliches Eigentum, die Daseinsvorsorge darf nicht privatrechtlichen Bestimmungen unterliegen. Kommunale Dienstleistungen müssen, und nicht wie im Projektauftrag steht, sollen für alle Bürger und Bürgerinnen erschwinglich und zugänglich sein. Eine Strukturreform auf Basis von Eigenbetrieben würden wir uns wünschen, doch das ist anscheinend kein Thema, obwohl die Stadt einige Beispiele von sehr gut funktionierenden Eigenbetrieben hat, wenn wir uns die GGZ und die Wirtschaftsbetriebe anschauen. Daher fordern wir auch die Beibehaltung der Wirtschaftsbetriebe als Eigenbetrieb und die Rückführung der AEVG zur Stadt Graz, um die Abfallwirtschaft wieder in städtischer Hand zu haben und auch hier wieder Gewinne zu lukrieren (*Applaus KPÖ*). Weiters wird sich die KPÖ gegen Personalabbau und auch gegen eine Schlechterstellung von neuen MitarbeiterInnen wenden. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Kolar:** Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Kollegen auf der Tribüne, liebe PersonalvertreterInnen, Betriebsräte! Zu der heutigen Gemeinderatssitzung zu diesem Zwischenbericht, und ich bleibe dabei, den es hier gibt, würden mir auch viele Zitate einfallen, Dr. Stangl hat, glaube ich, Krauß zitiert, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Mir fällt der Qualtinger ein, meine Damen und Herren, nämlich mit Vollgas in eine Richtung, nicht genau wissen wohin, mit der Frau Vizebürgermeisterin am Sozius sozusagen mit dabei. Allen in der grünen Partie wird es da ein bisschen schwindlig und letztendlich haben wir noch keinen genauen Überblick über die Geschichte. Also so ähnlich kann es auch passionierten

RadfahrerInnen letztendlich auch gehen bei der Geschwindigkeit aus meiner Sicht. Also dies einmal zur grundsätzlichen Zitatenfolge der heutigen Sitzung, die im Hause schon dargelegt wurden. Was mich natürlich auch bewegt, mich jetzt noch zu Wort zu melden, nachdem schon sehr vieles hier Inhaltliches ausgebreitet dargestellt und ausgeleuchtet wurde, ist schon auch die Sorge, und ich möchte das ausdrücklich betonen, die Sorge, die uns allen, und ich rede da jetzt vorrangig als Gewerkschafter, als Personalvertreter in dem Raum, die Sorge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um die es bei uns hier in diesem Haus letztendlich geht. Der Zwischenbericht, der dargelegt wurde, und wir haben gesagt, diese Herren der Arbeitsgruppe, der Projektgruppe, die da viele Monate viel Schweiß und Sonstiges vergossen haben, um einfach diesen Bericht hier heute zu bringen, der war für mich persönlich nicht ganz neu, weil wir das eine oder andere Mal schon die Möglichkeit gehabt haben, in einer Projektgruppe das eine oder andere zu hinterfragen. Letztendlich habe ich mir persönlich auch mehr erwartet. Ich habe mir erwartet, dass wir hier doch zu konkreteren Zahlen und Fakten letztendlich kommen, und die Kollegin Kahr hat grundsätzlich auch viel Wichtiges und Richtiges aus meiner Sicht gesagt. Und logischerweise, geschätzte Damen und Herren, befinden wir uns in einem politischen Interessenskonflikt. Wenn die Frau Gerda Gesek sagt, natürlich soll verkauft werden, dann hat die Sozialdemokratie und andere Parteien in dem Haus eine andere Stellungnahme dazu, das ist ja absolut keine Frage, dass wir hier politisch unterschiedlich strukturiert und aufgestellt sind. Mich persönlich wundert es nur, dass es hier bei den Grünen so einfach geht, dass man da mit dabei ist. Was ich auch sagen will, was mir persönlich wichtig ist und nicht nur, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bei den vielzitierten Budgetdebatten und Sonntagsreden und sonstigen Veranstaltungen, die wir haben, Jubilarehrungen und, und, und, wo wir auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so gerne schauen und sagen, Freunde, wie toll habt ihr gearbeitet, wie war das Jahr wieder erfolgreich und was leistet ihr alle miteinander und, und, und, und letztendlich aber auch den Herren und weiblichen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern, die wir haben. Aus meiner Sicht läuft das Unternehmen, um jetzt bei dieser ÖVP-Diktion zu bleiben, läuft das Unternehmen Stadt Graz auf relativ guten Schienen und ist gut aufgestellt. Wir haben, weil das der Herr Stadtrat Dr. Dipl.-Ing. Rüschi, ich habe auch bei dir aufmerksam zugehört, wie du deinen Bericht gehalten hast, und einiges ist mir natürlich ein bisschen, entweder hast du nicht richtig recherchiert oder es ist dir

entgangen, da du ja nicht grundsätzlich bössartig bist, gehe ich davon aus, dass es dir entgangen ist. Wir haben keinen Reformstau in dieser Stadt und wir haben auch keinen Reformstau in den letzten Jahren gehabt. Alle miteinander wissen wir, dass wir viele, viele Reformen in diesem Hause beschlossen haben und dies aufzuzählen, wäre jetzt natürlich auch ein Ding der Nichtnotwendigkeit aus meiner Sicht, sondern vielleicht ist es dann auch einmal für dich nachzulesen, aber eine der wichtigsten Reformen, und ich habe so ein altes Papier gefunden, Reformprojekt 2000+, und der Herr Kurrent, der letztendlich halt hier mitgewirkt hat, haben hier dementsprechende Jahre schon ins Land ziehen lassen, also diese Reformprojekte haben wir und ich möchte ganz besonders die Eigenbetriebe ansprechen. Die Eigenbetriebe, die ja letztendlich in dem Haus auch nicht ganz unumstritten waren und wir uns aber letztendlich dazu bekannt haben, ab von der kameralistischen Verwaltung, von der finanziellen Gestaltung hin zu mehr finanziellem Spielraum zu personellen Möglichkeiten, zu Gestaltungsmöglichkeiten, dass man diese beiden große Bereiche, ob das jetzt die Wirtschaftsbetriebe, und der Harry Hansmann ist da, und ob das auch das GGZ ist, und die Frau Gemeinderätin Haas-Wippel und den Herrn Geschäftsführer habe ich heute auch schon gesehen, leisten ja dort auch Hervorragendes, wie wir alle miteinander nicht nur wieder von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern auch von den Grazerinnen und Grazern hören, und um das geht es ja letztendlich wohl auch. Wir sind ja nicht nur zum Selbstzweck da, sondern dass wir dementsprechende Dienstleistungen auch anbieten. Und ich denke mir, bevor man so etwas, Herr Stadtrat, zerschlägt, sollte man sich das gut überlegen und die sogenannte Speed-kills-Diskussion, die es da immer wieder gibt, glaube ich, ist auch angebracht, hier einmal mithereinzubringen in dieses Haus. Und es wurde die Schuldenfrage angesprochen und letztendlich wissen wir alle, dass wir sparen müssen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, geschätzte Damen und Herren, ganz besonders weil die spüren das letztendlich in vielen Bereichen, tagtäglich die Personalvertreterinnen und die Betriebsräte, letztendlich auch die permanent auf diesen Kostendruck und auf dieser Kostenschiene angesprochen werden und hier ihr Bestes tun, um Synergien, die sogenannten Synergieeffekte, wer hat das heute gesagt, wir müssen noch schlanker werden, wir müssen noch schneller werden, es müssen noch bessere Synergien her, klar machen wir alles, bemühen wir uns auch, aber nur letztendlich dieses gesamte Reformprojekt auch jetzt mit diesen Attributen auszustatten, ist für mich letztendlich

auch ein bisschen weit hergeholt in der ganzen Sache. Was mir fehlt, sind konkrete Zahlen, mir fehlen die konkreten Zahlen und ich frage mich, wie die Grünen letztendlich am 5. November entscheiden werden, wenn es keine Unterlagen gibt. Faktum ist, wir wissen nicht, was das Ganze kostet, wir reden immer, und der Herr Stadtrechnungshofdirektor ist ja auch in unseren Reihen, wir reden ja immer wieder, dass wir einfach die Nachhaltigkeit anschauen müssen, dass wir das prüfen müssen, wir schauen, was bringt das auch in weiterer Folge, macht das überhaupt einen finanziellen Sinn, wenn wir das alles tun? Das liegt alles nicht am Tisch, das haben wir alles miteinander nicht. Ich frage mich nur, wie man da eine Entscheidung treffen soll, das ist eine schwierige Situation und die salbungsvollen Worte des Herrn Bürgermeister, die höre ich wohl, aber da gibt es auch wieder so ein Zitat, allein mir fehlt der Glaube letztendlich, dass das alles so wird, wie er das darstellt, sondern da müssen wir schon absolut auch auf konkrete Fakten und Zahlen hinweisen und die sind letztendlich nicht da, deswegen bleibe ich dabei, dass es ein Zwischenbericht ist, und warum wieder neue Gesellschaften? Und ich habe in den letzten Wochen und Monaten auch viele Gespräche geführt, ich persönlich bin noch überhaupt nicht davon überzeugt, dass es notwendig ist, neue Gesellschaften zu strukturieren und zu finden und zu machen. Wir haben schon so viele, im Finanz- und Beteiligungsausschuss ist das permanent ein Thema, dass wir sagen, ok, wir haben keine Mitgestaltungsmöglichkeit und der Herr Dr. Wohlfahrt unser Vorsitzender, ist ja auch einer, der immer das Wort redet und sagt freundlich, wir brauchen mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Politik in dieser Frage, die werden wir letztendlich in dem Bereich nicht haben. Jetzt haben Sie natürlich, das ist mir schon klar, die politisch verantwortlichen von Schwarz und Grün, die sitzen in den Aufsichtsräten, die haben alles andere letztendlich eh demokratiepolitisch so geregelt, dass einfach halt nur mehr zwei entscheiden in dem Haus, also was denn hier letztendlich an demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten gegeben sein soll, frage ich mich, wenn man neue Gesellschaften haben, und die Finanzierungsgeschichte über diese Gesellschaften, die Kostenfragen, wie gesagt, die fehlen letztendlich. Was mir auch fehlt und was heute auch noch nicht angesprochen worden ist, ist einfach auch diese vielen Fragen der Rechtssicherheit, der Steuerfragen, der Finanzfragen und, und, und, wenn wir in diesen neuen Bereich hineingehen. Wie schaut das aus, welche Dinge gibt es? Unser Parteivorsitzender Wolfgang Riedler hat das angesprochen, wie schaut es aus mit dem Datenschutz und vielen, vielen anderen Bereiche?

Können wir bei Ausschreibungen dann die eigenen Unternehmungen, sprich Eigenbetriebe, letztendlich noch mit diesen Aufträgen auch beauftragen oder mit diesen Aufgaben beauftragen? Also viele, viele offene Fragen und ich bezweifle auch, ob das möglich sein wird, dass wir das bis zum 19. November alles auf dem Tisch haben. Das was ich so aus den unterschiedlichsten Bereichen höre und mitkriege, ist es letztendlich nicht der Fall und weil der Herr Dozent, unser Personalstadtrat, grundsätzlich auch sagt, wir brauchen bessere Auswahlverfahren, Hearings, da muss ich auch klar und deutlich formulieren, Herr Personalstadtrat, auch wir haben hier letztendlich ein Objektivierungsverfahren in der Stadt Graz seit längerem beschlossen, müsste auch bekannt sein. Wir objektivieren bis zum Pflegehelfer alles, also was wir da jetzt neu machen sollen, ist mir auch nicht ganz klar, aber bitte, ich warte auf die Vorschläge, ich schaue mir das letztendlich dann auch dementsprechend an. Ein Wort, da die Personalvertretung und Betriebsräte da sind, ich habe noch nie so oft Personalvertretung und Betriebsrat gehört in dem Haus wie heute, das war ja sowieso sehr erstaunlich, aber es ist eine nette Geste gewesen einmal, aber Faktum ist, ich muss auch allen Gemeinderäten und politisch Verantwortlichen klar machen, Sozialpartnerschaft schaut ein bisschen anders aus als wie, dass wir informiert werden, das ist natürlich auch klar (*Applaus SPÖ*). Also in dieser Frage brauchen wir nicht diskutieren, wir wollen, und jetzt auch wieder zum Ernst, wir haben diese gesamten Reformbestrebungen, das sage ich auch als Gewerkschaftsvorsitzender, der für diese Bereiche Mitverantwortung trägt, wir haben in diesen Bereichen immer wieder auch unsere Bereitschaft, unser Mittun und letztendlich auch diese Reformbewegungen mitgetragen und das war nicht einfach, weil es in vielen Bereichen auch auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegangen ist und der Herr Bürgermeister hat es heute angesprochen, die Belastungen werden täglich größer, nicht nur für die Stadt, sondern auch für unsere Beschäftigten, das wissen wir ja alle miteinander, und in der Geschichte muss man das natürlich auch klar und deutlich formulieren. Aber zur Sozialpartnerschaft, wir haben gesagt, ich hoffe, dass es da hier auch dann wirklich dazu kommt, dass uns nicht nur mitgeteilt wird, das haben wir im Gemeinderat beschlossen und das haben wir umzusetzen, Herr Stadtrat, sondern letztendlich auch, weil sonst sind wir da nicht dabei, das sage ich auch klar und deutlich. Also ich will mich da jetzt nicht irgendwie dramatisch da positionieren, weil wir sind ja noch in einer Berichterstattung, in einem Zwischenbericht, aber ich sage das auch klar und deutlich, da muss es klare

Positionen geben und wir haben ja bei der letzten, und beide waren ja Gott sei Dank anwesend und haben bei unserer Jubilarehrung das dort auch gesagt, ich hoffe auch, dass das dementsprechend miteingehalten wird. Also, ein Ja zu den Reformen, ein Ja zu dem, was eigentlich rundherum im Grundsatz da hier letztendlich in vielen Bereichen von diesen Herrschaften auch aufbereitet wurde, ich meine, da ist ja noch nichts so Substanzielles da, dass man sagen könnte, in diese Richtung geht das jetzt und es ist ja offen, in welche Richtung wir marschieren aus meiner heutigen Wahrnehmung, da war auch die Berichterstattung für mich so zu verstehen, dass wir letztendlich noch nicht gesagt haben, ok, das muss jetzt alles in neue Strukturen, sondern wie wollen besser werden, wir wollen Synergien nutzen, wir wollen letztendlich dementsprechende Strukturen schaffen. Wir haben gesagt, ich hoffe auch, dass das nicht nur alles bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern landet, sondern dass man da einfach auch eine Form findet, hier das so zu gestalten, dass man zu einer Struktur findet, die Sinn macht, die eine sinnvolle Reform mit sich bringt. Und jetzt mit dem abzuschließen, mit dem ich angefangen habe letztendlich, nämlich mit dem Qualtinger, ich persönlich und viele unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Personalvertreter hoffen, dass wir nicht mit Vollgas gegen eine Mauer fahren, das ist letztendlich auch ein Faktum, mit dem ich meine Wortmeldung abschließen will. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus SPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 12.00 Uhr den Vorsitz.

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Effizienter, besser und kundInnennäher, mit dieser Argumentation soll anhand der Broschüre „Graz neu ordnen“ die Privatisierung öffentlichen Eigentums und damit auch der öffentlichen Daseinsvorsorge schmackhaft gemacht werden. Privatisierung wird als Allheilmittel dargestellt und vor diesem Hintergrund lesen sich deshalb einzelne Absichtserklärungen, wie zum Beispiel, dass der Zugang zu kommunalen Dienstleistungen für alle BürgerInnen zugänglich bleiben soll oder das zum Beispiel keine strukturellen Maßnahmen

getroffen werden sollen, die die Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen verstärken oder verfestigen, als unrealistisch und sind vielmehr eine Ablenkungsstrategie, um die geplanten Privatisierungsmaßnahmen als einzig mögliche Strategie verkaufen zu können. Zugegeben, es wurde nicht dazugesagt, dass ein gleichberechtigter und verlässlicher Zugang zu wichtigen Leistungen für alle zu erschwinglichen Preisen gegeben und dass eine kontinuierliche Erbringung der Leistung in ausreichendem Umfang gewährleistet sein soll, und bezüglich der eingeforderten Gender-Perspektive bei der Umsetzung struktureller Maßnahmen spricht man ja nur davon, dass sich die Diskriminierung von Frauen in unserer Gesellschaft und die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen nicht weiter verfestigen soll. Wie intensiv genderspezifische Folgewirkungen der geplanten Maßnahmen generell analysiert worden sind, lässt sich nicht beurteilen, da wir darüber keine Informationen haben bislang. Aber Skepsis ist angebracht, da die geplanten Reformvorhaben vorwiegend aus Männersicht entwickelt und gestaltet wurden. Zum Beispiel das Viererteam im Verhältnis drei Männer, eine Frau, Projektleitung vier Männer, eine Frau, Steuerungsgruppe neun Männer, eine Frau. Es ist jedoch absehbar, dass der Anspruch, Maßnahmen zu setzen, die die Ungleichbehandlung von Frauen nicht weiter stärken sollen, nicht aufrecht zu erhalten ist, wenn man sich als Beispiel die Folgewirkung in Bezug auf die Preisentwicklungen in den Bereichen der Daseinsvorsorge vor Augen hält.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 12.05 Uhr den Vorsitz.

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Bereits jetzt ist es eine Tatsache, dass Frauen im Beruf benachteiligt, immer mehr in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden und viel weniger verdienen als Männer. Heute war der Kleinen Zeitung übrigens zu entnehmen, dass Österreich von 27 Ländern bei Frauenlöhnen an der vorletzten Stelle liegt und dass noch immer althergebrachte Rollenverteilung zwischen Mann und Frau Gültigkeit hat und dass Frauen von Armut im Alter durch ein frauenfeindliches Pensionssystem benachteiligt werden und so eher von Altersarmut

betroffen sind, und bei einer vorwiegend auf Gewinn orientierten Preisgestaltung der einzelnen Gebühren (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) wird sich das auf Frauen und dabei insbesondere auf Alleinerziehende, Pensionistinnen und Prekärbeschäftigte überproportional in hohem Maße auswirken. In der gegenwärtigen Situation gibt es noch Einfluss und Handlungsmöglichkeiten, um Gebühren sozial gerecht und verträglich gestalten zu können. Nach Umsetzung der geplanten Reform ist das in der Form nicht mehr möglich. Ein weiterer Punkt, dessen negative Folgewirkung insbesondere auch für Frauen absehbar ist, ist der, dass Privatisierungsprozesse immer mit einem massiven Stellenabbau einhergehen. Vielfach werden Frauen auch auf Grund von Rationalisierungsmaßnahmen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt und durch Arbeitsintensivierungen noch stärker unter Druck gesetzt. Die Folge sind niedrigere Löhne und erhöhte Leistungsanforderungen bei gleichzeitiger Verstärkung der Ungleichheiten unter den Beschäftigten. Während die öffentliche Hand zumindest gesetzlich zur Frauenförderung verpflichtet ist, ist die Gefahr in ausgegliederten Bereichen größer, dass die Bereitschaft für die Gleichstellungsmaßnahmen sinkt. Generell lässt sich festhalten, dass die beabsichtigten Einsparmaßnahmen in der Höhe von 15 Millionen Euro beim Personal durch die geplante Ausgliederung zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen und insbesondere Frauen betroffen sein werden. Im Zusammenhang mit dem Gender-Aspekt möchte ich noch darauf hinweisen, dass der Grazer Frauenrat in seiner Stellungnahme den Wunsch formuliert, ich zitiere, auch kritische Erfahrungswerte anderer Städte einzuholen und die Strukturveränderungen innerhalb des Magistrates mittels einer echten Verwaltungsreform anstatt durch Ausgliederungen vorzunehmen, und das ist durchaus eine empfehlenswerte Vorgangsweise, um aus den Fehlern einzelner Städte zu lernen und in Graz bereits im Vorfeld die geplanten Privatisierungsmaßnahmen zu unterlassen. Denn die Entwicklung zur Rekommunalisierung zeigt sich anhand einzelner Städte in Deutschland, wo zum Beispiel privatisierte Wasser- und Energieversorgungsunternehmen, Verkehrsbetriebe und Wohnungsunternehmen von der Privatwirtschaft wieder zurückgekauft und in kommunales Eigentum zurückgeführt werden. So hat zum Beispiel der Kieler Stadtrat beschlossen, wieder Hundert-Prozent-Eigentümer der Verkehrsbetriebe zu werden. Bochum und Dortmund haben zusammen den Konzern Gelsenwasser zurückgekauft und in Sachsen wird wieder der Rückkauf ganzer

Wohnungsbestände überlegt. Dadurch verdeutlicht sich, dass von den versprochenen Kostensenkungen, die den Menschen zugute kommen sollten, keine Rede sein kann. Die Verschlechterung der Qualität der Dienstleistungen durch Reduzierung und Einsparmaßnahmen haben die vielfach propagierte Effizienzsteigerung durch Private widerlegt. Und eine breite qualitative Verbesserung und Modernisierung der Infrastruktur hat nicht stattgefunden. Die Krise der öffentlichen Finanzen ist nicht beseitigt worden, ganz im Gegenteil, diese Beispiele zeigen, dass der Verkauf öffentlichen Eigentums langfristig gesehen zu überproportionalen Lasten in der Zukunft führt, die in Graz jetzt vermieden werden müssen, und deshalb sprechen wir uns als KPÖ-Gemeinderatsklub entschieden gegen diese geplanten Vorhaben der schwarz/grünen Koalition aus. Danke (*Applaus KPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 12.10 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stv. **Rüscher**: Ich denke, dass es heute endlich, und ich glaube, da geht es uns allen gleich, soweit ist, dass man über etwas Konkreteres reden als die ganzen letzten Wochen, soweit sind wir zumindest. Wir reden noch nicht über alle Details, aber wir reden über wesentlich konkretere Grundlagen, als in den letzten Wochen im Hause spekuliert wurde, befürchtet wurde, teilweise behauptet wurde. Manche Behauptungen lassen sich auch gar nicht so leicht ausräumen, weil sie, desto öfter sie behauptet werden, weil man glaubt, dass sie dadurch wahrer werden. Natürlich liegt heute noch nicht alles am Tisch, was sich die Oppositionsparteien gewünscht haben, das heute am Tisch liegt, vor allem liegt eines nicht am Tisch, und dazu kann ich mich sehr klar bekennen, es liegen keine konkreten Zahlen darüber auf dem Tisch, was in drei Jahren unterm Strich rausgekommen sein wird. Es liegen Einschätzungen über Potenziale auf dem Tisch, wie das bei jeder Entscheidung der Fall wäre, die man heute trifft für eine Steuerung, die in die nächsten Jahre reicht. Was aber passiert ist, und dazu möchte ich auch noch einmal mein herzliches Dankeschön an die Geduld und an die Strapazierfähigkeit der Mitarbeiter und

Mitarbeiterinnen in den einzelnen Reformteams aussprechen, was gelungen ist und was wir wirklich massiv gemacht haben, ist immer wieder, und das ist ja genau unser Bedürfnis auch gewesen, nachzufragen, zu hinterfragen, Unterlagen einzufordern, neue Sitzungen einzuberufen, damit wir so konkret wie möglich eine Entscheidung treffen können, die am Schluss trotzdem immer ein Risiko offenhält, das ist uns allen bewusst. Bei jeder Entscheidung, die schwerwiegend ist, wird es nie so sein, dass wir eine Entscheidung treffen können, die ganz risikolos ist. Würden wir uns alle wünschen, ist aber nicht Realität. Das heißt, hier liegen heute Unterlagen auf dem Tisch, die einen Prozess beschreiben, die beschreiben, was bisher geschah, und das, was bisher geschah, kann ich hier, auch als Grüne, sehr gut vertreten. Was bisher geschah, war ein Prozess, der im Haus Graz innerhalb des Magistrates, innerhalb der betroffenen Abteilungen abgewickelt wurde. Eben nicht von außen aufgesetzt und darübergelassen und trotzdem unter Einbindung von Experten-/Expertinnen-Know-how stattgefunden hat. Das war nicht so, wie es kurz dargestellt worden ist, dass der Bürgermeister, die Vizebürgermeisterin, Gerhard Wohlfahrt und Gerhard Rüschi da allein sich was gestrickt haben. Das war es nicht, aber wir haben uns von Anfang an Stunde um Stunde da mithineingesetzt und genau das getan, worum es in dem Prozess geht, nämlich politische Verantwortung wieder verstärkt wahrzunehmen, wenn es um die Daseinsvorsorge in der Stadt geht, und um nichts anderes geht es in dem Projekt und deswegen kann ich nicht verstehen, wenn versucht wird, mit Behauptungen von Privatisierungen und immer wieder Privatisierungen in den Raum zu führen, zu untergraben, was eigentlich auch ganz klar zum Ausdruck gekommen ist, es geht hier um die Rückbesinnung auf die politische Verantwortung zu dem, was der Stadt und damit den Menschen in dieser Stadt gehört. Und das ist in diesem Reformprozess meiner Meinung nach sehr gut zum Ausdruck gekommen, das zeigt sich auch an den vielen, vielen Stunden, die wir überlegen und noch weiter überlegen werden und da werden wir sicher noch viele Diskussionen führen, Wolfgang Riedler, wie so eine Steuerung neu so optimal wie möglich aussieht, dass sie nicht bürokratisiert, dass sie nicht den Menschen, die dann die Entscheidungen umsetzen müssen, die Hände binden, aber trotzdem eine demokratischere Steuerung möglich machen, als bisher stattgefunden hat und das ist genau die Erfahrung, Ulli Taberhofer, die wir aus anderen Städten kennen, die wir aus der Rekommunalisierungsdebatte in Deutschland, die dort zu Recht geführt wird, kennen. Dass dort über Jahre hinaus der Blick auf das, was der Stadt gehört, was

den Menschen der Stadt gehört, verloren wurde, dass der Blick, nämlich die Verantwortung dafür, zurückgeschraubt wurde durch Privatisierungen, Verkäufe, da hat es in Österreich teilweise manche Schritte ja zum Glück gar nicht mehr gegeben, die in Deutschland gang und gäbe waren, da wurden die Wohnungen verkauft, dort der Energiebereich und inzwischen erkennt man, dass das fatale Entscheidungen waren. Und genau mit diesen Erfahrungen ist dieser Reformprozess von Grün mitgestaltet worden, genau mit dem Wissen darum, dass so ein Weg nicht der richtig war und dass wir zum Glück viele Städte erkennen und wir in Graz womöglich ein bisschen anders unterwegs sind als auch andere Städte in Österreich, die noch immer auf diesen Parallelwelten basieren, es gibt dort die Beteiligungen, da mischen wir uns möglichst wenig ein, parteipolitisch tun wir es eh alle, wissen wir auch, aber möglichst wenig politische Steuerung, und wir als Stadt bleiben sozusagen übrig und müssen den Kopf hinhalten und die Verantwortung dafür tragen, ob Sicherheit zur Daseinsvorsorge besteht oder nicht, genau das Gegenteil (*Applaus Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 12.15 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Zumindest mein Anliegen, und wer mich kennt, war immer schon, und das war schon als Kontrollausschussvorsitzende mir ein wichtiges Anliegen, stärker hinschauen, stärker hinsteuern aus kommunalpolitischer Verantwortung heraus über das, was an Daseinsvorsorge in der Stadt gesichert werden muss. Was heute sehr interessant war und spannend war und überraschend, ich habe da mit manchen Zuschauern von der Tribüne geredet, eigentlich sind ja alle für eine Reform, weil alle wissen, dass der Weg in der Stadt, dass es jetzt darum geht, wollen wir unsere Handlungsfähigkeit als Politik haben oder wollen wir uns irgendwann fremdbestimmt irgendwelchen Vorgaben, die uns dann sagen, ihr habt kein Geld mehr, also habt ihr auch keines mehr auszugeben, ergeben. Wir wollen selbst handlungsfähig bleiben und deswegen, es hat sich niemand ausgesucht so einen mühsamen Prozess, wir hätten am liebsten unseren Koalitionsvertrag genommen und Punkt für Punkt unsere schönen Projekte verwirklicht, hätten wir uns

alle gewünscht. Hätten wir auch gerne mehr Energie in dem Bereich. Wir haben uns irrsinnig viel Zeit und Aufwand angetan, um hinzugehen und zu sagen, wenn wir das eine wollen, nämlich eine Politik, die den Menschen in der Stadt auch nachhaltig sichert, dass sie einerseits Zugang zu Leistungen haben, dass diese Leistungen auch bestehen bleiben, auf der anderen Seite müssen wir dann schmerzhaft Schritte machen und zu diesen schmerzhaften Schritten gehört auch, weniger Kosten entstehen zu lassen, als entstehen würden, wenn der Weg so weiterginge, und um nichts anderes geht es. Da geht es nicht darum, dass wir ab morgen hundert Millionen Euro einsparen, das ist doch eh allen bewusst, es geht darum, die Kurve, die so nach oben zeigt, eine Spur flacher hinzukriegen, damit der Handlungsspielraum nicht wegfällt, mehr ist es nicht. Es kann nicht sein, dass jemand behaupten will, hier werden ab morgen zehn Prozent der Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen hinausgeschmissen, das ist doch eh jedem bewusst, dass das nicht Realität ist und man sieht an dem was vorliegt, und das, was auch vorgestellt worden ist gerade aus dem Bereich des Personals mit so einer Behutsamkeit und so einer guten Abstimmung, auch mit den einzelnen Personalvertretern und -vertreterinnen in den einzelnen Bereichen wurde dieser Reformprozess aufgesetzt, dass man sich da wirklich nicht vorwerfen lassen muss, die soziale Kälte und all das, was so daherkommt. Ich möchte noch ganz kurz auf einen Punkt eingehen, den die Ulli Taberhofer eingebracht hat, weil wieder die Schlagworte da drinnen waren und ich auf diese Schlagworte schon Antworten habe. Es gibt die Stellungnahme des Grazer Frauenrates und die Skepsis, zu der der Grazer Frauenrat kommt in Bezug auf dieses Reformprojekt, ist mir nachvollziehbar, genau aus den beschriebenen Punkten. Warum wir auch an den Prozess so herangegangen sind, wie wir herangegangen sind, und da gibt es zwei Begriffe, die ich herausgeholt habe. Einerseits Aushöhlung demokratischer Institutionen, genau die Antwort darauf ist, wie schaut in Zukunft die politisch verantwortliche und verantwortete Steuerung im Bereich der städtischen Beteiligungen aus? Deswegen auch diese berühmte Diskussion über AG oder GmbH, wo man nächste Woche sehen werden, wie das Ergebnis ist, aber prinzipiell heißt es, wie kann ich mir an die Brust nehmen, was an die Brust genommen gehört, ohne es durch tägliches kleinkariertes Hineinregieren unfähig zu machen, das ist genau die große Frage, die uns beschäftigt. Das zweite Schlagwort ist die gern bemühte neoliberale Politik. Das was wir hier tun, ist am Ende der neoliberalen Weisheit, die neoliberale Weisheit, das

wissen wir alle, da brauchen wir nur die ganze Krisendebatte näher verfolgen und das, was daraus entstanden ist, dass dies keine Konzeption ist, insbesondere wenn es um staatliche öffentliche Aufgaben geht, das ist uns doch allen bewusst. Es geht hier nicht um eine neoliberale Politik, sondern eben darum, politische Verantwortung gegenüber der Daseinsvorsorge und den Menschen in der Stadt wieder verstärkt wahrzunehmen und sie nicht zu übergeben an irgendwelche herbeigeredeteten oder real existierende Mächte, die irgendwo agieren. Was hier vorliegt, ist ein Zwischenbericht, Willi Kolar, das stimmt, es ist noch kein Endbericht, er ist meiner Meinung nach ein sehr deutlicher Hinweis darauf, wie der Prozess abgelaufen ist. Noch keine detaillierte Ergebnissicherung, es gibt 600 Seiten inzwischen und ab nächster Woche, ab 10. November, wird ganz viel transparent und möglich sein, auf diese Details hinzusehen. Wie ihr wisst, gibt es vorher noch ein paar wichtige politische Entscheidungen zu treffen, aber es ist ein Zwischenbericht über das, wie es bisher geschah, und das, wie es bisher geschah, ist unserer Meinung nach gut vertretbar und da gibt es einen guten Kompromiss, der zwischen Schwarzen und Grünen entwickelt wurde und auch in dieser intensiven Zusammenarbeit mit den Leuten im Haus. Noch ein Wort zum Thema Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen, weil die Personalvertretung hier ist und weil die Personalvertretung zu Recht immer wieder Befürchtungen äußert. Nicht weil in diesem Haus schlecht gearbeitet wird, gibt es diese Reform, das ist ganz klar. Alle Menschen in diesem Haus, die hier für diese Stadt und für die Menschen in dieser Stadt arbeiten, leisten teilweise wirklich Übermäßiges für diese Stadt. Aber, weil noch immer zu oft parallel gearbeitet wird, deswegen gibt es diese Reform, und das muss angeschaut werden und das ist die Aufgabe (*Applaus ÖVP und Grüne*). Und weil wir wissen, und das habe ich damals bei dieser Jubilarsveranstaltung der Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen auch ganz bewusst gesagt, weil wir wissen, dass die Leistungen, die nach außen getragen werden in dieser Stadt, von Menschen umgesetzt werden müssen und nicht durch Maschinen oder sonstige Dinge ersetzt werden können, ist das genau das, was herausgekommen ist, dass wir eh vom Ergebnis her einen dermaßen behutsamen Umgang mit dem Thema, wie geht man weiter mit dem Personal, gefunden haben, weil wir wissen, wir setzen, wir müssen setzen einerseits auf Leute, die sich hier sicher fühlen an dem Arbeitsplatz, die sich motiviert fühlen und die hier auch zu existenzsichernden Bedingungen arbeiten können und sich auch weiterentwickeln können. Wir müssen auf dieses Potential der Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen setzen und

wir tun es auch weiterhin und das ist auch ein Ergebnis, wo ich sehe, dass in diesem Reformprozess von allen Seiten mit enormer Behutsamkeit herangegangen wurde und das ist kein Kahlschlagsprojekt. Veränderung ja, aber bitte selbstgesteuert, lieber als fremdbestimmt, weil wir sonst keine Handlungsspielräume mehr haben und dazu bekenne ich mich und dazu habe ich mich immer bekannt. Als Kommunalpolitikerin möchte ich nicht diejenige sein, die am Schluss als Stadt da mitverantwortlich ist dafür, dass wir alles tragen an Lasten und Konsequenzen, die auf übergeordneten Ebenen uns auf den Kopf fallen und dann nicht einmal mehr selbst entscheiden können, wohin die Reise geht. Wir haben uns bewusst dafür entschieden, es ist ein schwieriger Weg und es ist nicht unbedingt unbekannt, auch für uns, eine sehr anstrengende Entscheidung, diese Entscheidung zu treffen, weil sie uns viel abfordert, sie fordert uns allen viel ab, aber ich denke, es ist eine notwendige Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt und in dem Sinne freue ich mich, dass wir heute schon ein bisschen konkreter werden konnten, nächste Woche geht es noch konkreter weiter und das wird die nächsten Monate uns beschäftigen die Diskussion und auf die freue ich mich (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Sikora:** Werter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf den Tribünen! Vorerst vorweg, Herr Bürgermeister, wenn Sie in Ihren Ausführungen gesagt haben, dass es Sie freut, dass es heute zur Diskussion um das Haus Graz gekommen ist, möchte ich dazu sagen, dass es mir nicht den Anschein hatte, weil wir heute nur deshalb hier sitzen, weil es vor 14 Tagen zu keiner konstruktiven Diskussion gekommen ist. Sie haben weiters in Ihren Ausführungen gesagt, dass es jetzt mehrere Zeichen gegeben hat für das Haus Graz und Sie haben mich bestärkt in meiner Meinung, auch die Frau Vizebürgermeisterin ist jetzt, glaube ich, intensiv darauf eingegangen, auch sie hat mich bestärkt in meiner Meinung, dass es jetzt an der Zeit ist, das Ausgliederungs- und Privatisierungsprojekt Haus Graz in seiner jetzigen Form fallen zu lassen (*Applaus KPÖ*), und dafür gibt es viele Gründe. Ich möchte mich aber nur beschäftigen und zwar damit beschäftigen, dass man auf der einen Seite hin- und herüberlegt, wie man einerseits städtische Bedienstete und zwar entweder los wird oder ihre Gehaltskosten senkt, während

man auf der anderen Seite nicht einmal eine Obergrenze bei den Managerbezügen einziehen will und viel Geld für Beratungsunternehmen hat.

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Wo steht das?

GR. **Sikora:** Der Widerspruch zwischen den einerseits offiziellen Alarmmeldungen über die Finanzsituation der Stadt und andererseits der Betrauung von immer neuen Beratungsunternehmen kostet die Stadt Graz nicht nur jede Menge Geld, er löst vor allem auch Verunsicherung unter den Bediensteten der Stadt Graz aus.

Zwischenruf GR. Baumann: Das stimmt nicht.

GR. **Sikora:** So erhält die Firma Infora anfangs über 150.000 Euro für die Projektbegleitung beim Haus Graz, deren Hauptziel die Beratung öffentlicher Verwaltungen ist. Die Firma Trigon Entwicklungsberatung führt zusätzlich eine Umfrage unter den Führungskräften durch, dessen Ergebnis auf der Hand liegt und von den rund 7000 Bediensteten inklusive der städtischen Tochterfirmen der Stadt Graz sehr wohl durchschaut, wird und zwar Einsparungen auf Kosten der Bediensteten, die es sich nicht richten können. Und Einsparungen auf Kosten wichtiger künftiger Bediensteter. 15 Millionen Euro, so der Plan, sollen ja jährlich bei den Bediensteten eingespart werden, was soviel heißt, dass in Zukunft die kommunale Aufgabe von zirka 10 % weniger Bediensteten erbracht werden wird müssen. Die Ausgliederung von Bediensteten in ein öffentlich-rechtliches Verhältnis zur privatrechtlichen führt als Folgeerscheinung hin zu einer nicht zu bewältigten Arbeitsintensivierung, zu einer unsozialen Flexibilisierung, wie es auch der Staat beim Bund praktizierte, von Arbeitsabläufen und Arbeitszeiten zur Zunahme von

psychischer und physischer Belastungen, einer zunehmenden Unzufriedenheit unter den Bediensteten und im Endeffekt als langfristiges negatives Ergebnis zu einer budgetären Mehrbelastung für die Stadt, auch da hat der Bund Beispiele geliefert. Die KPÖ Graz fordert Schwarz/Grün deshalb auf, ihre innerkoalitionären Haus-Graz-Verhandlungen sofort einzustellen und die Mitwirkung aller Fraktionen und der städtischen Personalvertretung bei notwendigen Veränderungen sicherzustellen. Als positives Beispiel kann hier gestellt werden die neue Geschäftsordnung des Kontrollausschusses, wo alle Fraktionen gemeinsam an diesem Projekt arbeiten und die dann positiv zustande gekommen ist. Die Koalition von ÖVP und Grün ist auch gut beraten, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass die Bediensteten der Stadt Graz ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein besitzen. Regelungen, Aussagen und Entscheidungen der Koalition über ihren Kopf hinweg gehen an den städtischen Notwendigkeiten vorbei und demotivieren. Wenn Sie, Herr Bürgermeister, auch über die Medien ausgerichtet haben und auch vor Bezirksvorstehern darüber gesprochen haben, dass Sie überlegen, überschüssige Magistratsbedienstete zur Polizei oder in ein Poolsystem zu transferieren, so ist es eine Art und Weise, wie mit Bediensteten nicht umgegangen wird. Wir von der KPÖ Graz werden auf alle Fälle weiterhin hinter den Bediensteten der Stadt Graz, der AEVG und der Graz AG stehen und ihre Interessen vertreten. Es ist schon sehr viel Porzellan zerschlagen worden, noch ist es aber möglich, die Diskussion über Veränderungen auf eine gemeinsame Basis zu stellen. Unsere Stadt ist kein Konzern, sondern ein Gemeinwesen, wir brauchen motivierte Mitarbeiter, die dafür sorgen, dass der soziale Zusammenhalt nicht verloren geht (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, eine wichtige Anmerkung zum Thema Diskussion das letzte Mal im Gemeinderat. Da hat weder ein Bürgermeister etwas verweigert, sondern es gibt bei uns eine Geschäftsordnung, es gibt bei uns Statuten, und wenn eine Fraktion einen dringlichen Antrag stellt, der in der Form nicht zulässig ist, dann habe ich ihn als Bürgermeister auch nicht zuzulassen, das ist, glaube ich eine wichtige Botschaft, wir haben immer eines, und deswegen ersuche ich und ich, habe es das letzte Mal schon getan, ich ersuche euch da auch heute wieder drum,

sich das genau anzuschauen, jedes Mal müssen alle dringlichen Anträge von der Magistratsdirektion überarbeitet werden, ob sie überhaupt zulässig sind...

Zwischenruf StRin. Kahr: Nur unserer ist abgelehnt worden.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Nein, unserer auch.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, noch einmal, es hat auf vier dringliche Anträge zugetroffen, ihr habt einen dringlichen Antrag gestellt, den man in einem Punkt zulassen...in einem Punkt war der Antrag zulässig, im zweiten nicht. Sie sind nicht punktuell getrennt gewesen, ihr hättet mir auch in der Fragestunde eine Frage in der Form stellen können. Man hat eine Woche lang Zeit und es wäre schön, wenn wir hinkünftig vielleicht darauf achten, dass man das Statut so einhält und unsere Geschäftsordnung so einhält, dass ich dann auch diese Anträge zur Diskussion bringen kann. Da wäre es auch dazu gekommen.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion geht meines Erachtens zuwenig in die Schärfe der brisanten Situation, wie die Finanzlage der Stadt Graz ist. Die Schulden wachsen, wir haben die eine Milliarde Euro bereits übertroffen, das sind immerhin 14 Milliarden Schilling in alter Währung und wir stehen, wer die Wirtschaftsnachrichten verfolgt, vor voraussichtlich höchst wahrscheinlich steigenden Kreditzinsen, die alleine bewirken wird, dass eine einprozentige Steigerung der Zinslast weitere zehn Millionen Abgang jährlich für die Stadt Graz verursachen würde. Das heißt, es ist kein Reförmchen zu schaffen, sondern wirklich eine Reform, die diesen Namen auch verträgt, einzuleiten. Die Fragen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind natürlich berechtigt, warum die

eine oder andere Reform, die auch auf dem Papier heute von diesen Arbeitsgruppen dargestellt worden sind, warum die nicht bereits jetzt umgesetzt wird, in der alten Struktur, warum bereits jetzt nicht zwischen den einzelnen Gesellschaften entsprechende Win-win-Situationen herbeigeführt werden, die das eine oder andere möglich machen. Und das versteht auch kein Mitarbeiter im Magistrat, warum es einen sogenannten Elefantenfriedhof gibt hier im Hause, der sogenannten Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit, wo ehemalige Politsekretäre geparkt werden, für die es derzeit zumindest keine Verwendung gibt, vielleicht auch in Zukunft nicht (*Applaus BZÖ*). Die Situation einfach so treiben zu lassen, wie das auch Schwarz/Grün seit der Regierungsbildung gemacht hat, ist einfach verantwortungslos. Wir seitens des BZÖ treten für eine wirkliche Reform ein, die diesen Namen trägt, die eine klare Trennung beinhaltet zwischen den hoheitlichen Funktionen, die das Magistrat ausüben hat und jenen Bereichen, wo die wirtschaftliche Dimension im Vordergrund steht und die man in der Graz AG, möglich besser strukturiert, als es derzeit ist, wirklich unterbringen sollte. Wir treten ganz klar gegen die in den politischen Diskurs eingetretene GesmbH-Lösung ein, nämlich genau aus dem Motiv heraus, weswegen wir auch heute hier im Gemeinderat zu einem Sondergemeinderat zusammengetreten sind. Wir haben uns seitens der gewählten Mandatäre, seitens der Oppositionsparteien berechtigt seinerzeit immer wieder aufgeregt, dass sämtliche Aufsichtsratspositionen von Schwarz/Grün monocolor sozusagen besetzt werden, das sowohl SPÖ, KPÖ, FPÖ als auch wir seitens des BZÖ, die nur im Gemeinderat sind, keine Vertretung, keine Information, keine Kontrollrechte ausüben können, und wir wissen alle und es wurde heute auch angeschnitten, dass natürlich Geschäftsführer einer GesmbH einer gewissen Weisungspflicht unterliegen, die viel, viel stärker ist als es die Unternehmensführung einer Aktiengesellschaft betrifft, dort ist die Unabhängigkeit viel größer und ich denke mir, dass Betriebe, die im wirtschaftlichen Umfeld tätig sind, zum Teil sogar in Konkurrenz zu rein privatwirtschaftlichen Unternehmen, wirklich diesen Handlungsspielraum brauchen und nicht täglich irgendeine Weisung vom Bürgermeister oder Vizebürgermeister, um das eine oder andere zu berücksichtigen und dass ein politisches Schäfchen im Unternehmen als goldenen Kelch serviert unterzubringen, nein, von diesen unsäglichen politischen Einflüssen sind die Unternehmen zu befreien. Und ich denke mir, dass durchaus eine Konsensmöglichkeit besteht, wenn ich an die Frau Stadträtin Kahr denke, die sich um sozial gestaffelte Tarife Sorgen macht. Die Unternehmen,

die als AG geführt werden, auch in der Graz AG, haben jene Leistungen zu einem geringstmöglichen finanziellen Einsatz zu leisten, mit einem höchstmöglichen Output, das ist eigentlich ihre unternehmerische Aufgabe und wenn es dann irgendwo heißt, das Ticket einer Fahrkarte kostet jetzt Euro-x-Betrag, so kann es durchaus ohne weiteres geregelt werden, dass die Politik sagt, Moment einmal, das ist uns als politische Verantwortung zu hoch, da sollte man um den einen oder anderen Cent-Betrag sollten wir das verringern, das wäre die politische Aufgabe, hier einen allfälligen Ausgleich zu machen, aber es kann nicht sein, dass Betriebe gezwungen werden, sozusagen nicht einen optimalen Preis zu erwirtschaften. Die Konsumentenrente ist sicherlich abzuschöpfen, die braucht das Unternehmen, wir wollen auch nicht haben, Karl-Heinz Herper, du warst auch derjenige, der sich seinerzeit massiv und berechtigt dagegen ausgesprochen hat, dass einfach Ertragsanteile, Dividenden über das normale Maß hinaus von den Stadtwerken, von der Graz AG entzogen werden, einfach nur zur Budgetkonsolidierung. Dies ist in weiterer Folge wirklich zu verhindern. Ich möchte aber auch noch einen weiteren Input geben, der mir, glaube ich, sehr wichtig ist. Die Stadt Graz sollte in der neu strukturierten Graz AG den Grazerinnen und Grazern die Möglichkeit geben, sich als Bürger auch finanziell an dem Unternehmen zu beteiligen und zwar für jene Grazerinnen und Grazer, die 20 Jahre zumindest ihren Lebensmittelpunkt in Graz haben, die sollten das Offert bekommen, sich an dieser Graz AG einer Gesellschaft, die der Stadt Graz mehrheitlich ja weiterhin gehören würde, zu beteiligen, sich einzubringen und ein Offert erhalten, dass hier der Bürger wirklich die Möglichkeit hat, diese Gesellschaft wirklich zu öffnen, Einschau zu nehmen, Informationsrechte zu haben und wie es in jeder anderen Hauptversammlung einer AG üblich ist, auch kritische, berechtigte Fragen an das Management zu stellen. Ich denke, das wäre ein wesentliches Korrektiv und eine wesentliche Ergänzung und nebenbei auch ein finanzieller Zufluss, den die Stadt Graz gebrauchen würde, ohne die negativen Einflüsse, die hier unter dem Deckmantel der Privatisierung angeführt worden sind, wirklich zu haben. Die Sichtweise der Kommunisten auch noch dazuzufügen, die Sichtweise der KPÖ ist durchaus im Konnex der ehemaligen SED in der DDR, wo es geheißen hat, was dir gehört, gehört auch mir und was mir gehört, geht dich nichts an, ich denke, in diesem Sinne kommen wir wirtschaftlich nicht weiter. Ich glaube, dass wir den Weg der Reform gehen sollten, aber anders aufgestellt, ich glaube, dass hier ursächlich ein wirklicher Fauxpas passiert ist, bei den Zielsetzungen für

dieses Reformhaus Graz nicht die Oppositionsparteien einzubinden, hier wirkliche Grundlagen für ein stabiles Haus Graz zu schaffen, nicht gelegt worden sind und sich höchstens ein schwarz/grünes Kämmerchen daraus konstruieren lässt, das möglicherweise einsturzgefährdet ist nach der nächsten Wahl, wo es dann möglicherweise andere Mehrheitsverhältnisse gibt in der Stadtregierung und wo man dann übertünchen, neu gestalten und generalsanieren muss. Ich denke, dass die Bereitschaft, und das habe ich hier von den Fraktionen, auch den Oppositionsparteien, gehört, dass hier die Bereitschaft besteht, Reformen auch wirklich verstärkt anzugehen, die uns nicht nur einen Handlungsspielraum geben, sondern darüber hinaus wirklich zu einer Sanierung des Haushaltes wirklich beitragen lassen, und das Ganze muss natürlich mit einem anderen Papier erfolgen als das heute vorgelegte, wo 30 Millionen, immerhin die Hälfte des Einsparungspotentiales, tituliert sind aus Einnahmen über den Finanzausgleich mit Bund und Ländern, wo dann in weiteren Wortmeldungen durchaus zugegeben worden ist, dass das völlig unrealistisch ist, dass hier Potemkinsche Dörfer gebaut werden, die einen Sanierungserfolg in keiner Weise realistisch erkennbar machen, hier muss wirklich noch ordentlich Hand angelegt werden mit neuen erschöpfenden Ideen. Danke sehr (*Applaus BZÖ*).

GR. **Eber:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zunächst noch einen Satz zum Herrn Bürgermeister sagen, wegen der vorigen Diskussion um den dringlichen Antrag usw. Ich war ja letztes Mal eigentlich empört darüber, dass der Antrag nicht zugelassen worden ist, aber mittlerweile bin ich mir nicht sicher, ob das nicht letztlich die bessere Vorgangsweise war, weil es so gelungen ist, diesen Sondergemeinderat durchzuführen und dank SPÖ, FPÖ und BZÖ, also die da mit uns gegangen sind, ist es ja dazu gekommen, dass wir heute da zusammengekommen sind, dass wir sehr umfangreiche Informationen erhalten haben und dass wir heute auch diese Diskussion heute abführen, die natürlich sehr weitgehender und tiefgehender ist, als wir das in einer Fragestunde machen hätten können. Wir alle wissen, und das ist heute auch schon mehrfach gesagt worden, die Schulden der Stadt Graz, die soziale Situation in unserer Stadt, die Wohnsituation

und viele andere Faktoren lassen ja sozusagen einmal Schlimmes befürchten für die nähere Zukunft und wenn dann vom Haus Graz gesprochen wird, dann denke ich auch an ein Haus, und zwar allerdings an das Haus Usher, genauer gesagt, an das Buch „Der Untergang des Hauses Usher“ von Edgar Allan Poe, dort ist es ja so, dass sich im Hintergrund sozusagen mysteriöse Vorkommnisse, nicht durchschaubare Vorkommnisse ereignen und letztlich das ganze Haus Usher im Abgrund und im Sumpf versinkt. Das wollen wir natürlich nicht, allerdings ist natürlich die Befürchtung, dass uns diese schwarz/grüne Politik in dieser Frage in dem Zusammenhang mit der Diskussion um das Haus Graz näher an diesen Abgrund bringt und das gilt es unseres Erachtens zu verhindern. Ich möchte nur einige Worte auch noch sagen zur Frage Privatisierung und wie es so schön heißt, dieses neue Wort Public Private Partnership. Seit der französischen Revolution gehört die Infrastruktur, die ganzen Verkehrssysteme Wasser, Abwasser und Energienetze und natürlich auch die Abfallentsorgung zur sogenannten, unter Anführungszeichen möchte ich es sagen, zur „modernen und demokratischen Wohlstandsgesellschaft“. 200 Jahre lang war das eigentlich das vorherrschende Prinzip bei der öffentlichen Verwaltung und dann kam die sogenannte neoliberale Wende. Die führte also nun zur Privatisierung, zur Deregulierung, zur Ausgliederung, zur Verschleuderung des öffentlichen Eigentums. Stadtrat Rüschi hat ja bei seinen Erläuterungen auch auf den Umstand hingewiesen, dass Privatisierung ja praktisch ausgeschlossen wird, weil ja die Notwendigkeit einer Zwei-Drittel-Mehrheit für einen solchen Schritt aufgenommen werden soll in das Statut, aber meine Frage ist in dem Zusammenhang natürlich oder meine Befürchtung in dem Zusammenhang ist, dass diese Zwei-Drittel-Mehrheit nicht eingeführt wird, um Privatisierungen zu verhindern, sondern eingeführt wird, um die Tür zur Privatisierung aufzumachen (*Applaus KPÖ*). Zu Public Private Partnership, da ist es ja so, das ist ja angeblich eine Win-win-Situation zwischen öffentlichen Einrichtungen, zwischen der Kommune auf der einen Seite und auf der anderen Seite privaten Investoren. Warum komme ich überhaupt auf das? Im Punkt 7, bei der Diskussion um das neue Stadtentwicklungskonzept heißt es, Public Private Partnership Modelle erleichtern die rasche Umsetzung von großen Investitionen, belasten die öffentlichen Kassen nur in geringem Ausmaß und bieten zudem einen Mehrwert für das Umfeld. Tatsächlich ist es allerdings so unter anderem, dass bei P.P.P.-Modellen nicht berücksichtigt werden etwa die Steuerverluste des Staates, also des Bundes in diesem Zusammenhang, weil es sich meistens um

Steuersparmodelle handelt. Es wird nicht berücksichtigt, dass Teams eigentlich doppelt zu bezahlen sind, nämlich einerseits in Form von Mieten beziehungsweise Nutzungsrechten, wo natürlich die Investoren die Zinsen für ihre Aufwendungen hineinrechnen, andererseits muss die Stadt natürlich Zinsen zahlen eben für Kredit, um diese Mieten und Nutzungsrechte dann wieder zu finanzieren. Nicht hineingerechnet werden auch etwaige Verluste für die regionale Wirtschaft, weil insbesondere bei Großprojekten natürlich auch Großinvestoren zum Tragen kommen, also die eben nicht aus der Region kommen und nicht berücksichtigt werden, und das ist natürlich gerade auch für mich ein sehr ernstes Thema, nicht berücksichtigt werden abgebaute Arbeitsplätze und Niedriglöhne. Auf der anderen Seite ist es so, dass gerade private Berater dort sehr viel verdienen können und eigentlich überhaupt kein Risiko eingehen, eben weil sie ja nicht zur Rechenschaft gezogen werden können. Es sei denn, man weist ihnen nach, dass sie aus Eigeninteresse bewusst falsch beraten haben, aber das ist ja praktisch nicht nachweisbar. Es gilt also meines Erachtens auch bei Public Private Partnership-Modellen, die privaten Investoren agieren wie Heuschrecken, die die öffentlichen Haushalte aussaugen, es handelt sich nicht um eine Partnerschaft auf Augenhöhe, wie es immer gesagt wird, und auch um keine Win-win-Situation, sondern es handelt sich um eine geregelte Ungleichheit. Die Kollegin Taberhofer hat ja schon angesprochen die Tendenzen zur Rekommunalisierung insbesondere in Deutschland und ich glaube, das ist kein Zufall, dass es das dort auch gibt und unterstreicht auch die Notwendigkeit also für uns, äußerst kritisch dem Projekt Haus Graz gegenüber zu stehen. Ich möchte zum Abschluss noch auf den Bürgermeister eingehen, ist übertrieben, erwidern, Sie haben gesagt in Bezug auf die Stadträtin Elke Kahr, die KPÖ ist ja sozusagen nicht veränderungswillig und beharrend auf die althergebrachten Formen und Methoden, also ich glaube, wir haben in dieser Periode durchaus auch Vorschläge und Vorstellungen entwickelt, wo wir Sie auch bitten würden, also da mitzugehen, also beispielsweise treten wir ja ein für eine Nahverkehrsabgabe, die von den Betrieben zu bezahlen ist, also das würde natürlich auch Gelder für öffentliche Haushalte lukrieren. Wir treten ein beispielsweise oder verschließen uns nicht einem Zusammenschluss von AEVG und Wirtschaftsbetrieben, wenn das als Eigenbetrieb geführt wird. Wir treten dafür ein, und ich habe heute eh das Glück, dass der Kollege Korschelt nicht da ist, weil der schimpft dann immer, aber wir sind ja der Meinung, dass beispielsweise die Messe nicht zu den

ureigensten Aufgaben der Stadt Graz gehört und eigentlich nur ein Verlustbringer ist und wir haben auch natürlich vermehrt aufgezeigt, dass es notwendig ist, auch vom Bund zu verlangen, dass Vermögenssteuern beispielsweise eingeführt werden, die dann über den Finanzausgleich natürlich auch der Stadt Graz zugute kommen. Ich habe begonnen mit einer Buchvorstellung sozusagen, ich möchte auch schließen mit einer Buchvorstellung, ich möchte das dann auch dem Herrn Bürgermeister überreichen, das Buch heißt „Heuschrecken im öffentlichen Raum“ von Werner Rügemer, wo sehr gut aufgezeigt wird, welche Nachteile die öffentliche Hand von Public-Private-Partnership-Modellen hat und welche Vorteile für die Investoren bleiben, wie ich sehe, haben Sie das von der Stadträtin Elke Kahr schon eingezogen sozusagen, dennoch werde ich es Ihnen gerne überlassen und danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrte Damen und Herern! Ich möchte nach der letzten Wortmeldung wieder ein bisschen näher zum Thema kommen, weil über private Investoren, was soviel geredet wurde, findet sich in den meisten Stücken gar nichts, es würde mich wundern, wenn irgendwo eine Zeile drinnen steht wir, wollen das nicht haben, das kann schon sein, wenn man drüber googelt, dass das vorkommt, aber ernsthafte Alternative war das nicht, deswegen denke ich mir einfach, wir sollten mehr beim Thema bleiben. Ich probiere, es ganz kurz zusammenzufassen aus meiner Sicht und dann gibt es ein paar Antworten auf Fragen, die gestellt wurden. Vielleicht war es wirklich gut, dass der dringliche Antrag das letzte Mal abgelehnt worden ist aus rechtlichen Gründen, weil wir haben es geschafft, sehr ausführlich darüber zu reden und ich glaube, das ist toll und wichtig, das wäre in einem normalen Gemeinderat gar nicht gegangen und ich glaube, wir stehen immer dafür, dass es diese Formationen gibt. Man könnte natürlich sagen, warum gibt es das nicht schon früher? Wir schauen uns das sehr ausgiebig an, wir wollen gewisse Fehler nicht machen, die passiert sind, deswegen haben wir sehr lange und ausführliche Informationen beschafft, danke auch an alle Kolleginnen und Kollegen, die hier beteiligt waren, danke auch an die Personalvertretung, die auch eingebunden waren in der Informationsbeschaffung, also hier hat es eine sehr umfangreiche Informationsbeschaffung gegeben, es liegen sehr viele Informationen vor und wir

sind momentan in der Bewertung, diese ganzen Strategie zu erarbeiten. Ende dieser Woche plus/minus ein paar Tage wird es natürlich mehr dazu geben. Trotzdem bedanken wir uns jetzt schon für die kritischen Fragen, die gekommen sind hier in diesem Gemeinderat, die können wir noch einarbeiten, vor allem wollen wir aber nachher ausführlich mit den anderen darüber diskutieren, so wie es hier auch gefordert wurde. Also ich glaube, wir brauchen zuerst die eigene Strategie und dann geht es über in die konkrete Planung und wir werden sicher länger damit beschäftigt sein, dieses Reformprojekt umzusetzen, es ist wichtig genug und natürlich werden wir mit allen Parteien darüber reden, um möglichst breiten Konsens herzustellen. Was ist an Einwänden gekommen oder wo kenne ich mich nicht so ganz aus? Die Zwei-Drittel-Mehrheit ist eine interessante Geschichte. Die Parteien, die schon sehr lange in der Stadtregierung waren, haben an so etwas offensichtlich noch nie gedacht, derzeit ist ja der Stand so, dass der Gemeinderat mit einfacher Mehrheit alles verkaufen könnte, wir wollen das natürlich zukünftig verhindern. Derzeit ist es so, dass unsere Beteiligungen überhaupt keine Beschränkungen in den Satzungen drinnen haben, auch verkaufen können beziehungsweise höchstens mit einfacher Mehrheit des Gemeinderates. Also ich glaube, hier geht es um eine entscheidende Verbesserung, dass solche komplizierten Projekte einfach demokratiepolitisch viel besser abgesichert werden. Auf der anderen Seite geht es natürlich auch nicht, dass man sagt, es ist generell und auf Dauer verboten, das wäre zu undemokratisch, das kann man nicht machen in einer Demokratie, dass man einfach sagt, das ist auf Dauer verboten, das wäre verfassungsmäßig unter Umständen, da braucht man ganz andere Grundsatzgeschichten usw. Also ich glaube, wir gehen da einen guten sinnvollen Weg, dass derartige Entscheidungen einfach gut abgesichert sein müssen und nicht von zufälligen Mehrheiten entstehen können. Ich meine, ein Grund könnte natürlich sein, warum die beiden Roten so stark nachfragen, vielleicht fürchten sie sich, dass bei der nächste Wahl Schwarz/Grün eine Zwei-Drittel-Mehrheit hat, dann würde ich verstehen, um was es da geht (*Applaus Grüne*). Aber ansonsten glaube ich, ist es eine guter demokratiepolitischer Brauch, wichtige Entscheidungen mit erhöhter Mehrheit abzusichern. Warum dauert das alles so lange? Wir arbeiten schon sehr lange, sehr intensiv mit der Magistratsdirektion gemeinsam, wie man das überhaupt tun kann, das ist nicht so leicht, so etwas reinzuschreiben, wir haben schon versucht, wir sind draufgekommen, die passen noch nicht ganz, kleiner Hinweis, wir können es selber auch gar nicht beschließen, da braucht man das Land

dazu usw. und es hat auch keinen Sinn, keine Zweit-Drittel-Mehrheit oder ein Verkaufsverbot reinzuschreiben, wenn der nächste Gemeinderat mit einfacher Mehrheit das Verbot wieder aufhebt. Also so kindisch, so einfach, können wir es nicht machen, das heißt, es ist sehr schwierig, wie kann man etwas gut absichern einerseits und dass es längerfristig haltbar ist andererseits und noch dazu demokratiepolitisch vereinbart ist und keine Diktatur ist. Also da durchzufinden, ist nicht so leicht, wir bemühen uns, wir arbeiten daran, bitten aber um gute Vorschläge dazu, weil es wirklich nicht leicht ist. Also, wer da eine gute Idee hat, bitte sofort an mich, an die Kollegen bringen, wir werden versuchen, das einzuarbeiten. Uns ist wichtig, dass in Zukunft durch willkürliche Mehrheiten so etwas verändert wird, das ist der Sinn der Vereinbarung und so soll es nachher auch ausschauen. Zur SP, die sich so Sorgen macht, ob die Grünen in sich gespalten sind, weil Ausgliederungen und dergleichen, wir schauen uns das sehr genau an, deswegen dauert das auch lange, da unterscheiden wir uns vielleicht von anderen. Ich bin sehr überrascht, dass die SP so gegen Ausgliederungen ist, weil wenn ich nach Wien schaue, sogar der Sozialbereich, soziales Wien, alles ausgegliedert, da gibt es Cross-Border-Leasing, die die Sozialisten mitgetragen haben, ist ein bisschen schief gegangen, vielleicht ein bisschen zu schnell, also da denke ich mir, gute Arbeit muss man genau hinschauen, das dauert, aber so in sich gespalten, wie die SP können wir gar nicht sein, weil da gibt es Kollegen, die einmal so und einmal so abstimmen, je nachdem ob sie im Landtag sitzen oder Gewerkschafter sind. Also Leute, wer in sich in der Person schon so gespalten ist, der möge sich nicht Sorgen machen, wenn die Grünen ein bisschen diskutieren, um auf sinnvolle Lösungen zu kommen, daran arbeiten wir, dafür stehen wir (*Applaus Grüne*). Gerald Grosz hat eigentlich viele gute Dinge erwähnt, aber ich glaube, er hat am Anfang auch übersehen, er macht sich so Sorgen um die besten Köpfe, die eingesetzt werden sollen, ich glaube, das ist eher seine Erfahrung aus Wien, dass dort nicht immer die besten Köpfe nachgekommen sind, weil wenn man die ÖBB anschaut derzeit und eine BUWOG-Ausgliederung, da verstehe ich seine Angst sehr gut, aber ich glaube, wir haben schon erste Ideen, wie man so etwas umsetzen kann und ich glaube, wir werden schon schauen, dass sehr gute Leute hier eingesetzt werden. Also aus seiner Geschichte verstehe ich die Angst, aber er kann sich ruhig in unsere Hände legen, das was da passiert ist, wird sich in Graz sicher nicht wiederholen, sicher nicht mit uns Grünen. Noch ein Detail bei den Einsparungsvorschlägen, wir reden leider Gottes oder wie auch immer, ob

um 15 Millionen jährlich oder um 60 Millionen jährlich das Budget zu sanieren ist, Gerald Grosz in seiner großen Zusammenfassung sagt dann wieder ja und da könnten wir auch noch sechs Millionen holen, auf vier Jahre verteilt. Also Leute, tun wir uns nicht verwirren, reden wir bitte von jährlichen Beträgen, das macht Sinn, aber tun wir nicht sagen, wir sparen in den nächsten 27 Jahren 350 Millionen ein insgesamt als Summe, das macht keinen Sinn, bleiben wir bei jährlichen Beträgen und dann sieht man, dass das auch weniger wäre, obwohl das Thema an sich, selbstverständlich schauen wir das Thema natürlich an, auch dort muss man hinschauen. Stadtrat Eustacchio hat dann noch gesagt, wir hätten zu wenig Erfahrung bei der Sanierung als ein Unternehmen so sinngemäß, selbstverständlich ja und es geht auch nicht um das, es geht ja um viel mehr, hier ist kein Unternehmen zu sanieren, Leute, hier geht es um die Stadt Graz und ich glaube, dass man das nicht externen Firmen allein überlassen sollte, ich glaube, hier ist Politik gefordert, hier müssen wir mitschauen und hier müssen alle zusammenarbeiten. Aber die Sanierung als Unternehmen mag schwierig sein, die Sanierung einer Stadt ist noch viel schwieriger und deswegen schauen wir da ganz genau hin und müssen gemeinsam die besten Lösungen suchen. Gut, danke (*Applaus Grüne*).

GRin. **Potzinger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Erlaubt mir eine Bemerkung zur Wortmeldung vom Kollegen Eber betreffend Privat Public Partnership, er ist nicht müde geworden, immer wieder von Public Privat Partnership zu reden, ich darf da korrigieren, dieses Erfolgsmodell heißt Privat Public Partnership, es ist nichts Schlechtes, eine gute Kooperation von privaten und öffentlichen Anbietern zu propagieren, das war im wahrsten Sinne des Wortes wohl ein kommunistischer Versprecher. Wir sind dankbar für die wertvolle Arbeit der hochkarätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das Konzept vorgelegt haben, wo wirklich, wie in einer guten Familie geschaut wird, dass jedes Talent bestmöglich eingesetzt wird, dass niemand Angst haben muss um seinen Arbeitsplatz, dass aber optimiert wird und Ressourcen auch vom Rechnungshof bestbegleitet optimal eingesetzt werden und deshalb sind wir froh, dass der Prozess bereits soweit fortgeschritten ist und das Privat Public Partnership in der Stadt Graz einen guten Stellenwert hat, ich denke an die mobile Hauskrankenpflege, Heimhilfe

usw., ein Erfolgsmodell, das sich bewährt hat ohne kommunistische Einsprengsel.
Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielleicht ganz wichtig, es ist auch nur im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungskonzept vom Kollegen Eber zitiert worden, das heißt, das Stadtentwicklungskonzept sieht natürlich in vielen Bereichen diesen gemeinsamen Weg vor, wir haben ihn ja nicht bei unseren Beteiligungen, da sind wir zu 100 Prozent bei unseren Beteiligungen mit Ausnahme des Energieunternehmens.

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, Frau Bürgermeisterstellvertreterin, werte Kolleginnen, Kollegen! Erstens auch einmal noch einmal abrundend von unserer sozialdemokratischen Fraktion ein herzliches Dankeschön für die in den letzten Monaten geleistete Arbeit, den Leitern der Reform- oder wie man besser sagt, der Arbeitsgruppen, weil es handelt sich ja weniger um eine Reform, es handelt sich um eine der großen Umstrukturierungen, und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Arbeitsgruppen detto ein herzliches Dankeschön von unserer Seite auch. Man hätte sich vorstellen können, am 10. November wird die Stadtregierung informiert, die gewählten Mandatarinnen und Mandatare erfahren das indirekt und in den Ausschüssen im Laufe der Gemeinderatswoche, hätten wir nicht zu dem parlamentarischen Mittel gegriffen, es ist sicher keine Sternstunde, aber es ist ein wichtiges Instrument gewesen, einfach einen Zwischenbericht einzufordern. Nämlich, was ist los bei der Umstrukturierung, nachdem ein Dreivierteljahr die Diskussion schwelt und sich die Verunsicherung ausgebreitet hat in der Bevölkerung, unter den Grazerinnen und Grazern verständlicherweise auch, weil Eingriffe in ein gut funktionierendes System sind immer verbunden im Regelfall mit veränderten oder geänderten Gebühren und Tarifen und Entgelten, werden in Verbindung gebracht und die Kostengründe sind für die Bevölkerung durchaus essentiell. Zudem wenn sozusagen strukturelle Veränderungen in erster Linie in Richtung Beteiligung privater Unternehmungen in Daseinsvorsorge mit sich ziehen könnte, ich sage könnte. Das ist im Hinblick auf die Gründe und Ursachen der Wirtschaftskrise und der Ver- und

Entsorgungssicherheit der Bevölkerung ein wichtiger Fakt und noch wichtiger auch, und deswegen auch danke für den Einsatz und ich hoffe, du, Bürgermeister Siegfried Nagl, stehst jetzt zu dem Wort gegenüber der Gewerkschaft und der PV, nämlich in ernsthafte und echte konstruktive Verhandlungen einzutreten nicht nur mit Informationen, nein es geht ja auch schließlich um hunderte Magistratsbedienstete in unterschiedlichen Verwendungen und dienstrechtlichen Positionen, die von diesen Strukturmaßnahmen betroffen sind, und diese Menschen und die Familien und ihre Angehörigen haben ein Recht zu wissen über Existenzsicherung ohne Einkommensverluste und dienstrechtliche Nachteile nach sich ziehen. Also davon gehen wir aus, das wollen wir durchaus fest im Auge behalten. Wir hätten uns gewünscht, dass die Parteien, die nicht die Regierungskoalition stellen, rechtzeitig und besser informiert werden und sich nicht sozusagen damit beschäftigen müssen mit dem bislang, mit heutiger Ausnahme, mit dem Gemauschel und schwarz/grünen Klausuren mit extrem teuren BeraterInnen usw., den Gemeinderat oder die GemeinderätInnen rechtzeitig miteinzubeziehen, nämlich nicht nur der Regierungskoalition. Natürlich denkt man sich, wenn man das bis zum heutigen Tage mitverfolgen durfte, lieber Gerhard, dass es dann Überschrift gegeben hat im Mai/Juni, Hochglanzbroschüren, was ist dabei herausgekommen? Deswegen unser Bemühen und unser Verständnis heute, diese Sondersitzung mitzutragen, weil schließlich habe ich noch im Ohr, dass nämlich das letzte Immobilienpaket, 25 Millionen im Immobilienpaket, zurückgezogen worden ist und das Wort des Finanzstadtrates, er säße wie auf einer Titanic, schon Sorgen bereitet hat, weil das könnte mit der Situation der Finanzen der Stadt Graz natürlich mit dem Ausräumen der Werke passieren, ich sage Werke, da hätte man sich schadlos halten oder man könnte sozusagen davon ausgehen, dass die Daseinsvorsorge dann wirklich an die Saubermänner und andere Dinge weitergehen. Unser Parteivorsitzender Wolfgang Riedler hat ja, und du, Bürgermeister, hast es ja auch erwähnt, ersucht, gebeten und ich stimme sicher auch mit Eustacchio, dem Stadtrat, überein, mit vier Bedingungen einzutreten in konkrete Verhandlungen. Es ist heute Etliches geboten worden, die Vizebürgermeisterin hat darauf hingewiesen, es ist ein Blick zurück vor allem über die Prozessarbeit der letzten Monate, das ist wesentlich, aber es liegen noch immer nicht Fakten real am Tisch. ich wundere mich ja wirklich noch einmal wiederholend, wie die Basisversammlung am 5. entscheiden wird von euch Grünen, wenn man das Revue passieren lässt, manche Dinge waren sehr informativ, manche sind noch an

der Oberfläche geblieben, manches ist noch im Prozess, manches muss noch abgesprochen werden offensichtlich zwischen Schwarz/Grün, aber ich wundere mich, wie man am 5. entscheiden kann, am 9. in der Koalition und am 10. eine Präsentation eines endgültigen Paketes in der Stadtregierung geben will. Deswegen hat Wolfgang Riedler gesagt, die SPÖ ist gesprächsbereit...

Zwischenruf GR. Grosz: Die SP ist es nicht gewohnt zu arbeiten.

GR. **Herper:** Es geht uns um sinnvolle und zukunftsorientierte Reformen, und die Gesprächsbereitschaft haben wir bisher vermissen können, dürfen, bei aller Wertschätzung, Gerhard, ich habe da einen Brief von den Wiener Grünen, die durchaus sehr kritisch gegenüber dem Vorhaben der Grazer Grünen stehen, also so astrein ist die Sache nicht und gegessen ist sie auch noch nicht bei euch, muss man auch zugeben, also tun wir nicht polemisieren. Deswegen sage ich, stelle ich, die Wiener SPÖ...

Zwischenruf GR. Grosz: Die Wiener halten von der Grazer SPÖ auch nichts.

GR. **Herper:** Deswegen stelle ich zu dem Bericht von Finanz- und Personalstadtrat Gerhard Rüschi einen Zusatzantrag, der ein Angebot ist, nämlich Bürgermeister Siegfried Nagl, Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker und Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi werden beauftragt, unverzüglich alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, unverzüglich, nicht erst sozusagen dann vor vollendete Tatsachen am 10. November zu stellen, über die geplanten Struktureingriffe beziehungsweise Strukturveränderungen, die damit verbundenen Kostenfolgen für die Grazer Bürgerinnen und Bürger, die möglichen Folgen und Konsequenzen aus den

geplanten Gesellschaftsformen im Hinblick auf, ich sage einmal, noch immer die Frage Teilprivatisierungen oder Beteiligungen privater Unternehmen sowie die mit dem Projekt verbundenen dienstrechtlichen Konsequenzen für die MitarbeiterInnen der Stadt Graz zu informieren. Weiters wird die Stadtregierungscoalition von Schwarz/Grün beauftragt, sofort mit allen Fraktionen in Verhandlungen über das Gesamtprojekt einzutreten. Wir sind bereit, wir strecken die Hand aus, bislang kam von eurer Seite nichts, das darauf schließen ließe. Wir wollen die Entscheidung nicht erst mit vollendeten Tatsachen am 10. November oder dann in den Ausschüssen in Vorbereitung des 19. Novembers, wir wollen eingebunden werden, wir wollen das Gespräch, wir wollen den Dialog, wir wollen Verhandlungen. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Es wird kein Schlusswort, ich denke, wir werden alle unsere Lehren und Informationen aus diesem Vormittag ziehen. War nicht nur wichtig und interessant, sondern es ist selbstverständlich auch so, dass wir die Anregungen, die hier gekommen sind, mit in die weiteren Entscheidungen miteinfließen lassen. Ich möchte mich deshalb auch im Sinne eben des Antragstellers und auch für das gesamte Team, das hier präsentiert hat, bedanken für die Diskussion und möchte gerne auf zwei beziehungsweise drei Punkte noch eingehen, die in der Diskussion noch offen sind. Und zwar sind das zwei Punkte, die der Willi Kolar angeschnitten hat. Er hat zunächst einmal hervorgehoben, indem er gesagt hat, er kann diesen Reformstau nicht erkennen und hat darauf hingewiesen, dass es viele Reformen gegeben hat, insbesondere die Magistratsreform, die Jahrtausendwende, die für den Magistrat sehr viel gebracht hat. Ich bin mir da mit Willi Kolar durchaus einig, das sollte der Hinweis auf einen Reformstau sollte auch nicht die Maßnahmen, die damals gesetzt wurden, klein mache, sie waren sehr wichtig. Ich war damals selbst zuständig für die Baudirektion, es ist dort die Zahl der Abteilungen von neun auf sieben reduziert worden und damit eben auch ein Beitrag zu einer strafferen Leistungserstellung gekommen. Ich habe es gemeint, und das habe ich, glaube ich, auch gesagt, ganz speziell in Bezug auf die Graz AG. Wie lange diskutieren wir schon über die Frage, bleibt der Kanal in der Stadt, die Kläranlage oder ist es nicht gescheiter, sie gemeinsam mit dem Wasserbereich in der Graz AG einzubringen?

Das ist etwa eine der Fragen, die wir lange diskutiert haben im Laufe der letzten Gemeinderatsperiode und wo wir zu keinem Ergebnis gekommen sind. Ein zweites Beispiel ist, wie lange diskutieren wir, dass wir diese beiden Bereiche für den Abfall haben, die Wirtschaftsbetriebe und die AEVG. Hier ist es ebenfalls zu keiner Entscheidung gekommen und ich empfinde die Vorstellung, dass wir diese beiden Bereiche zusammenführen, beileibe nicht als eine Zerschlagung der Wirtschaftsbetriebe, im Gegenteil, es wird zusammengeführt, was zusammengeführt werden muss, denn dass diese Reform mitten auf einem Realisierungsweg steckengeblieben ist, das ist doch ganz offensichtlich, ich darf das nur wiederholen, wenn es zwei Bereiche gibt, die mehr oder weniger dieselbe Aufgabenstellung haben, und es gibt eben zwei Führungsebenen, zwei Fuhrparks usw. Also ich denke, in dieser Beziehung hat es sehr wohl einen Reformstau gegeben, der jetzt eben mit dieser neuen, mit der Neuordnung des Hauses Graz aufgelöst werden soll. Zweiter Punkt, Willi Kolar hat mich vorhin aufmerksam gemacht, indem er gesagt hat, wir verschleiern ein bisschen bezüglich Privatisierung, er teilt nicht die Position der KPÖ bezüglich der Privatisierung, die tatsächlich vor allem aus Einbildungen besteht, die eben durch Erklärung oder durch Argumentationen offensichtlich nicht widerlegt werden können, aber sein Hinweis war, was macht ihr mit der Reinigung? Da wurden ja doch Aufträge verteilt an private Institutionen. Dazu sind, glaube ich, mehrere Bemerkungen erforderlich. Erstes einmal ist Reinigung, mit aller Vorsicht gesprochen, sicherlich kein Bereich der Daseinsvorsorge. Wir haben die Bereiche der Daseinsvorsorge sehr genau definiert, Wasser, Abwasser, Abfall, Verkehr sind, glaube ich, noch einige weitere dabei, sind jedenfalls exakt definiert. Das heißt, im Bereich der Reinigung muss es sehr wohl möglich sein, wenn hier ein besserer Beitrag erzielt werden kann, dass das an Private vergeben wird. Zum Zweiten gilt aber selbstverständlich auch für die Reinigung das, was der Bürgermeister immer wieder wiederholt bezüglich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, es wird auch dort niemand gekündigt, sondern es gab ja hier einen zusätzlichen Arbeitskräftebedarf, der eben durch diesen Leistungsauftrag erfüllt wird. Und das Dritte war das, wir wollten auch hier keine Entscheidung definitiv vorwegnehmen, denn diese Auftragsvergabe erfolgte bisher bis Jahresende 2009 und nicht länger, allenfalls müssten wir das kurzfristig nochmals verlängern, aber es ist damit noch keine Grundsatzentscheidung gefallen. Und den dritten Bereich, der bezieht sich ein bisschen auf den Zusatzantrag, den der Klubobmann Karl-Heinz Herper gestellt hat,

der bezieht sich auch auf einen Punkt, den Wolfgang Riedler noch genannt hat, und zwar in beiden Wortmeldungen ist ein bisschen die Vorstellung gekommen, dass die SPÖ sehr wohl mit dabei ist und sich auch durchaus für diesen Reformweg entscheiden kann, wenn wir, ich vereinfache ein bisschen, genau sagen können, wie viel Euro und Cent wir in drei Jahren durch diesen Weg einsparen beziehungsweise verbessern können. Aus meiner Sicht ist das eine falsche Vorstellung, das können wir nicht und das kann auch niemand von uns verlangen und wenn wir sagen würden, wir können das, dann würden wir erst recht, denke ich, Ihnen allen etwas vormachen. Die Frau Vizebürgermeisterin hat es ausgeführt, es ist ein Prozess, den wir starten und wenn einmal die Entscheidung gefallen ist, wie dieses Haus Graz aussehen soll, dann beginnt die Umsetzung eigentlich erst, sie ist noch lange nicht vollendet, sondern sie beginnt erst und der Erfolg dieser Umsetzung wird dann auch von den nächsten Monaten und Jahren abhängen, wie intensiv wir auf diesem Weg uns einsetzen, um gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier zu guten Lösungen zu kommen. Wenn diese Forderung oder dieser Wunsch ernst gemeint ist, dann denke ich, er ist eher dazu angetan, um eine Reform zu verhindern, nämlich indem man hier Bedingungen stellt, die ich hier und jetzt jedenfalls nicht erfüllen kann. Der weitere Inhalt des Zusatzantrages ist, glaube ich, mit dem heutigen Tag weitgehend erfüllt worden, es wurde sehr ausführlich informiert und es ist auch klar dass, wenn einmal koalitionsintern die Entscheidungen gefallen sind, wie dieses Haus Graz aussehen soll, dann werden selbstverständlich auch die Verhandlungen und die Gespräche mit den anderen Fraktionen, die offiziellen Gespräche, und auch mit der Personalvertretung beginnen, ich betone offiziell, denn das eine wurde heute auch mehrfach genannt, auch durchaus von Personalvertretern und das hat mich auch sehr gefreut, inoffiziell gibt es selbstverständlich schon lange die Kontakte und es gibt auch schon lange diesen Informationsfluss. Deshalb ist der Inhalt des Zusatzantrages ohnehin im Ablauf, so wie er jetzt vor uns ist, für die nächste Zeit bis zum Gemeinderat im November, und der Bürgermeister hat es gesagt, vermutlich auch bis zum Dezember, weil dieser Bericht wahrscheinlich zurückgestellt werden wird das erste Mal und damit können, glaube ich, auch alle Informations- und Verhandlungswünsche dann auf diesem Weg erfüllt werden. Ich bedanke mich nochmals für die Diskussion und stelle den Antrag, den Informationsbericht zu genehmigen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit zur Kenntnis genommen.

Der Zusatzantrag von GR. Herper wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Damit ist die außerordentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 13.15 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb